

49. Sitzung

am Donnerstag, dem 29. November 2001

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung ...	3563	Abg. Herderhorst (CDU)	3587
		Staatsrat Dr. vom Bruch	3588
		Abstimmung	3589
Technologieoffensive für das Land Bremen			
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 14. November 2001 (Drucksache 15/906)			
Abg. Eckhoff (CDU)	3563	Keine versteckten Subventionen für das Musical Hair!	
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	3565	Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 9. November 2001 (Drucksache 15/876)	
Abg. Frau Lemke-Schulte (SPD)	3567	Abg. Tittmann (DVU)	3589
Senator Hattig	3570	Abg. Focke (CDU)	3590
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ...	3571	Abg. Tittmann (DVU)	3590
Abg. Frau Busch (SPD)	3573	Abstimmung	3591
Abg. Eckhoff (CDU)	3575		
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	3577	Zivilschutz im Land Bremen ausbauen	
Abg. Frau Lemke-Schulte (SPD)	3578	Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 12. November 2001 (Drucksache 15/877)	
Abg. Focke (CDU)	3579	Abg. Tittmann (DVU)	3591
Abstimmung	3580	Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	3592
		Abg. Tittmann (DVU)	3593
		Abstimmung	3594
Viertes Gesetz zur Änderung der Gemeindegrenze zwischen Bremen und Bremerhaven			
Mitteilung des Senats vom 13. November 2001 (Drucksache 15/897)			
1. Lesung			
Abg. Töpfer (SPD)	3580	Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien und Technik des Landes Bremen (BremSVITG)	
Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen)	3581	Mitteilung des Senats vom 13. November 2001 (Drucksache 15/898)	
Abg. Röwekamp (CDU)	3582	1. Lesung	
Staatsrätin Winther	3584	Gesetz zur Überleitung von Personal auf die Gebäude- und TechnikManagement Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen	
Abstimmung	3585	Mitteilung des Senats vom 13. November 2001 (Drucksache 15/899)	
		1. Lesung	
Gesetz über den Abschiebungsgewahrsam			
Mitteilung des Senats vom 9. Oktober 2001 (Drucksache 15/853)			
2. Lesung			
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	3585	Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	3595
Abg. Kleen (SPD)	3586		

Abg. Dr. Schrörs (CDU)	3598	Gesetz zur Änderung des Bremischen Beam-
Abg. Dr. Sieling (SPD)	3600	tengesetzes
Staatsrat Dr. Dannemann	3603	Mitteilung des Senats vom 27. November 2001
Abg. Frau Wiedemeyer (SPD)	3604	(Drucksache 15/917)
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	3606	1. Lesung
Abg. Frau Wiedemeyer (SPD)	3608	Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)
Abstimmung	3609	Abg. Teiser (CDU)
		Abg. Frau Wiedemeyer (SPD)
		Abg. Herderhorst (CDU)
		Abg. Frau Ziegert (SPD)
		Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)
		Abstimmung
		3616

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Dr. Kuhn, Leo, Frau Möbius, Frau Tuczek.

Präsident Weber

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Arnold-Cramer

Schriftführerin Hannken

Schriftführerin Marken

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Böse** (CDU)

Staatsrat **Dr. vom Bruch** (Senator für Inneres, Kultur und Sport)

Staatsrat **Dr. Dannemann** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrätin **Winther** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

(A)

(C)

(B)

(D)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 49. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Auf dem Besucherrang begrüße ich ganz herzlich eine Klasse der Pestalozzischule aus Bremerhaven. – Herzlich willkommen!

(Beifall)

Es ist immer wieder schön, wenn die Bremerhavener den Weg nach Bremen finden und wieder zurück.

Den Eingang bitte ich dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Verkehrssicherheit im Lande Bremen stärken

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 28. November 2001
(Drucksache 15/920)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Januar-Sitzung.

(B) Nachträglich wurde interfraktionell vereinbart, den Tagesordnungspunkt acht, Zielorientiertes Studium fördern, für die November-Sitzung auszusetzen. Außerdem soll, anders als gestern besprochen, heute auf die zweite Lesung des Beamtengesetzes verzichtet werden.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Technologieoffensive für das Land Bremen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 14. November 2001
(Drucksache 15/906)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem heute vorliegenden Antrag „Technologieoffensive für das Land Bremen“ wollen die Koalitionsfraktionen auf die Herausforderungen reagieren, die die neuen

*) Vom Redner nicht überprüft.

Technologien für die gesamte Gesellschaft mit sich bringen. Standorte und damit auch die Standorte Bremen und Bremerhaven konkurrieren mittlerweile um Kapital, um Arbeit und auch zunehmend um Wissen. Unternehmen orientieren sich an den besten Rahmenbedingungen, und Wertschöpfung findet mittlerweile ohne Grenzen statt.

Dies ist die Ausgangssituation zu Beginn des neuen Jahrtausends. Darauf, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir hier in Bremen reagieren. Wir wollen dies mit dem Antrag, den wir Ihnen heute vorlegen. Dies ist nicht der erste Schritt, den Bremen im Bereich des Strukturwandels unternimmt. Es ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung, den wir hier gemeinsam gehen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, insbesondere der Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie fordert uns zunehmend heraus. Ein Blick in die Zahlen, selbst in diesem Jahr, verdeutlicht dies beeindruckend. Nach Zahlen, die vom BITKomm herausgegeben worden sind, dem Bundesverband für Unternehmen der Informationswirtschaft, der Telekommunikation und der neuen Medien, sieht es in diesem Jahr wie folgt aus: Im Bereich der Informationstechnik und der Telekommunikation wird es ein Wachstum von 4,6 Prozent geben. Für 2002 rechnet BITKomm mit einer Steigerung von 4,9 Prozent. Die anderen Werte des Wirtschaftswachstums, die traurigen Werte, die wir im Moment von Monat zu Monat zur Kenntnis nehmen müssen, haben wir alle im Hinterkopf.

Treibende Kräfte im Bereich des Hightech sind Internet- und Online-Dienste mit plus 40 Prozent, Mobilfunkdienste mit plus 15 Prozent und Software mit plus zehn Prozent. Dies, sehr geehrte Damen und Herren, schlägt sich auch konkret auf Arbeitsplätze nieder. 75 000 zusätzliche Arbeitsplätze werden in diesem Bereich geschaffen. Dies ist ein Plus von 10,1 Prozent bundesweit, nämlich von 745 000 auf 820 000 Stellen.

Sehr geehrte Damen und Herren, kein anderer Bereich als der Bereich Hightech bietet ein solches Wachstumspotential in den kommenden Jahren, und das muss man auch an dieser Stelle sagen, wo ja doch diverse Unternehmen der New Economy Probleme haben, wie wir in den letzten Monaten gehört haben, von Börseneinbrüchen, von Kurseinbrüchen und auch von Arbeitsplatzabbau. Insgesamt ist dies ein Bereich, in dem wir alles daran setzen müssen, um die Chancen, die sich für die Standorte Bremen und Bremerhaven ergeben, auch tatsächlich zu nutzen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf)

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie haben da ein richtiges Stichwort genannt, ich komme dazu.

(C)

(D)

(A) Der technologische Fortschritt verändert natürlich auch die Arbeitswelt, insbesondere die Bereiche der Industrie verzeichnen Arbeitsplatzabbau, das ist auch das, worunter Bremen in den letzten Jahren immer wieder gelitten hat, und die Bereiche der Dienstleistungssektoren verzeichnen starke Zuwächse. Eine lebenslange Beschäftigung, wie wir sie bisher häufig kannten, wird in Zukunft nur noch die Ausnahme sein. Lebenslanges Lernen ist damit eine Herausforderung, die wir hier auch im Bereich der Bildungs- und Wissenschaftspolitik annehmen müssen.

Aber die Veränderungen gehen tief greifender in unserer Gesellschaft vor, als dass sie nur Auswirkungen auf die Arbeitswelt hätten. Gesellschaftliche Veränderungen, insbesondere durch das Internet, sind allgegenwärtig. Heutzutage ist es eine Selbstverständlichkeit, dass man rund um die Uhr weltweit per Internet einkaufen kann, und auch dies bringt natürlich ganz entscheidende Veränderungen für die Gesellschaft mit sich, nicht nur im Bereich des Einkaufens, sondern auch im Bereich von Wissensbeschaffung et cetera.

Hierauf und auf die Chancen, die sich in diesen Bereichen ergeben, wollen wir mit diesem Antrag reagieren. Den Antrag, den wir Ihnen heute vorlegen, kann man in vier Bereiche unterteilen. Erstens, wir wollen mit diesem Antrag die vorhandenen Kompetenzen, die wir im Land Bremen haben, bündeln und entsprechend ausbauen. Dazu schlagen wir Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, einen Senatsbeauftragten vor mit einer entsprechenden Koordinierungsfunktion. Ich sage das an dieser Stelle für meine Fraktion ganz deutlich, wir werden schauen, wie diese Arbeit in den nächsten zwei Jahren einschlägt, und wir können uns darüber hinaus weitergehende Kompetenzen für einen solchen Senatsbeauftragten vorstellen, analog wie sie heute zum Beispiel die Ausländerbeauftragte oder auch der Datenschutzbeauftragte haben. Für so wichtig erklären wir diesen Bereich, dieses Thema, dass wir die Zukunftstechnologien tatsächlich besetzen wollen und dazu auch einen entsprechenden Bannerträger nach außen stellen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus wollen wir in diesem Bereich natürlich die vorhandenen Kompetenzen nutzen, zum Beispiel im Bereich der BIA, und diese von einer Innovationsagentur zu einer Innovationszentrale ausbauen. Ich will an dieser Stelle ganz deutlich sagen, dass wir schon mit Bedauern zur Kenntnis nehmen mussten, dass mit Herrn Jensen ein sehr qualifizierter Geschäftsführer die BIA verlässt. Wir drücken dem Wirtschaftssenator die Daumen, dass im Bereich der BIG ein ähnlich qualifizierter Nachfolger gefunden wird, der dort die BIA entsprechend, mit der Ausschreibung, aber sozusagen in dem Unterneh-

mensbereich der BIG, nein, nicht von den Mitarbeitern her, sondern von außen wollen wir jemanden finden, der ähnlich qualifiziert wie Herr Jensen besonders dieses Thema vorantreibt, die derzeit vorhandene Innovationsagentur auszubauen zu einer Innovationszentrale.

Zweiter Schwerpunkt dieses Antrags ist, wir wollen die Basis analysieren und die richtigen Schlüsse daraus ziehen. Dies finden Sie im Endeffekt in den Punkten vier und sieben unseres Antrags wieder. Wir möchten gern die zahlreichen Ausgründungen, die zahlreichen Institutsgründungen, die wir in den letzten Jahren im Bereich der Wissenschaftspolitik vorgenommen haben, untersuchen. Dadurch, dass wir einen Wettbewerb der Standorte haben, ist es auch wichtig, im Bereich der Technologie, im Bereich der Hightech, dass wir genau wissen, wo wir stehen, und wir müssen uns doch nichts vormachen, dass dies für die Politik immer schwerer wird. Die entsprechenden Unternehmensbereiche werden immer spezieller, die Einschätzung, was marktfähig ist und was nicht, was schon in anderen Regionen besetzt ist, wo es schon entsprechende Kompetenzen gibt, wo wir vielleicht in Bremen nur an zweiter oder dritter Stelle liegen, ist für die Politik zunehmend schwierig. Wir möchten deshalb eine wissenschaftliche Untersuchung haben, damit wir genau wissen, welche Bereiche wir zukünftig mit zusätzlichen Finanzmitteln ausstatten wollen, wo es sich lohnt, wo über Institute Ausgründungen und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen erreicht werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer in der schnelllebigen Zeit heute der Erste ist, der wird auch langfristig den größten Arbeitsplatznutzen davon haben.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört natürlich auch, dass wir die vorhandenen Kompetenzen, die es in den Standorten Bremen und Bremerhaven gibt, entsprechend bündeln und ausbauen und stärken. Um da nur einen Bereich zu nennen, der zum Beispiel mit dem weltweiten Einkauf in Verbindung steht, das ist die Frage des Logistikbereichs, wie der sich in den letzten Jahren revolutioniert hat und welche Chancen auch darin nach wie vor bestehen. Dies müssen wir in Bremen weiter ausbauen und weiter stärken.

Der dritte Schwerpunkt dieses Antrags findet sich unter der Überschrift „Netzwerke knüpfen und Kooperationen ausbauen“ wieder. Wir möchten insbesondere durch diesen Antrag erreichen, dass wir eine stärkere Verzahnung unserer Hightech-Politik haben mit Vertretern der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Politik und Verwaltung und möchten dies auch tatsächlich zu einer regelmäßigen Konsultation werden lassen, wo uns führende Leute bundesweit und international orientiert beraten, wo Bremen zukünftig die Schwerpunkte setzen soll.

(C)

(D)

(A) Wir möchten darüber hinaus Kompetenznetzwerke mit den Hightech-Zentren in Deutschland, in Europa, aber auch weltweit verbinden. Wenn Sie sich anschauen, was dem Freistaat Bayern das kleine Verbindungsbüro im Bereich des Silicon-Valley gebracht hat, Frau Kollegin Busch, so müssen Sie feststellen, dass mittlerweile 45 Prozent aller amerikanischen Investitionen in diesem Sektor nach Bayern gehen.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Das ist nicht weltweit!)

Dies ist in erster Linie durch ein Verbindungsbüro, das schon 1994 im Silicon Valley eingerichtet wurde, geschafft worden. Dies müssen wir besetzen. Es gibt zahlreiche Kompetenzzentren in Deutschland, aber auch in Europa, an denen wir uns orientieren können, und es gibt auch darüber hinaus in Südostasien, aber auch in den USA noch viele Bereiche, von denen wir tatsächlich profitieren können.

Bei den Voraussetzungen, die wir einleitend festgestellt haben, dass heutzutage im Endeffekt das Wissen und damit auch die Finanzströme und die Schaffung von Arbeitsplätzen häufig grenzenlos von-statten gehen, ist es heutzutage überhaupt kein Problem, eine Errungenschaft, die zum Beispiel in Nizza geschaffen wurde, hier auch tatsächlich zu konkreten Arbeitsplätzen auszubauen. Ich glaube, das müssten wir durch entsprechende Verbindungsbüros erreichen.

(B) Darüber hinaus wollen wir natürlich auch, und dies zeigt der Antrag, die hervorragend begonnene Zusammenarbeit im Bereich von Telekommunikation und Software, zum Beispiel mit der Deutschen Telekom und Microsoft, um einen Anbieter zum Beispiel im Hardwarebereich ergänzen. Auch dies ist gesagt, wir werden darauf in den Haushaltsberatungen reagieren. Wenn Bremen bei Messen präsent ist, muss dies auch angemessen und adäquat sein. Auch dies ist eine Forderung in diesem Antrag.

Der letzte Punkt, den wir hier gesetzt haben, ist, wir müssen, um diese drei Eckpfeiler zu erreichen, Finanzmittel stärker einsetzen. Dazu wollen wir uns intensiver um den Bereich von Venture-Kapital bemühen. Dazu wollen wir vorhandene Töpfe im Bereich der Wirtschaftsförderung stärker für den Strukturwandel einsetzen und wollen dabei insbesondere auch die Möglichkeiten nutzen, die die Bremer Aufbaubank bietet, und wir werden, das ist ja in der Koalition vereinbart, auch einen entsprechenden Antrag bei den Haushaltsberatungen einbringen und wollen auch dort ein Zeichen setzen. Ich möchte sagen, wir hätten auch in diesem Bereich gern größere Zeichen gesetzt, aber ich finde, es ist schon ein wichtiger Schritt, den wir dort tatsächlich im Rahmen knapper Finanzmittel gehen, dass wir sagen, um diese ganzen Punkte anzuschieben, möchten wir auch zusätzliche Finanzmittel einsetzen.

(C) Sehr geehrte Damen und Herren, Bremen hat im Bereich des Strukturwandels erfolgreich erste Schritte gemacht. Jetzt muss es weitergehen. Wir wollen das Tempo in diesem Bereich entsprechend verschärfen. Wir möchten die Herausforderungen, die die Globalisierung mit sich bringt, angehen, und dazu leisten wir mit diesem Antrag einen Beitrag. Ich hoffe, dass er in diesem Hause Ihre Zustimmung findet, und ich bin mir sicher, dass wir dann einen weiteren kleinen Schritt gemacht haben, um Bremen tatsächlich auch in den nächsten Jahren zukunfts-mäßig zu gestalten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man die Rede des Kollegen Eckhoff würdigt, wundert man sich doch, dass sie heute kommt. Bei einer solchen fast weitreichenden Erklärung zur Technologiepolitik und Entwicklung der Wissensgesellschaft würde man ja erwarten, eine solche Rede zu Beginn einer Legislaturperiode zu hören, und ehrlich gesagt hätte ich sie auch zu Beginn der Politik der großen Koalition erwartet. Nach sechs Jahren Politik der großen Koalition mit einem solchen Antrag zu kommen, als ob man nun gerade auf die Idee gekommen wäre, spricht nicht gerade für den Erfolg der großen Koalition und die besondere Bedeutung, die diese Koalition der Technologiepolitik beigemessen hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Darum kann man die Liste des Antrags, der uns vorgelegt worden ist, auch als eine Mängelliste lesen, und das will ich im Verlauf meiner weiteren Rede tun. Ich will nur einmal eine ganz generelle Anmerkung machen. Wir teilen mit Ihnen die besondere Bedeutung der Technologiepolitik für die Strukturwandelpolitik und die Entwicklung hin zur Wissensgesellschaft. Auch was die Frage der Qualifikation der Arbeitskräfte angeht, da sind wir ganz eng an Ihrer Seite, da gibt es keinen wirklichen Dissens in der Sache, was die Priorität dieses Politikbereichs angeht.

Aber wenn Sie jetzt als einen wesentlichen Vorschlag Ihres Antrags sagen, dass Sie einen Technologiebeauftragten schaffen wollen, und dann als schönes Beispiel heranziehen, dass das ein Bannerträger sein soll, und zwar wie zum Beispiel die Bremer Ausländerbeauftragte, dann frage ich Sie: Ehrlich gesagt, Herr Eckhoff, wann haben Sie eigentlich das letzte Mal etwas von ihr gehört? Wenn das

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (A) der Maßstab sein soll, dann werden Sie eine glatte Bauchlandung mit diesem Technologiebeauftragten erleben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt, Sie haben es ja auch schon erwähnt, die Strukturwandel- und Technologiepolitik zum Beispiel von Herrn Stoiber! Mit diesem schönen Spruch der Verbindung von Laptop und Lederhose hat Stoiber ja vor etlichen Jahren angefangen, der Technologiepolitik einen ganz besonderen Schwerpunkt zu geben. Ich glaube, dass es politisch richtig ist, und er hat das nötige politische Gespür gehabt, dass man hier schnell sein muss bis hin zu dem schönen Beispiel mit dem Verbindungsbüro im Silicon Valley. Und unser Bürgermeister? Herr Scherf hat überhaupt kein Gespür für die Bedeutung dieser Frage! Er hat nicht einmal ein Scherflein geleistet, der Frage der Technologiepolitik die entsprechende politische Bedeutung zu verleihen. Dass er auch bei all diesen Debatten nie da ist, zeigt auch, dass er kein politisches Gespür, keine politische Sensibilität dafür hat, dass er als höchster Repräsentant des Bundeslandes Bremen zum Bannerträger werden müsste. Dass er dies nicht gemacht hat, von daher verstehe ich auch, dass Sie heute mit einem solchen Antrag kommen, heißt nämlich nur, dass Sie hier einen dramatischen Mangel haben, vor allem was die politische Repräsentanz dieses Politikbereichs angeht.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt kommen wir zu der Mängelliste Ihres Antrags! Sie haben schon gesagt, Sie wollen einen Technologiebeauftragten schaffen. Gleichzeitig wollen Sie die BIA, mit deren Arbeit Sie offensichtlich relativ einverstanden sind, so wie Sie hier auch den Geschäftsführer, Herrn Jensen, der ja nun aufhören wird, noch einmal gelobt haben, zu einer Bremer Innovationszentrale aufbauen. Dann haben wir schon wieder zwei Strukturen. Wir haben den Technologiebeauftragten, wir haben den neuen Geschäftsführer der dann so genannten Bremer Innovationszentrale. Wir haben in den letzten Jahren etliche Erfahrungen mit solchen Doppelstrukturen gemacht und dass das nicht immer die besondere Kompetenz und Bündelung der Kräfte ist. Oft hat man dann, wenn man zwei solcher Leute hat, doch das Gefühl, dass sie sich eher ins Gehege kommen und dass es nicht gerade von politischer Klugheit zeugt, hier jetzt auch noch zwei Leute nebeneinander zu setzen. Ich glaube, wenn man hier den politischen Mut hat und wirklich etwas vor hat, dann konzentriert man sich auf einen, und dann hat man wirklich ein politisches Aushängeschild.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt haben Sie weiter gesagt, gegebenenfalls muss man auch noch neue Stellen oder neue Trans-

ferstellen einrichten. Jetzt frage ich einmal: Wissen Sie eigentlich, was Sie in den letzten Jahren in den Wirtschaftsförderausschüssen an neuen Transferstellen eingerichtet haben, die die Schnittstellen und die Kommunikation zwischen der Universität, den Hochschulen und der regionalen Ökonomie machen sollen? Was machen eigentlich alle diese Transferstellen? Glauben Sie eigentlich, dass es so klug ist, noch mehr von diesen Stellen einzurichten? Wir haben hier bald mehr Transferleute und Wirtschaftsförderer als Unternehmen, die betreut werden sollen.

(C)

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Was machen eigentlich die Mitarbeiter des Wirtschaftsressorts, die als Abteilungs- und Referatsleiter auch die Aufgabe haben, diese Form der Technologiepolitik voranzubringen? Wir machen das bei der BIA, wir machen das mit den Transferstellen, wir machen das im Wirtschaftsressort, und ehrlich gesagt, den Wirtschaftssenator gibt es ja auch noch. Was macht der eigentlich in dieser Angelegenheit? Ich verstehe ja Ihr Problem, Herr Eckhoff, wie Sie das letzte Mal vor etlichen Monaten so schön verraten haben, dass so ein älterer Herr wie Herr Hattig vielleicht auch nicht gerade der beste Repräsentant für die New Economy ist.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Das hat er nicht
gesagt!)

(D)

Doch, das hat er gesagt! Er wollte es hinterher nicht mehr so genau wissen.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Das glaube ich
nicht!)

Natürlich hat er das gesagt, und ehrlich gesagt finde ich auch, dass er da nicht ganz falsch liegt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oder aber Sie beklagen, auch das zu Recht, das spricht aber auch nicht gerade für das Werben der Regierungsmitglieder in den entsprechenden Gremien, dass es zu wenig Wagniskapital oder, immer mit unseren schönen Anglizismen, Venture Capital, gibt. Jetzt ist aber Herr Perschau, der Finanzsenator, ja im Aufsichtsrat der Bremer Landesbank. Komisch, die Bremer Landesbank ist aber immer unheimlich zugeknöpft, wenn es um diese Fragen von Venture Capital geht. Sie gibt doch eher Kredite für Hamburger Firmen als für Bremer, die gute Ideen haben. Also, auch da, glaube ich, wäre ein bisschen politisches Insistieren auf die Kreditvergabementalität der Bremer Landesbank nicht unange- messen.

Was müssen Sie stattdessen tun? Sie weichen aus auf die Bremer Aufbaubank. Das mag ja alles sein,

(A) wenn man sich sonst nicht durchsetzen kann, dass man solche Instrumente braucht, aber klug, auch im Sinne der Politik der Landesbank, das, was sich an guten Ideen in Bremen entwickelt, so wenig wertzuschätzen, finde ich das nicht.

Ich habe schon etwas zu Ihrer Politik gesagt, Sie haben es in den Punkten vier bis sieben angesprochen, dass Sie dann auch neue Standorte schaffen wollen und wieder neue Transferstellen. Wie gesagt, wir raten dringend davon ab. Sie haben selbst in Punkt vier gesagt, Sie wollen das evaluieren, was es bisher gegeben hat. Das scheint mir sehr sinnvoll zu sein. Ich hoffe einmal, dass diese Untersuchung dann auch so seriös und substantiell ist, dass sie vielleicht zu dem Ergebnis kommt, dass man wirklich authentische Kommunikation herstellen muss und dass es oft wichtiger und erfolgversprechender ist, wirklich Leute aus den verschiedenen Bereichen zu Foren zusammenzubringen, als immer wieder neue Stellen zu schaffen. Ich glaube nicht, dass diese neuen Stellen immer den gewünschten Erfolg haben, und wir haben das gestern schon kurz in einer anderen Debatte gestreift, die Erfahrungen im Technologiepark zeigen ja auch, das sagen die Leute immer wieder, dass gerade die Kommunikation, dass die Treffen in der Mensa oft viel mehr neue Ideen und Austausch bringen als viele Maßnahmen, die der Staat in den letzten Jahren angefangen hat.

(B) Von daher muss ich sagen, Sie haben uns aufgefordert, diesem Antrag zuzustimmen. Meine Kollegin Frau Stahmann wird nachher auch noch etwas zu diesen angeblich so wunderbaren Kooperationen mit Telekom und Microsoft sagen. Ob man auch da die nötige Sensibilität für das hat, was da von unten wächst, oder ob man sich nicht immer nur auf die Elefanten stürzt, ist, glaube ich, eine wichtige Frage.

Jetzt sind Sie ja selbst nicht an dem Punkt, dass Sie uns heute wirklich etwas konkret vorlegen könnten. Ich möchte auch einmal behaupten, dass die Frage, wo dieser Beauftragte, den Sie da installieren wollen, überhaupt angesiedelt wird, noch offen ist. Koalitionsintern sind Sie sich gar nicht einig. Das geht immer hin und her zwischen Wirtschaftsressort und Senatskanzlei. Die Sozialdemokraten wollen es lieber bei der Senatskanzlei. Auch das ist ja nur ein Fingerzeig darauf, dass die anderen, die da in der Senatskanzlei sitzen beziehungsweise der Bürgermeister, hier ihre Aufgaben nicht wirklich gemacht haben.

Von daher, in der Sache, dass Bremen da noch mehr hätte machen müssen, als es in den letzten Jahren der Fall war, sind wir an Ihrer Seite. Mit Ihren konkreten Vorschlägen sind wir nicht einverstanden. Vieles ist unklar, politisch nicht geklärt, wie so oft, wenn Sie sich da intern bekriegen. Ich hoffe nun sehr, dass hier noch einiges nachgebessert wird. Nehmen Sie Abstand von dem ganzen Beauftragtenwesen und Transferstellen, und konzentrieren Sie

sich wirklich auf die Sache! Das wird für Bremen besser sein. – Danke schön! (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Lemke-Schulte.

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD) *): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich feststellen, dass ich es sehr erfreulich finde, dass wir uns darin einig sind, dass Technologiepolitik ein wesentlicher Eckpfeiler nachhaltiger Wirtschaftsstrukturpolitik ist.

(Beifall bei der SPD)

Frau Dr. Trüpel, wir haben uns nicht bekriegt, nein, wir wollen vorankommen! Warum sollten wir eigentlich unser eigenes Licht so unter den Scheffel stellen? Das Land Bremen gehörte vor mehr als zehn Jahren zu den Vorreitern dieser Erkenntnis, dass das wichtig ist! Wir haben damals, vor mehr als zehn Jahren, das BITZ gegründet, damals war die CDU noch in der Opposition, das ist bekannt, und wir haben mit dem Technologiepark rund um die Universität ein spezialisiertes Gewerbegebiet geschaffen, das ganz rasch an Vorbildfunktion gewonnen hat und das noch heute zu den begehrtesten Gebieten gehört. (D)

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine Leistung, die sollte man nicht unter den Scheffel stellen!

Wenn ich den Handelskammer-Veröffentlichungen vom Sommer dieses Jahres entnehme, dass jetzt rund 600 Unternehmen in der IT-Wirtschaft tätig sind mit entsprechend vielen Beschäftigten, beispielhaft ist das ZmeC zu nennen, dann, finde ich, ist das auch ein Punkt, den man nicht verkennen und verhehlen sollte. Niemand hätte Sie vom Bündnis 90/Die Grünen daran gehindert, Frau Dr. Trüpel, auch einen eigenen Antrag zu stellen, den wir dann hier gern beraten hätten. Das, finde ich, geht auch ein bisschen an Ihre eigene Adresse zurück.

Die Bereitstellung attraktiver Immobilien und ein bedarfsgerechtes Angebot an Gewerbeflächen ist eine notwendige, aber nicht eine hinreichende Bedingung des Strukturwandels. Was Ende der achtziger Jahre noch als Offerte an hochspezialisierte High-Tech-Firmen galt, trifft heute die Bedürfnislage fast aller Unternehmen. Ein funktionierender Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist inzwischen für alle Branchen zum wesentlichen Erfolgsfaktor geworden. Aber für die Festigung Bremens und Bremerhavens als Standorte mit überre-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (A) gionaler Ausstrahlung ist viel mehr erforderlich als die Bereitstellung universitätsnaher oder hochschulnaher Firmengrundstücke.

Viele Antworten auf die Frage, wie die Wirtschaftsstruktur des Landes Bremen künftig optimiert werden kann, hat die SPD-Fraktion übrigens bereits vor längerer Zeit gegeben, nämlich in ihrem Entwicklungskonzept Technopolis. Darin haben wir aufgezeigt, dass die Vernetzung einer ganzen Reihe von technologieorientierten Gewerbeflächen die größten Synergien verspricht. Es muss darum gehen, meine Damen und Herren, an unterschiedliche Entwicklungskerne dynamisch wachsende gewerbliche Flächen mit klaren innovativen Profilen anzudocken,

(Beifall bei der SPD)

die so genannten Kompetenzcluster. Die Hochschulen in Bremen und Bremerhaven eignen sich meiner Meinung nach ebenso gut wie die hier ansässigen Luft- und Raumfahrtunternehmen. Das AWI in Bremerhaven, Radio Bremen, das Gründerzentrum Airport-City, die Internationale Universität in Bremen-Grohn, um nur einige Beispiele zu nennen!

(Vizepräsident R a v e n s übernimmt den Vorsitz.)

- (B) Deshalb, Herr Eckhoff, schaffen leistungsfähige Netze mittlerweile in unserer heutigen Zeit ebenso viel Nähe wie benachbarte Adressen. Ich sage das sehr bewusst,

(Beifall bei der SPD)

weil ich meine, die Idee einer Online-City, noch dazu auf der grünen Wiese und in einem Naturschutzgebiet, kann nur diejenigen faszinieren, die sich eine integrierte Stadtentwicklung nicht zutrauen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Der Begriff Call-Center-City, meine Damen und Herren, steht inzwischen für den Wandel von der Industriestadt zum modernen Dienstleistungsstandort. Der Anspruch ist eingelöst. Zahlreiche Call-Center bieten in Bremen, aber auch in Bremerhaven eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Dass man hier über bestimmte Arbeitsbedingungen noch bessere Bedingungen schaffen muss, darüber sind wir uns im Klaren. Das Beispiel zeigt aber zugleich, dass Innovationen keinen dauerhaften Vorsprung im Standortwettbewerb bieten. Ein Vorsprung kann nur durch Kompetenzsteigerung und -anpassung gehalten werden, sprich: Qualitatives muss quantitatives Wachstum sichern!

Das 100 Millionen DM schwere Landesprogramm für Informations- und Mediennutzung, kurz Bremen

in T.I.M.E. genannt, hat auch genau diese Zielrichtung. Es stellt erhebliche Mittel, und das ist auch schon ein Stückchen älter, zur Förderung gewerblicher und privater Kompetenz im Bereich Multimedia bereit. Zugleich ist es aber auch Anknüpfungspunkt für Vereinbarungen, die das Spitzen-know-How internationaler I- und K-Dienstleister wie Telekom oder Microsoft an das Land Bremen binden und so die Position Bremens und Bremerhavens im Standortwettbewerb, wie ich finde, deutlich verbessern.

Wenn wir für das Land Bremen nachhaltig eine Spitzenposition in diesem dynamischen Wettbewerb sichern wollen, dürfen wir uns auf diesen Erfolgen allerdings nicht ausruhen. Da sind wir uns wieder alle einig. Wir müssen alle verfügbaren Kräfte bündeln und die Modernisierung der Wirtschaftsstrukturen in einer abgestimmten und vernetzten Initiative forcieren. Modernisierung heißt dabei nicht nur Ausgleich etwaiger Defizite, sondern bedeutet vor allem die Organisation eines permanenten Prozesses. Der Antrag zur Technologieoffensive, den wir hier heute debattieren und für den wir einen Bericht erwarten, steht für diesen Ansatz. Er zielt darauf, Zukunftsfelder so frühzeitig wie möglich zu erkennen und über eine gezielte Technologiepolitik, über passgenaue Angebote die Forschung und Entwicklungsförderung erfolgreich zu besetzen.

Natürlich geht es darum, die Basis zu bilden für die Entstehung zukunftsfähiger und möglichst vieler Arbeitsplätze. Eine solche Wirtschaftsstruktur und attraktive zukunftsfähige Arbeitsplätze bedingen sich gegenseitig. Sie sind die wesentlichen Argumente für die Akquisition von Investoren, aber auch für die Gewinnung neuer Einwohner. Wir haben das gestern debattiert, als wir über die Neubürgeragentur gesprochen haben. Beides ist ganz notwendig und wichtig für das Bundesland Bremen.

(Beifall bei der SPD)

Im internationalen Vergleich der Tele-Citys, meine Damen und Herren, behauptet sich Bremen zum Beispiel selbst gegenüber Konkurrenten wie Stockholm und Melbourne hervorragend. Das ist doch beachtlich, kaum bekannt, doch sehr beachtlich! Attraktivität kann allerdings nur dann wirken, wenn die Vorteile eines Standortes auch entsprechend überregional bekannt sind. Standortmarketing und aktive Marktbearbeitung sind daher unverzichtbar, damit das Land Bremen maximal vom Innovationsboom profitieren kann. Sie müssen integraler Bestandteil dieser Offensive sein, die wir hier heute debattieren. Das steht auch in einem Absatz unseres Antrags. Wir werden das Thema Standortmarketing im Übrigen im Dezember diskutieren. Die SPD-Fraktion hat dazu einen entsprechenden Antrag vorbereitet. Im Dezember werden wir uns damit noch einmal befassen.

(C)

(D)

(A) Herr Eckhoff, wir sind zwar nicht wie Sie der Auffassung, dass wir Kontakte zunächst und ganz vorrangig in die USA knüpfen müssen, meinen aber, dass sich das Land Bremen in ein Netzwerk mit national und international hervorragenden Technologiestandorten einknüpfen muss. Ein solcher Informations- und Meinungsaustausch sowie eine enge Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Unternehmen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen trägt ganz wesentlich zur Optimierung eines solchen Innovationsprozesses bei. Das war in Bayern eine Erfolgsstory, das ist gar nicht zu bestreiten. Dennoch glauben wir, dass es nicht unbedingt und nur in die USA gehen muss, sondern dass es dafür auch ganz andere Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Ich war zum Beispiel in der letzten Woche in China. Das war hochinteressant!

(B) Wir halten es daher für sinnvoll und fordern vom Senat, die Marktfähigkeit der technologischen Innovation in Land Bremen bezogen auf die Forschungs- und Bildungseinrichtungen der Bremer und Bremerhavener Unternehmen und die örtlichen Gegebenheiten entsprechend wissenschaftlich zu untersuchen. Wer sich nicht ausreichend am Markt orientiert, meine Damen und Herren, verkennt, dass erst hier Wertschöpfung und Wirtschaftswachstum, vor allem aber auch Arbeitsplätze entstehen und dass nur eine erfolgreiche Positionierung am Markt zum berühmten Return on Invest führt. Das gilt nicht nur für private Geldgeber, das gilt eben auch für den Staat.

(Beifall bei der SPD)

Zur Gewinnung von privatem Risikokapital, eine Erkenntnis aus der Veranstaltungsreihe der SPD-Bürgerschaftsfraktion „Dialog Mittelstand“, in der wir uns auch mit diesen Themen befasst haben, ist es besonders wichtig, dass gerade in jungen Branchen mit zahlreichen Firmengründungen dieser Bedarf an Risikokapital besonders hoch ist. Deshalb muss neben der staatlichen Absicherung von Wagniskapital die Akquisition privater Venture-Capital-Firmen dringend intensiviert werden, da bin ich mit Ihnen einig, Frau Dr. Trüpel.

Wir haben zwar mit der BIG und mit der Bremer Aufbaubank ein Instrument und zwei kompetente Institute, die, wie ich finde, für die kapitalmäßige Unterstützung von Existenzgründern sorgen können. Als staatsnahe Unternehmen können sie ein privatwirtschaftliches Angebot von Wagniskapital zwar ergänzen, aber eben nicht ersetzen. Deshalb halte ich es für wichtig, dass sich auch in diesem Bereich Firmen ansiedeln, denn bisher wird das Land Bremen von Firmen, die ihren Sitz in Hamburg haben, mitversorgt. Herr Senator, da sollte man aber ganz schnell und umgehend tätig werden!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(C) Auch die Bremer Innovationsagentur, das ist hier ja schon gesagt worden, und das BITZ haben in den vergangenen zwei bis drei Jahren, wie ich finde, viel bewegt. Sie haben viel weiterentwickelt. Herr Jensen ist schon angesprochen worden. Es gilt ihm auch mein Dank für die Tätigkeiten, die er geleistet hat. Er macht sich jetzt im Übrigen selbständig, gründet ein Unternehmen in Bremen und Hannover. Vielleicht gibt es dort in Zukunft eine andere Form von Zusammenarbeit. Das kann ich mir durchaus vorstellen. Wir müssen aber wirklich noch mehr als bisher diese Innovationszentrale stärken, deshalb wollen wir sie ausbauen, damit wir das erreichen, was wir wollen.

Nun zu dem Senatsbeauftragten zur Steuerung der im Bereich Zukunftstechnologien anfallenden Aufgaben! Nach meinen Vorstellungen soll er die Aktivitäten der an diesem Prozess beteiligten Ressorts und Gesellschaften koordinieren und eine sinnvolle Abstimmung mit angrenzenden Aufgaben und Projekten wie beispielsweise dem Landesprogramm Bremen in T.I.M.E. gewährleisten. Ich finde, dass er mit Blick auf das Gesamtinteresse des Landes Bremen sicherstellen muss, dass der Einsatz vorhandener Ressourcen optimiert und die entsprechenden Synergiepotentiale auch ausgeschöpft werden.

(Beifall bei der SPD)

(D) Er soll gewährleisten, dass die strategische Ausrichtung der auf Seiten des Staates am Innovationsprozess Beteiligten synchronisiert und die Zusammenarbeit der Ressorts und ihrer Gesellschaften mit Wirtschaft und Wissenschaft optimiert wird.

Der Landesbeauftragte wird, das möchte ich hier noch einmal betonen, kein Obergeschäftsführer der beauftragten Gesellschaften sein. Er kann aber, wie ich finde, auch nicht völlig freischwebend über den Verwaltungen agieren, sondern mit Blick auf das Ganze müssen sinnvolle Abstimmungen zwischen allen Verantwortlichen herbeigeführt werden. Das, glaube ich, hat auch der Kollege Eckhoff gemeint, als er diesen Vergleich angestellt hat, wie wir uns das vorstellen können. Deshalb plädiere ich dafür, dass für diese wichtige, aber, ich glaube, womöglich auch diffizile Aufgabe, das ist nicht zu bestreiten, ein erfahrener hochqualifizierter Bewerber mit überregionalem Renommee gewonnen wird.

Meine Damen und Herren, dass wir trotz engster Budgets unsere Technologieoffensive in den Haushalten mit entsprechenden Beträgen verankern wollen, wir werden das in den Haushaltsberatungen im Dezember erörtern, ist ein Beleg für den Stellenwert, den wir diesem Vorhaben beimessen. Ich selbst bin überzeugt davon, dass dieses Geld gut angelegt ist und dass es uns gelingen wird, mit der Offensive einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität und zur Sanierung des Landes Bremen zu leisten.

(Beifall bei der SPD)

(A) **Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich begrüße den Vorschlag der Fraktionen. In der Marktbeurteilung sind wir uns einig, wie immer liegen Chancen und Risiken beieinander, das zeigt die Entwicklung der letzten Jahre beziehungsweise der letzten Zeit. Gleichwohl darf man sich in der Betrachtung dieses Marktsegments nicht von seinen Chancen trennen. Es ist ein Wachstumsmarkt! Die Vorschläge finden unsere Zustimmung. Sie bestätigen die bisherige Arbeit. Sie sind zum Teil schon umgesetzt und werden weiter umgesetzt werden. In den Zielvorstellungen sind wir deckungsgleich.

Der Gesamtzusammenhang für Bremen heißt, das ist hier angesprochen worden, Sparen und Investieren. Hier liegt der Akzent natürlich auf dem Investieren, und dabei spielt Hightech in der Strukturpolitik eine gewichtige Rolle, natürlich neben den übrigen Aufgaben wie etwa der Verbesserung der Infrastruktur, der Stärkung von Tourismus und Dienstleistungen und der Förderung des Mittelstandes. Der Gesamthaushalt ist begrenzt, das muss hier nicht weiter ausgeführt werden. Deswegen ist dem zuzustimmen, was hier vor mir gesagt worden ist. Das ist auch meine Einstellung, zu Fragen der Organisation eine ressortübergreifende Arbeit zu gewährleisten, damit die Mittel konzentriert und effizient eingesetzt werden. Dazu gehört auch eine vernünftige Organisation, und in dem Rahmen ist der Vorschlag aufgeschlossen zu prüfen, etwa eine Koordinierungsstelle zu schaffen. Dass Herr Jensen geht, bedauere ich, aber andererseits macht er sich selbständig. Ich würde mich also im Widerspruch zu mir selbst setzen, wenn ich einem, der selbständig werden will, sage, er solle es lassen.

(B) Wir werden uns bemühen, Herr Eckhoff, einen geeigneten Kopf zu finden, der die BIA in ihrer Bedeutung, auch in ihrer organisatorischen Bedeutung hier, wie soll ich sagen, zu weiterer Effizienz bringt. Erfolge, auch das muss gesagt werden, sind nicht mathematisch messbar. Man braucht Zeit, man braucht Geduld, und man kann nicht am nächsten Tag nach der Anzahl der Arbeitsplätze fragen, so sehr diese das eigentliche Ziel der Bemühungen sind.

Das Ziel, ich wiederhole es, aller Sanierungsbemühungen ist, die Wirtschaftsstruktur zu verbessern und nachhaltige Beschäftigung zu sichern. Da ist der High-Tech-Markt ein ganz wichtiger Zielvorgang, den wir annehmen und aufnehmen. Das heißt, wir werden den Ausbau von Tourismus und Dienstleistungen verbessern, wenn wir die Einzelmaßnahmen noch einmal in diesen Gesamtzusammenhang hineinnehmen. Wir müssen die Infrastruktur verbessern. Wir müssen den Mittelstand weiter fördern. Ein ganz

*) Vom Redner nicht überprüft.

wichtiger Punkt ist die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft bei diesem Aufbau und Ausbau von Zukunftstechnologien. Dabei sind wir auch auf die gegebenen Strukturen angewiesen, gehen auf sie zu. Auch da sind messbare Erfolge zu finden, wenn wir mit Blick auf die neuen Technologien mit dem Automobilbau, mit der Luft- und Raumfahrt, mit der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, mit Hafen und Logistik zusammenarbeiten.

Man sollte auch einmal bei einer solchen Gelegenheit zusammenfassen, was wir schon haben und dabei die ressortübergreifenden Gesichtspunkte herausstellen. Wir haben zwei Universitäten, zwei Fachhochschulen, eine Hochschule für Künste sowie 19 außeruniversitäre Forschungsinstitute mit internationaler Ausstrahlung. Wir haben rund 27 000 Studierende, die aus über 100 Studiengängen wählen können. Wir haben Auslandskooperationen im Fachhochschulbereich und in der Universität. Über 1700 Wissenschaftler sind an den Instituten dieser Einrichtungen tätig. Ingenieurwissenschaftliche Studiengänge der Universität sorgen für das höchste Drittmittelaufkommen aller deutschen Universitäten. Auch das muss man hier einmal sagen und wiederum aufnehmen.

Der unmittelbar an die Universität grenzende Technologiepark hat sich zu einem der größten Parks dieser Art in Deutschland entwickelt. Er hat ein hohes Ansehen außerhalb und innerhalb Bremens. Über 350 Forschungseinheiten im Land Bremen kooperieren mit wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen im In- und Ausland, schaffen Know-how-Transfer in die regionale Wirtschaft und sichern damit Arbeitsplätze. Schließlich und endlich hatten wir die Eröffnung der Internationalen Universität mit rund 130 Studierenden jetzt und 30 Lehrenden, Ziel sind 1200 Studierende und 100 Wissenschaftler aus aller Welt und ein Science-Park in unmittelbarer Nähe. All das ist der gegebene Zustand und der Nährboden, darf ich so sagen, auf dem weiter aufgebaut werden kann.

Wenn Sie fragen, welche Zielvorstellungen wir denn haben, dann ist das zunächst eine Vorgabe, die wir freundlich betrachten dürfen, aber wir werden und müssen weiter daran arbeiten, die Zielvorstellungen etwa in diesem Jahrzehnt zu verwirklichen, da würde ich als Ziele nennen: Spitzenpositionen in ausgewiesenen Kompetenzfeldern zu erreichen, die durch einen strategischen Dialog von Wissenschaft und Wirtschaft und durch konsequente Ausrichtung der Innovationspolitik auf diese Märkte vertieft werden! Bremen wird durch die Konzentration auf wenige Schwerpunkte langfristig ein interessanter Standort insbesondere für Ansiedlungen auch aus dem Ausland.

Durch erheblichen Mitteleinsatz und enge Verzahnung wirtschaftspolitischer und wissenschaftspolitischer Maßnahmen wird ein Technologiestandort, der auch international wettbewerbsfähig ist, bewirkt. Technologiestadtteile mit Unternehmen und For-

(C)

(D)

(A) schungseinrichtungen in international hoch attraktiven thematischen Feldern sorgen für Reputation, Wertschöpfung und Beschäftigung. Im Technologie-stadtteil wird eine attraktive Wohnumgebung mit möglichst hervorragenden privaten und öffentlichen Dienstleistern geschaffen, die überregional besonders junge und talentierte Unternehmer und Unternehmerinnen anzieht.

Die Schwerpunkte liegen in der Biotechnologie, den Informations- und Kommunikationstechniken, Gesundheit, Umwelt und Logistik, Luft-, Raumfahrt und Design. Die Schwerpunkte sollen international wettbewerbsfähige Kompetenzcluster mit konsequenter Marktausrichtung schaffen. Die mobilen verteilten Arbeits- und Geschäftsprozesse bei der BIA sollen möglichst zu einem Alleinstellungsmerkmal für die Produktionsentwicklung ausgebaut werden. Ich sage die Stichworte Microsoft, UMTS, Luft- und Raumfahrt sowie Logistik sollen als international ausgerichtete Cluster weiter gefördert werden. Innovative Gesundheitsprodukte und -dienstleistungen made in Bremen sollen eine möglichst überregionale Nachfrage erzeugen. Die „blaue“ Biotechnologie soll sich als Begriff untrennbar mit der Region Bremen und Bremerhaven verbinden. Bremerhaven als Standort am Meer soll sich zu einem innovativen maritimen Kompetenzzentrum entwickeln. Das sind, wie gesagt, Zielvorstellungen, aber auf realistischer Basis und mit realistischer Perspektive.

(B) Die Fraktionen mit ihrem Antrag und der Senat haben übereinstimmende Vorstellungen. Wir haben eine Menge erreicht. Der Satz, wir müssen unser Licht nicht unter den Scheffel stellen, ist auch mein Satz. Das haben wir nun bei Gott nicht nötig! Es ist eine Menge erreicht worden. Das Wirtschaftsressort wird zum Februar 2002, wie gewünscht, einen Maßnahmenkatalog im Einzelnen vorlegen. Die breite parlamentarische Zustimmung ist dafür eine hervorragende Basis.

Lassen Sie mich zum Schluss in diesem so wichtigen wirtschaftlichen Umfeld auch noch einmal eine generelle Betrachtung einflechten! Wer investiert? Es investieren die Unternehmer. Wann investieren sie? Wenn die Investition sich rechnen lässt und man Vertrauen in den Standort hat. Vertrauen heißt, berechenbar zu sein; berechenbar heißt wiederum, Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen so zu kongruieren, dass sie begreifbar sind und akzeptabel. Unsere Politik ist darauf konsequent und zielgerichtet ausgerichtet. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Herren! Der Antrag, der uns hier heute vorliegt, ist als Dringlichkeitsantrag der großen Koalition eingereicht worden. Wir als grüne Bürgerschaftsfraktion hatten ja zwei Tage vor diesem Antrag eine Große Anfrage eingereicht, die nachfragt, was eigentlich passiert ist, seitdem wir hier in der Bürgerschaft vor zwei Jahren das Rahmenprogramm Bremen in T.I.M.E. diskutiert haben. Der Senat hat bislang noch keine Bürgerschaftsdrucksache, noch keine Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft zurückgeleitet. Der Senat hat bisher hier nicht darüber ausführlich berichtet, wer was mit wem in Bremen mit welchem Erfolg macht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich muss mich darüber schon ein bisschen wundern, dass Sie als Koalition der SPD und der CDU den Senat so leichtfertig damit durchkommen lassen. Ich finde, das ist ja nicht unerheblich viel Geld, 100 Millionen DM in fünf Jahren, dann noch die Mittel, die die Telekom und Microsoft mit in dieses Programm einbringen. Ich finde, es muss hier doch darüber beraten werden, welche Effekte das für die Region hat und auch für die Unternehmen, die sich in Bremen betätigen oder auch betätigen sollen. Deshalb wünschen wir uns hier, und das werden wir im Februar 2002 ja auch tun, eine umfassende Debatte über das Programm Bremen in T.I.M.E., um dann auch Antworten auf die bremischen Fragen zu finden. Die kommen mir in Ihrem Antrag eindeutig zu kurz.

(Abg. Frau **Lemke-Schulte** [SPD]:
Was?)

Frau Lemke-Schulte, ich hätte heute gern mit Ihnen auch über die Frage diskutiert, was ein Medienkompetenzzentrum ist.

(Abg. Frau **Lemke-Schulte** [SPD]:
Das ist ein Baustein!)

Die Fragen stehen ja auch aus bremischen Interessen zwingend im Raum: Wie geht es bei Radio Bremen weiter? Welche Rollen spielen die anderen Akteure im Bereich Medien und Wirtschaft? Was wird aus einer Kooperation mit der Nordmedia? Bremen beteiligt sich an dieser Länderkooperation mit Niedersachsen. Wie verzahnt sich die Debatte um ein Medienkompetenzzentrum? Sie haben das auch angesprochen. Wie verzahnt sich die künftige Stadtentwicklung in Bremen auch in der Innenstadt, ich spreche das Faulenquartier an, mit der Aufstellung hier in Bremen? Was bieten wir politisch an? Darauf antwortet dieser Antrag nicht und gibt auch keinen Hinweis.

(Abg. Frau **Lemke-Schulte** [SPD]:
Das kann er ja nicht!)

(C)

(D)

- (A) Doch, ich finde schon, dass man sich bei dieser Frage mit dem Vorlauf hier hätte schon einmal dazu äußern können!

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:
Aber nicht in diesem Antrag!)

Vielleicht kündigen Sie dann nachher noch einmal einen weiteren Antrag an!

In dem Antrag wird von den Vorteilen von Clustern oder Netzwerken gesprochen. Ich habe hier in vorangegangenen Debatten schon häufiger gesagt, dass ich es sehr vermisst habe oder mich gewundert habe, dass die große Koalition, ich bin ja erst seit zwei Jahren Mitglied dieser Bürgerschaft, es bisher nicht geschafft hatte – jetzt gibt es ja so etwas Ähnliches –, Treffpunkte zu machen, und zwar nicht organisiert von oben. Es gab in Bremen, bis der First Tuesday hier angetreten ist mit seinen regelmäßigen Treffen, kaum Branchentreffpunkte. Jetzt gibt es Treffen, die sind gut besucht. Ich halte diese Treffen auch eigentlich für sehr erfolgreiche Netzwerke, weil dort Kontakte geknüpft und auch gute Geschäftsideen gesponnen werden. In Hamburg begreift sich die Wirtschaftsförderung als Moderator und nicht als Faktor, der immer von oben alles dirigistisch anstößt. Wir wünschen uns eine Medienförderung und eine Technologieförderung von unten. Auch dem wird hier nicht genug Rechnung getragen.

- (B) Ich halte auch die Weiterentwicklung der BIA oder der BIS von einer Informationsagentur zu einer Informationszentrale nicht für einen Quantensprung für Bremen. Herr Eckhoff, Sie müssen vielleicht noch einmal erläutern, was da die qualitative Verbesserung sein soll! BIA und BIS werden ja bereits heute genau für diese Aufgaben bezahlt. Man muss dann einmal überlegen, ob sie schlecht gearbeitet haben und wie sich die Arbeit weiterentwickeln soll. Man muss mit den Leuten da auch einmal ein bisschen Tacheles reden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann hat meine Kollegin Frau Dr. Trüpel die Kooperationsverträge mit der Telekom und Microsoft angesprochen. Wir haben uns hier auch schon häufiger ausgetauscht. Fast alle Bundesländer haben Kooperationsverträge mit der Telekom und Microsoft, das ist nichts Neues. Die Ministerpräsidenten lassen sich alle mit Bill Gates oder Ron Sommer fotografieren, auch da ist der Neuigkeitswert eher gering. Das, was die Telekom jetzt zusammen mit dem Land Bremen macht, und das ist der einzige Ausfluss, den ich jetzt sozusagen von Bremen in T.I.M.E. in der Öffentlichkeit wahrgenommen habe, ist der Kompetenzverbund Mobile cooperative work.

Ich muss sagen, nach zwei Jahren Bremen in T.I.M.E. oder auch nach einem Jahr Kooperation mit der Telekom ist mir das ein bisschen wenig, weil nur

auf einer Seite beschrieben wird, was dieser Kompetenzverbund überhaupt ist, und auf den anderen Seiten in dieser Broschüre sind Firmenprofile. Ich finde das informativ, aber um Firmen von außerhalb oder auch um Absolventen der Hochschulen Bremen und Bremerhaven dafür zu begeistern, in Bremen zu bleiben und hier ihr Unternehmen zu gründen und nicht nach Hamburg, Berlin, Hannover oder München zu gehen, ist mir das ein bisschen zu wenig.

Das Marketing, das Sie für Bremen und auch für dieses Landesprogramm Bremen in T.I.M.E. machen, ist schlecht. Es gibt da Nachbesserungsbedarf, das wurde auch noch einmal auf der Veranstaltung der SPD zum Thema „Technopolis – Wie geht es mit Bremen weiter?“ deutlich. Auch da würde mich einmal interessieren, wie Sie das insgesamt bewerten.

Meines Erachtens kann es sich Bremen nicht leisten, nur mit der Telekom und Microsoft Kooperationen einzugehen, weil für mich die Frage der Technologieförderung auch über die Frage von Wirtschaftsförderung hinausgeht. Es ist auch notwendig, andere Firmen politisch einzubinden, weil der Senat auch verantwortlich ist, für eine medienpolitische und technologiepolitische Vielfalt zu sorgen. Das heißt auch, es müssen auch gerade die kleinen Klitschen eingebunden werden, auch sie müssen Chancen bekommen.

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:
Klitschen besser nicht!)

Es gibt ganz viele Unternehmen, Frau Lemke-Schulte, die aus zwei bis vier Personen bestehen. Ich finde, darauf muss auch eine Technologieoffensive antworten.

(Abg. F o c k e [CDU]: Das sind sehr hochqualifizierte Firmen und keine Klitschen!)

Herr Focke, ich kenne mich ganz gut darin aus. Es gibt viele Unternehmen, die bisher probiert haben, bei Ihnen eine Förderung zu bekommen. Die Mittel aus dem Landesprogramm Bremen in T.I.M.E. sind ja sehr elitär und mit einer großen Vorauswahl vergeben worden. Ich sage einmal, jemand, der nicht schon in der Behörde bekannt war und dort nicht empfohlen worden ist, hat bisher auch hier in Bremen keinen Stich machen können. Das halte ich für verhängnisvoll, weil wir es uns nicht erlauben können, diese Technologieoffensive und dieses Landesmedienprogramm als Klüngelprogramm zu organisieren, sondern das Programm muss als Ideenwettbewerb organisiert werden:

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie kann man Bremen nach vorn bringen, und was bietet Bremen jungen Menschen in der Region an,

(C)

(D)

- (A) um hier zu bleiben und auch Bremen als Technologiestandort sozusagen weiter voranbringen zu wollen?

Ich sage es noch einmal kurz, ich habe es gestern schon angesprochen: Wir wollten im Medienausschuss, da bin ich ja die Vertreterin der Grünen, darüber diskutieren, was der Senat nun mit den Haushaltsmitteln macht, wie diese Haushaltsmittel mit konkreten Projekten verzahnt werden bei diesem Programm Bremen in T.I.M.E. Wir haben vom Senat keine beratungsfähige Vorlage bekommen, sie ist uns nicht zugestellt worden. Darüber bin ich auch sehr verärgert, ich kritisiere das hier ausdrücklich. Ich finde, das ist ein ganz schlechter Umgang des Senats mit dem Parlament. Ich weiß nicht, wer wem gleich den schwarzen Peter zuspielt, ob es die Wirtschaftsbehörde oder die Senatskanzlei ist, das zeigt mir nur einmal wieder ganz deutlich, dass Sie sich in der Technologieförderung nicht einig sind, dass Herr Dr. Scherf es nicht schafft, sich vorn hinzustellen und zu sagen, das ist meine Sache, ich bringe Bremen voran und verkörpere das auch, sondern dass das Wirtschaftsressort nach wie vor darauf schießt, dass in diesem Programm Geld ist.

(Abg. S c h i l d t [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

- (B) **Vizepräsident Ravens:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Im Augenblick nicht!

Ich möchte einfach sagen, Sie sind bisher nicht fähig, sich darüber klar zu werden, wer nun das Programm steuert, die Senatskanzlei oder der Wirtschaftssenator. Aus dem Bereich Wirtschaft ist man ja äußerst scharf darauf, die Gelder aus dem T.I.M.E.-Programm abzugreifen. Wir wissen ja alle, dort gibt es zu wenig Geld, der Haushalt ist auch da überbucht, und deshalb ist da natürlich das Interesse sehr groß an diesem Bereich. Ob es dann überhaupt die Technologieförderung im Land Bremen zielorientiert nach vorn bringt, bezweifle ich.

Es fehlen die Schwerpunktsetzungen, nicht auf einen, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben Bereiche, sondern man muss schauen, was sind drei starke Bereiche, und da muss man gezielt und kräftig investieren und Risiken eingehen. Man kann auch dabei scheitern, das ist richtig, aber Bremen hat bislang auch zu wenig Unternehmen, die sich trauen, daran muss man zusammen mit diesen Firmen arbeiten. Die Politik muss noch ordentlich Vertrauensarbeit leisten, dass es sich lohnt, in Bremen auch Geld zu investieren, und dass man dabei hier auch dann die Region mitentwickeln kann. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (C) **Vizepräsident Ravens:** Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Busch.

Abg. Frau **Busch** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den Vorwurf, leichtfertig mit dem Landesprogramm Bremen in T.I.M.E. und dem Thema Technologiepolitik umzugehen, kann ich für die SPD-Fraktion natürlich überhaupt nicht auf uns sitzen lassen. Darum will ich versuchen, Frau Stahmann, noch einmal ein bisschen aufklärend zu wirken, was es mit diesem Antrag, der uns heute vorliegt, auf sich hat. Wir wollen mit diesem vorliegenden Antrag die Anstrengung Bremens für einen erfolgreichen Strukturwandel, insbesondere im Bereich von Zukunftstechnologien weiter unterstützen. Was ich schon gar nicht akzeptieren kann, verehrte Frau Trüpel, ist der Vorwurf, den Sie der großen Koalition gemacht haben, das Thema Technologiepolitik nachrangig zu behandeln oder nicht wichtig genug zu nehmen. Für die SPD-Fraktion möchte ich das wirklich sehr zurückweisen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann Ihnen versichern, die Koalition hat es sich mit diesem Antrag nicht leicht gemacht. Ich bin auch ehrlich genug zu sagen, dass nicht alle Punkte meine uneingeschränkte Zustimmung finden. Meine absolute Begeisterung findet aber natürlich die Anforderung an den Senat, für die Querschnittsaufgabe der Steuerung im Bereich von Zukunftstechnologien einen Senatsbeauftragten einzusetzen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an meine Rede vom 21. März dieses Jahres in diesem Hause zum Thema „Internet für alle“, in der ich nämlich genau diese Forderung aufgestellt habe. Es hat mich schon ein wenig verwundert, verehrter Herr Eckhoff, dass nun gerade Sie nichts Eiligeres zu tun hatten, als diesen Punkt in einer Presseerklärung zu veröffentlichen. Aber gut, das Ergebnis ist entscheidend!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: So hat mich Ihre Rede beeindruckt, Frau Busch! – Beifall bei der SPD)

Das finde ich in Ordnung! Wenn wir weiterhin so zusammenarbeiten, kann nur Gutes dabei herauskommen!

Ich möchte noch dazu sagen, was dieser Beauftragte machen soll. Er soll natürlich nicht ein Bannerträger sein, sondern das Land Bremen braucht eine Steuerungs- und Koordinierungsstelle, die strategisch alle Aktivitäten und Techniken des Landes erkennt, das ist schon wichtig, bündelt und natürlich nach außen vertritt.

Meine Damen und Herren, gerade in dieser Sitzungswoche haben wir ja erlebt, dass fast die ge-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(D)

(A) samte Bandbreite der parlamentarischen Arbeit vom Landesprogramm Bremen in T.I.M.E. tangiert wird. Darüber werden wir natürlich auch noch reden, Frau Stahmann, und zwar gesondert, dafür haben Sie ja die Große Anfrage gestellt. Es gibt kaum einen Antrag, der sich nicht in einem Punkt auf das Landesprogramm Bremen in T.I.M.E. bezieht,

(Beifall bei der SPD)

gerade weil es die Schwerpunkte wie E-Learning und E-Commerce gibt, auch Mobile cooperative working ist heute schon oft erwähnt worden.

Frau Linnert, Sie fragen, ob es vorankommt. Gerade zu diesem Punkt hat die BIA jetzt die Ausschreibung gestartet. Es tut sich etwas! Man kann doch nicht immer alles von heute auf morgen umsetzen, und es ist wichtig, hier auch die Programme Medienwirtschaft und das Sonderprogramm Bremerhaven zu bearbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben hier also Schwerpunkte, die die unterschiedlichsten Ressorts betreffen, und es kommt bei der Umsetzung auf die Berücksichtigung der bremischen Gesamtinteressen an. Ressortegoismen dürfen wirklich keine Behinderung in dieser Arbeit darstellen. Die Trennung der Steuerungs- und Koordinierungsaufgabe von der operativen Umsetzung setzt eine klare Definition der Schnittstelle zwischen strategischen Grundsatzfragen und operativer Aufgabe voraus. Das ist auch wichtig bei der Vielzahl der Kompetenzen, Frau Dr. Trüpel nennt es eine Vielzahl von Transferstellen, und hier noch eine Stelle und dort noch eine Stelle. Wir haben hier Kompetenzen, und die müssen wir bündeln und in Einklang bringen.

(B)

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/ Die Grünen]: Genau, sage ich ja!)

Richtig! So begrüße ich auch die unter Ziffer zwei geforderte Weiterentwicklung von BIA und BIS. Es hat ganz andere Vorschläge gegeben. Der frühere Vorschlag, die BIA selbst zu einer Steuerungs- und Koordinierungsstelle zu machen, hätte eigentlich dem Grundauftrag, den BIA und BIS erhalten haben, widersprochen, nämlich das Land Bremen bei der operativen Arbeit zu unterstützen und weitere konkrete Aufgaben durch das Rahmenprogramm Bremen in T.I.M.E. zu erfüllen.

Noch eines, es ist ja heute schon erwähnt worden, bei der Diskussion zu diesem Thema haben wir uns gefragt: Was passiert eigentlich, wenn wir die BIA zu dieser Steuerungsstelle machen und der Geschäftsführer würde irgendwann einmal wechseln? Ja, nun haben wir diese Situation! Es war also gut, darüber nachzudenken und den Weg so zu gehen,

wie wir ihn jetzt gegangen sind. Ich denke, dass wir diese Punkte so getrennt haben, wie wir das hier in eins und zwei getan haben, ist die völlig richtige Entscheidung.

(C)

Ich hatte anfänglich gesagt, dass mich nicht alle Punkte dieses Antrages begeistern, und ich wäre vielmehr davon überzeugt, dass wir bestehende Initiativen oder auch bestehende Netzwerke berücksichtigen würden. In Ziffer fünf fordern wir Netzwerke mit internationalen High-Tech-Zentren, das finde ich gut und richtig. Ich bin aber auch der Meinung, dass die Einrichtung von Verbindungsbüros angesichts der nicht allzu üppigen Haushaltsmittel zumindest nicht zu Lasten von wirtschafts- und finanzkraftstärkenden Projekten gehen darf.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere an das Vorhandensein von Netzwerken, die wir haben. Wir haben hier gut funktionierende Organisationen, wie zum Beispiel den First Tuesday oder den Wireless Wednesday. Das sind Einrichtungen, die man gar nicht oft genug erwähnen kann. Der Verein Bremen Multimedia hat auch hervorragend zu diesen Vereinbarungen beigetragen.

Zum Thema Haushaltsmittel! Frau Stahmann, es ist nicht richtig, wenn Sie behaupten, wir haben für T.I.M.E. keine Haushaltsmittel. Sie stehen in einem eigenen Haushalt bereit, das möchte ich da nur noch einmal sagen.

(D)

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/ Die Grünen]: Nicht verknüpft mit den jeweiligen Projekten!)

Die Projekte sind nie einzeln im Haushalt erwähnt, das sind immer Global- und Gesamthaushalte, das wissen Sie ja auch.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/ Die Grünen]: Das interessiert uns aber schon!)

Ich finde weiter, wenn ich etwas Kritik an einigen Punkten äußere, dass wir bei der Umsetzung darauf achten müssen, dass auf bisherige Ergebnisse von Untersuchungen zurückgegriffen wird. Ich verweise auf das Projekt Brise, Bremer regionale Strategie Entwicklung. Dort sind schon viele Untersuchungen gemacht worden, auf die man sehr gut eingehen kann.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, Kompromisse sind nicht dazu da, die Menschen glücklich zu machen, aber, ich finde, mit vereinter Kraft führen sie hier zu einem richtig guten Ziel. – Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

(A) Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch einige Bemerkungen zu meinen Vorrednern: Zunächst einmal, glaube ich, ist festzuhalten, dass das Programm Bremen in T.I.M.E., liebe Frau Stahmann, ja durchaus positive Auswirkungen hat, die man hier auch gar nicht kleinreden muss. Das Thema Mobile cooperative work ist zum Beispiel auf der CeBit hervorragend dargestellt worden, es hat bundesweite Resonanz und eine Vielzahl von Aufträgen mit sich gebracht. Dies ist ein Schwerpunkt des Programms Bremen in T.I.M.E., und, ich glaube, es ist der richtige Schwerpunkt, der hier gesetzt wird. Dies ist ein Alleinstellungsmerkmal, welches wir brauchen, um insgesamt die Region hier voranzubringen.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, und natürlich auch so eine Einrichtung wie jetzt der Wireless Wednesday, ich weiß nun nicht, ob jemand von den Grünen da war – –.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Ja!)

Dann haben wir uns dort wohl irgendwie verpasst.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Das muss an Ihrer Stippvisite gelegen haben!)

(B)

Es war aber, glaube ich, sehr interessant. Wenn Sie mit den Unternehmen dort gesprochen haben, haben Sie auch festgestellt, dass es natürlich dort eine ganze Reihe von Perspektiven gibt. Wenn Sie sich konkret Firmen ansehen, ist die Firma Work Center ein Beispiel, die neulich gerade unser Kreisvorsitzender, Herr Jäger, mit der Internetbeauftragten unserer Bundestagsfraktion, Frau Krogmann, besucht hat. Hier sind mittlerweile knapp vierzig Arbeitsplätze entstanden. Es ist bundesweit ein sehr interessantes Modell, welches sich darauf spezialisiert, sehr teure Software nach Stunden zu vermieten, damit man sie also dann entsprechend nutzen kann. Dies sind viele kleine Beispiele dafür, dass Bremen in T.I.M.E. durchaus auch ein positiver Beitrag ist. Deshalb, Frau Stahmann, anfänglich sind es vielleicht kleine Klitschen, aber unser Ziel ist es ja, aus diesen kleinen Klitschen blühende Unternehmen mit möglichst vielen Arbeitsplätzen zu machen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie fördern die aber nicht!)

Darüber hinaus, wenn ich das auch erwähnen darf, sind wir im Bereich des E-Governments bundesweit nach wie vor führend. Es gibt immer wieder Preise, neulich war gerade die Staatssekretärin des Bundes

hier und hat großes Lob ausgesprochen über das, was passiert im Bereich des E-Government. Auch dies ist doch ein Erfolg, dass gerade Bremen in einem solchen Bereich vorn ist! Das zeigt doch das neue Bremen nach außen, wenn wir dort permanent Preise bekommen. Dies ist doch ein Erfolg, sehr geehrte Damen und Herren von den Grünen, den man doch nicht kleinreden muss!

(Beifall bei der CDU)

Ich bin auch schon, das muss ich auch ganz deutlich sagen, bei all dem Lob, was es ja doch unterschiedlich gab, enttäuscht, wenn die Grünen bei einem solchen Antrag nicht mitmachen, dann nicht zumindest ihre eigenen Vorstellungen zu einem solch wichtigen Thema vorlegen. Frau Lemke-Schulte hat das gerade gesagt, wenn Technologie, der technologische Wandel tatsächlich das Thema ist und wie ich dort Alleinstellungsmerkmale schaffen kann, dann können Sie, liebe Damen und Herren von den Grünen, nicht ohne eine Antwort dastehen und einfach nur kritisieren. Bei einem solch wichtigen Thema geht es beim besten Willen nicht! Wir warten da gespannt auf Ihre Vorschläge, die Sie uns ja dann vielleicht bis zum 28. Februar, wenn der Bericht des Senators für Wirtschaft hier vorliegt, unterbreiten werden, wie Sie tatsächlich diesen strukturellen Wandel in Bremen mitgestalten wollen. Klinken Sie sich nicht einfach bei einer solch wichtigen Frage aus!

(C)

(D)

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Senat macht seine Arbeit nicht, das ist das Problem!)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte auch noch eine weitere Bemerkung zu der Frage der Beauftragten machen. Es ist zwar ganz schön und gut, Frau Dr. Trüpel, dass Sie das hier gleich von der Arbeit her bewertet haben mit der Ausländer- oder dem Datenschutzbeauftragten und gesagt haben, wann haben Sie zuletzt einmal etwas gehört! Ich habe auch nicht gesagt, dass ich in 20 Jahren noch einen solchen Beauftragten haben möchte, sondern ich möchte ihn jetzt haben, um dort das zu bündeln und zu koordinieren, was dort koordiniert werden muss. Ich möchte diesen doch nicht auf alle Ewigkeit schaffen! Ich glaube, es ist eine große Schwäche von Politik, dass man irgendwann vor 15 oder 20 Jahren einmal etwas eingerichtet hat und nie wieder überprüft, ob man es heutzutage tatsächlich noch braucht. Wenn das ein Angebot von Ihnen war, dass wir die Ausländerbeauftragte in dieser Form nicht mehr brauchen, dann können wir uns gern einmal interfraktionell darüber unterhalten, ob wir da nicht einen Schritt nach vorn kommen können.

(Beifall bei der CDU)

Im High-Tech-Bereich brauchen wir ihn allerdings im Moment.

(A) Sehr geehrte Frau Lemke-Schulte, Sie haben ein Fass aufgemacht, das ich mich nicht getraut habe aufzumachen, das ist die Frage: Wie entwickle ich den Technologiepark tatsächlich weiter? Wir haben das ja nun im Antrag nicht stehen, und deshalb habe ich mich nun extra bei diesem Thema zurückgehalten. Sie haben sich nun schon wieder festgelegt und gesagt, das kann man nun auch in der ganzen Stadt schaffen, dazu braucht man nicht irgendwelche grünen Wiesen.

Zwei Bemerkungen! Zum einen kann ich es nicht verstehen, weil die Diskussion auch nicht gerade dann für die High-Tech-Qualität eines Standortes spricht. Wenn wir ein erfolgreiches Produkt haben wie den Technologiepark, durchaus in den Ursprüngen auch zu Zeiten geschaffen, als wir nicht in der Regierungsverantwortung waren, das gestehe ich ja gern zu, dann mit Anfangsfehlern versehen, auch in Zeiten, als wir nicht in der Regierungsverantwortung waren, mit Unternehmensansiedlungen, bei denen man sich heute noch einmal fragen muss, ob sie denn so sein mussten oder nicht. Zur damaligen Zeit ist diese Frage aber so beantwortet worden, damals gab es vielleicht auch keine Alternativen.

(B) Wenn wir nun aber ein Erfolgsprodukt, den Technologiepark, haben, können wir uns doch nicht, wenn der Technologiepark nachgefragt wird, sich dort tatsächlich Unternehmen ansiedeln wollen, die Flächen benötigen und Arbeitsplätze schaffen wollen, alle vier oder acht Wochen darüber streiten, in welche Richtung wir den Technologiepark weiterentwickeln wollen. Sie wissen doch genauso gut wie wir, dass es die Aufgabe ist, den Technologiepark im internationalen Vergleich tatsächlich zu einem Technologiestadtteil weiterzuentwickeln. Dazu braucht man Flächen, um diese Unternehmen, die sich gern in Bremen ansiedeln möchten, tatsächlich auch anzusiedeln und ihnen nicht die Möglichkeit zu geben, an andere Standorte zu gehen.

Deshalb führen wir doch diese ganze Diskussion intensiv. Wir möchten gern erreichen, dass wir es tatsächlich mit Ihnen schaffen, diesen Technologiepark zu einem Technologiestadtteil auch nördlich der Autobahn auszubauen, weil dort genügend Entwicklungsmöglichkeiten sind, um einen Stadtteil zu schaffen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Aber diesen Streit, um das ganz deutlich zu sagen, möchte ich heute gar nicht führen.

(Lachen bei der SPD)

Ich finde, wir diskutieren hier heute über die Grundlagen, und wenn wir diese – –.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Kennen Sie Desdemona? Wenn Du geschwiegen hättest?)

(C) Ich habe ja nun nicht angefangen, liebe Frau Hövelmann. Es ist wie bei Ihnen in der Bildungspolitik, da fangen Sie auch immer an, und wir antworten.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Liebe Frau Lemke-Schulte, wenn wir das hier alles umsetzen und in weiteren Bereichen tatsächlich führend werden, dann, bin ich sicher, werden auch Sie irgendwann einsehen, dass wir mehr Platz für den Technologiestadtteil brauchen, weil wir dann so erfolgreich sind und so viele Unternehmen hier haben, die nach Bremen kommen wollen, und die müssen wir einfach irgendwo ansiedeln, und dann werden Sie auch erkennen, dass es keine anderen Möglichkeiten mehr gibt als die auf der anderen Seite der Autobahn, sehr geehrte Frau Lemke-Schulte.

Noch eine Bemerkung dazu: Ich finde, wir haben eine ganze Menge hinbekommen, liebe Frau Dr. Trüpel, gerade auch was das Haus des Wirtschaftsensors betrifft! Ich glaube auch nicht, dass eine Frage von High-Tech-Förderung eine Frage des Alters des jeweiligen Senators ist. Sie erwähnen dort ein Zitat, in dem es nicht um High Tech ging. Da ging es um ganz andere Themen. Sie bringen das hier in einen völlig falschen Kontext. Jemand wie Lothar Späth steht im Osten geradezu für High Tech, er ist nun nicht gerade Geburtsjahrgang 1960 und jünger, sondern eher auch jemand aus der reiferen Garde. Das hat doch überhaupt nichts mit dem Alter im Personalausweis zu tun, welchen Zugang ich zu diesen Themen finde. Vor diesem Hintergrund finde ich diese Kritik beim besten Willen unangebracht und unsachlich.

(Beifall bei der CDU)

(D) Ich bin froh, dass wir es hinbekommen haben, mit dem Wirtschaftsminister zum Beispiel ein solches Projekt wie das Biotechnologiezentrum in Bremerhaven auch tatsächlich anzuschließen. Das ist ein Bereich, in dem wir tatsächlich ein Alleinstellungsmerkmal haben, nämlich die Chancen der Biotechnologie verbunden mit den Erfahrungen, die wir im Bereich des Meeres, der blauen Biotechnologie, sammeln können. Dies hat auch Bayern nicht. Bayern hat sich dort im Bereich der roten und der grünen Biotechnologie entsprechende Meriten verdient. Dies aber müssen wir ausbauen, und da sind wir tatsächlich führend. Ich glaube, dass das ein ganz wichtiger Punkt ist, mit dem wir zukünftig Arbeitsplätze schaffen können.

Ein letzter Punkt – meine Redezeit ist vorbei –, und darüber müssen wir sicherlich auch nachdenken!

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. K l e e n [SPD]: Vorbei ist vorbei!)

(A) Sehr geehrten Damen und Herren, eine letzte Bemerkung zur Frage Innovationsagenturen und Innovationszentrale! Ich glaube, das hängt ganz maßgeblich damit zusammen, wie wir heutzutage Förderung gestalten und wie wir sie zukünftig gestalten werden. Heutzutage sieht die Förderung eben häufig so aus, dass, wenn der Förderentscheid gefallen und das Geld ausgezahlt ist, die Nachbearbeitung nicht in dem Sinne erfolgt, wie wir uns das insgesamt vorstellen können. Wir möchten von einem Erfolg eines Unternehmens stärker profitieren, als wir es bisher gemacht haben.

Bisher profitiert der Standort in erster Linie über die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Wir möchten zukünftig auch davon profitieren, dass wir, wenn wir dort Mittel investiert haben, auch ein direktes Return on Invest bekommen. Dazu gibt es Modelle. Da muss man wieder auf Bayern verweisen, wenn man sich ansieht, wie Martinsried im Bereich der Biotechnologie aufgebaut wurde. So wie mit Bio^M AG hat es mittlerweile mehrere Firmen gegeben, die an die Börse gegangen sind, wodurch dann ein direkter Return on Invest, nicht nur in Form von Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen, sondern auch durch die direkten Unternehmensbeteiligungen möglich war. Dies ist ein Beispiel, bei dem es gilt, die Innovationsagentur zu einer Innovationszentrale auszubauen. Dies wollen wir erreichen, und ich bin mir sicher, dass wir dabei auch die Grünen an unserer Seite haben. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will doch noch ein paar Worte sagen, insbesondere zu Herrn Eckhoff. Ich freue mich, Herr Eckhoff – bei Politikern ist es ja nicht so oft, dass sie auch zu einer gewissen Selbstkritik in der Lage sind –, wenn Sie jetzt zu Recht feststellen, dass das Lebensalter von einzelnen Personen nichts über ihre wirkliche Kreativität aussagt. Das finde ich sehr menschenfreundlich. Das ist ganz meine Meinung. Ich finde es auch falsch, diesem Jugendwahn zu glauben, dass das nur am Alter hängt. Ich darf Sie aber daran erinnern, dass Sie selbst damals in dem „taz“-Artikel einen solchen Gedanken nahegelegt haben. Wenn Sie das jetzt korrigieren, ist das ja in Ordnung.

Jetzt aber die nächste Frage, das ist ja die entscheidende, völlig unabhängig vom Lebensalter: Hat der Bremer Senat als derjenige, der hier in erster Linie für die Technologiepolitik des Landes verantwortlich ist, die notwendige politische Sensibilität? Ehrlich gesagt, Ihr Antrag heute, der Antrag der Re-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

gierungsfraktionen, wäre ja so nicht nötig, wenn Sie mit allem zufrieden wären. Ihren Antrag lese ich also als Kritik am Senat, dass es hier deutliche Defizite gibt. Das ist so! Sowohl beim Wirtschaftssenator als auch beim Bürgermeister ist es so, dass Sie sich nicht zu diesen entscheidenden Personen in der öffentlichen Wahrnehmung entwickelt haben, hier sozusagen eine Pressuregroup im Bremer Senat zu sein. Sie bräuchten nämlich keinen Technologiebeauftragten, wenn diese beiden Personen das seit Jahren zu ihrer Sache gemacht hätten.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen bleiben wir bei unserer Kritik. Wir haben das vorhin schon gesagt, anders als bei Herrn Stoiber hat Bürgermeister Scherf diese Sache leider nicht zu einer Hauptaufgabe gemacht, und das wäre in den letzten Jahren richtig gewesen.

Jetzt zu der Frage, die Frau Busch aufgeworfen hat: Ist das eigentlich so toll, was wir jetzt machen, wenn Sie denn jetzt anfangen, Technologie- und Transferbeauftragte zu koordinieren? Man kann natürlich jahrelang vor sich hin wuseln, viel Unordnung anrichten, dann einen zum Aufräumen dahin schicken und das dann als großen Erfolg feiern. Das kann man natürlich machen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Man kann aber genauso gut sagen, dass das wirklich nur der eigene Versuch ist, die Unordnung, die man vorher über Jahre angerichtet hat, wieder ein bisschen ins rechte Lot zu bringen. Unter wirklich erfolgreicher Technologiepolitik stelle ich mir etwas anderes vor!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nächster Gedanke, der diese Transferstellen angeht! Ich will es noch einmal auf den Punkt bringen: Authentische Kontakte! Herr Eckhoff, da haben Sie wirklich völlig Recht, diese Treffen, die es da gibt, diese authentischen Kontakte, sind wichtiger als Institutionalisierungen. Darauf legen wir Wert.

Jetzt sagt meine Kollegin Frau Stahmann zu Recht, natürlich ist es gut, dass es so etwas wie den First Tuesday gibt. Wenn man aber mit den einzelnen Beteiligten spricht, sagen sie auch, dass es da schon wieder eine gewisse Tendenz gibt, ein Closed Shop zu sein, und dass man Antennen haben muss, dafür haben Sie ja selbst eben gute Beispiele gebracht.

Natürlich gibt es auch bei jungen Firmen in Bremen sehr erfreuliche Entwicklungen. Da sind wir doch an Ihrer Seite. Das ist doch das Beste, was uns auch bei einem Strukturwandel passieren kann, dass es diese jungen Menschen gibt, die etwas vorhaben, und dass wir die dementsprechend wertschät-

- (A) zen, fördern, ihnen Mut zusprechen und das auch zu einem Aushängeschild Bremer Technologiepolitik machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

An dem Punkt haben wir überhaupt keinen Dissens. Die Frage ist immer nur: Haben wir die richtigen Instrumentarien und die angemessene politische Sensibilität, das wahrzunehmen, und haben wir dann auch die richtigen Förderinstrumente dafür?

Jetzt noch einmal zu Ihrer tibetanischen Gebetsmühle, was das Hollerland angeht! Ich glaube, auch wenn man das wirklich ernst nimmt mit dieser Art von technologischer Entwicklung, die menschliche Kommunikation bleibt bei aller Internetbegeisterung eine Notwendigkeit. Alle, auch diejenigen, die sich mit diesen modernen Techniken bewegen, sagen, das ersetzt nicht die authentische persönliche Kommunikation. Deswegen ist das ja auch mit der Mensa und Treffpunkten im Technologiepark so wichtig. Daraus jetzt die Schlussfolgerung zu ziehen, unabhängig von jeglichen anderen politischen Prioritäten wie Stadtentwicklungspolitik und Umweltschutz immer wieder zu sagen, man muss einfach ins Hollerland, da bin ich ehrlich gesagt der Meinung der SPD. Man muss im Sinne von Technopolis wirklich an die ganze Stadt denken.

- (B) Wenn man will, dass die Internationale Universität zu einer Erfolgsgeschichte wird, das wissen wir noch nicht, wir wünschen uns das alle gemeinsam, und dass der Staat möglichst nicht mit weiteren Geldern einsteigen muss, dafür sind wir auch nicht, sondern das muss wirklich auf anderem Wege gehen, dass junge Menschen dann auch tatsächlich hier bleiben und dass auch andere dahin gehen, dann muss man doch diesen Science Park, den Sie ja auch wollen, an der Internationalen Universität entwickeln. Darum werde ich nie verstehen, dass Sie sich immer wieder nur auf die Frage Hollerland kaprizieren und nicht die Frage erörtern, auch Schwachhausen und andere Orte in Bremen sozusagen zu einem Technologiestadtteil zu entwickeln, den Science Park bei der Internationalen Universität und diesen Technologiepark, wie wir ihn jetzt haben, zu verdichten, in die Höhe zu bauen. Was war das für eine Auseinandersetzung, Sie dahin zu bringen, dass sie nun sechsgeschossig bauen und es vielleicht auch ein Hochhaus geben wird!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das war eine Auseinandersetzung von Jahren, hier endlich einmal das Ruder herumzuwerfen und ein Gespür dafür zu bekommen, dass man trotz aller Begeisterung für den Technologiepark mit Flächen vorsichtig umgehen muss und dass man nicht so tun kann, als ob man jede grüne Wiese platt machen kann, um Bungalows zu bauen. Das geht einfach

- (C) nicht! Bei aller Technologiebegeisterung gibt es auch noch andere Maximen wie Flächen- und Umweltschutz. Da sind wir, das ist ja auch nicht neu, wirklich an der Seite der SPD, und wir hoffen sehr, dass die SPD in dieser großen Koalition hier bei ihrer Linie bleibt.

Allerletzte Bemerkung, was überlebte Strukturen und Beauftragtenwesen angeht! Herr Eckhoff, Sie wissen, ich arbeite immer gern mit Ihnen zusammen. Wenn Sie nicht allein in der Lage sind, die Erfolge von Frau Lill angemessen zu würdigen, bin ich gern an Ihrer Seite und helfe Ihnen, hier zu einer angemessenen Lösung zu kommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Lemke-Schulte.

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen, aber ich finde, man sollte seine Worte wohl wägen, wenn man hier Personen benennt, über die man meint sprechen zu müssen, die gar nicht in diesem Zusammenhang der Erwähnung bedürfen.

(Beifall bei der SPD)

Das sage ich ganz deutlich für meine Fraktion, das finde ich schwierig.

(D) Zu dem, was Sie gesagt haben, Frau Dr. Trüpel, nämlich dass Sie unseren Antrag wirklich nur als Kritik am Senat verstehen, dann verstehe ich überhaupt nicht, warum Sie nicht zustimmen!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das müssen Sie mir dann vielleicht doch noch einmal erklären. Sie haben das deutlich so gesagt, aber das nur dazu!

Es ist nicht nur Kritik, es ist kritisch in Ansätzen. Das steht dem Parlament doch auch gut an, das ist doch nichts Schlimmes. Das, was Sie bisher immer beklagt haben, dass wir hier diese Arbeit nicht kritisch-solidarisch begleiten, ist nun mit einem Mal, wenn wir es tun, auch ein Manko. Irgendwie muss man sich da auch einmal mit sich selbst einig werden!

Wir wollen hier aber gemeinsam vorankommen. Gemeldet habe ich mich eigentlich, Herr Kollege Eckhoff, weil Sie gesagt haben, ich hätte ein Fass aufgemacht. Ich finde, Sie haben das aufgemacht! Ich finde, ich habe ganz unterkühlt,

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. E c k h o f f
[CDU]: Sie haben das Fass unterkühlt geöffnet!)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) ganz unterkühlt und verbindlich darauf hingewiesen, was ich unter integrierter Stadtentwicklungspolitik und Ausweisung von Standorten und auch vor allem Verdichtung von Standorten verstehe. Da sind wir, Gott sei Dank, dank unserer sozialdemokratischen Energie und Verve, die wir bei diesem Thema beweisen, auch vorangekommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen nämlich im Technologiepark Universität die Bebauung verdichten, weil wir so wenig Fläche zur Verfügung haben. Wir wollen zum Beispiel nicht, dass die Fläche für ebenerdige Stellplätze vergeudet wird. Das kann man alles ganz anders lösen. Man kann durchaus in die Höhe gehen. Dass das irgendwie stadtverträglich sein muss und sich in die Umgebung einfügen muss, das ist völlig klar. Das gehört dazu. Dass Sie sich aber so auf dieses Gebiet nördlich der Autobahn kaprizieren, ist absolut nicht nötig.

Schon vor zehn Jahren ist erkannt worden, dass Wohnen, Arbeiten und Freizeit, sprich Urbanität, möglichst zusammengehören. Das ist auch das, was gerade diese jungen Firmen wollen. Sie wollen sich nicht irgendwo am Rande der Stadt isoliert aufhalten, sondern sie wollen Urbanität. Nun haben wir in Zukunft so verdammt viele schöne Flächen. Wir haben die alten Hafendreiecke, ein riesiger Bereich. Hören Sie doch einmal zu! Ich mache Ihnen Vorschläge, mit denen Sie sich auseinander setzen sollen, Herr Kollege!

(B)

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Ich setze mich schon mit denen auseinander!)

Zum Beispiel die alten Hafendreiecke, riesige Bereiche, riesige Flächen! Wir haben die Airport-City. Wir bauen die A 281 und gewinnen neue Flächen. Wir haben die Flächen in Bremerhaven rund um den Alten/Neuen Hafen, auch das gehört dazu. Wir haben die IUB in Grohn. Wir wollen dort etwas erreichen. Das alles wollen Sie in Ihrer zukünftigen Politik außen vor lassen? Das kann doch nicht angehen!

(Beifall bei der SPD)

Deshalb werde ich weiter darauf drängen, dass wir das in unsere Überlegungen einbeziehen.

Ich bin froh, dass wir heute diesen gemeinsamen Antrag haben. Das möchte ich auch zum Abschluss noch einmal sagen. Wir haben etwas länger daran gearbeitet. Das ist überhaupt nicht schlimm, wenn man entsprechende Gespräche führt und sich umfassend informiert und dann schließlich zu einem solchen Antrag kommt. Möglicherweise sind nicht alle zufrieden. Es wird an uns liegen, was wir daraus machen und welchen Bericht der Senat uns dann vorlegt. Es ist übrigens kein Bericht des Wirtschafts-

senators, sondern es ist immer ein Bericht des Gesamtsenats. Wir werden uns dann mit diesem Thema spätestens im Februar oder März noch einmal auseinander setzen. – Besten Dank!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die hervorragende Politik der SPD, was die Verdichtung des Technologieparks betrifft, kam daher zustande, dass sie unglaublich von der CDU dorthin gejagt worden ist.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Die Bausenatorin musste sozusagen zum Jagen getragen werden. Schließlich und endlich ist es dann auch gelungen, dass wir in einigen Bereichen jetzt auch Hochhäuser planen dürfen. Insofern hat das ganze Zusammenspiel doch einen großen Erfolg gehabt, den wir beide für uns in Anspruch nehmen, aber nicht für eine Partei.

Wir wollen natürlich auch überhaupt kein Gewerbegebiet aufgeben, das wir jetzt anfangen zu entwickeln, im Gegenteil, wir wollen das alles wunderbar entwickeln. Nur, meine Damen und Herren, und das weiß auch jeder, der sich in Diskussionen mit dem Technologiepark beschäftigt, es geht nicht, dass ein Technologiepark, der erfolgreich sein will, in mehrere Stadtteile oder große Gebiete zerstreut wird. Das geht nicht!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Überall, wo solche Erfolgsstories entstanden sind, ist die unmittelbare Nähe zu Instituten und der Universität unabdingbar. Weil das unabdingbar ist, haben wir ja auch noch ein schönes großes Gelände, über das wir natürlich in den nächsten Jahren weiter diskutieren werden, da bin ich ganz sicher.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Den Stadtwald!)

Man kann einfach nicht sagen, ich will die Hochtechnologie haben, und dann gehe ich irgendwo in die Überseestadt, da wollen andere ja auch sogar noch Wohnungsbau haben, oder ich gehe nach Arsten oder sonst wohin. Das geht nicht! Man muss sich dann entscheiden, ob man es will oder nicht. Wir werden in den nächsten Jahren irgendwann an diesen Punkt kommen, an dem wir die Entscheidung treffen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) **Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/906 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. **T i t t m a n n**
[DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Viertes Gesetz zur Änderung der Gemeindegrenze zwischen Bremen und Bremerhaven

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001
(Drucksache 15/897)

1. Lesung

(B) Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig, ihm beigeordnet Frau Staatsrätin Winther.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Töpfer.

Abg. **Töpfer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Vorlage, die uns heute vorliegt, enthält ja eine verwaltungstechnische Überschrift, die ein bisschen trocken klingt. Dieser Sachverhalt hat aber doch Tiefgang. Wir werden heute das Vierte Gesetz zur Änderung der Gemeindegrenze zwischen Bremen und Bremerhaven beschließen. Das ist aus der Sicht der SPD-Fraktion eine wichtige Entscheidung. Es ist deshalb eine wichtige Entscheidung, weil sie das Verhältnis beider Stadtgemeinden, Bremen und Bremerhaven, durch ein Geben und Nehmen dokumentiert und damit deutlich macht, dass beide Städte auch zusammenstehen, wenn es um die Zukunft des Landes Bremen und um die Zukunft bestimmter Flächen in Bremerhaven geht.

Wir hatten vor ein paar Jahren schon einmal derartige Vorlagen. Damals ging es um Übertragung der Flächen am Alten Hafen für die Innenstadtentwicklung, ich will nur das Columbus Center und das Deutsche Schifffahrtsmuseum als Stichworte nennen. Einige Jahre später gab es die nächsten Grenzveränderungen, in denen der Neue Hafen auf Bre-

merhaven übertragen worden ist. In beiden Fällen hat die Stadt Bremen von der Stadt Bremerhaven im Gegenzug die Flächen am Containerterminal II und III erhalten. Beides war für die Entwicklung sowohl Bremens als auch Bremerhavens von Bedeutung. Die Stadt Bremerhaven konnte ihre Innenstadtplanung vorantreiben, und Bremen konnte den Containerterminal auf den Flächen, die ich eben genannt habe, planen und auch bauen.

Bei diesen von mir genannten Fällen ging es um die Übertragung von Eigentum und Hoheit. Bei der Vorlage, über die wir heute entscheiden, geht es nur um die Übertragung der Hoheit von der Stadtgemeinde Bremen auf die Stadtgemeinde Bremerhaven. Das Eigentum bleibt beim Land Bremen. Eigentümer war über viele Jahrzehnte der Bund. Zu der Zeit waren dort die amerikanischen Streitkräfte stationiert. Sie wissen alle, dass sich die US-Army aus Bremerhaven fast vollständig zurückgezogen hat. Die Flächen wurden frei. Es ist eine Sahnefläche hinter den Containerterminals. Deswegen hatten damals der Senat und die Stadt Bremerhaven im November 1997 eine Vereinbarung mit dem Ziel geschlossen, die wirtschaftlichen Aktivitäten in Bremerhaven zu stärken. Das Land Bremen hat dann aus den ISP-Schwerpunktmitteln das Carl-Schurz-Gelände vom Bund aufgekauft. Deswegen bleibt auch das Eigentum beim Land. Wie gesagt, es wird die Hoheit übertragen.

Das hat folgenden Vorteil: Mit dieser Entscheidung wird eine weitere Flickenteppichlösung in Bremerhaven vermieden. Wenn diese Fläche stadtbremisch geblieben wäre, hätte Bremerhaven aufgrund eines alten Vertrages Anspruch auf etwa 24 bis 25 Hektar Flächen auf diesem Gelände, also innerhalb vom stadtbremischen Hoheitsgebiet. Das macht, glaube ich, deutlich, dass der Begriff Flickenteppich genannt werden kann.

(Abg. **B e c k m e y e r** [SPD]: Kompensation!)

Dies ist ja in Form von Kompensationen geschehen, Herr Beckmeyer hat das gerade eben gesagt, im Zuge von Ausgleichsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Containerterminal.

Ich finde, das, was uns heute vorliegt, ist ein partnerschaftliches Vorgehen. Ich betone erneut, es ist auch ein Geben und Nehmen, zwar wird die Stadtfläche von Bremerhaven größer, die Stadtfläche von Bremen vermindert sich, Bremen bekommt Wasserflächen vor den Containerterminalanlagen I bis III dazu. Auf Wunsch der Stadtgemeinde Bremen ist das so vorgesehen. Die gemeindlichen Rechte und Pflichten bezüglich der Kasernenfläche werden auf Bremerhaven übertragen. Wichtig ist, dass die Steuern, die dort erwirtschaftet werden, dann in Bremerhaven bleiben. Auf der anderen Seite werden sie uns aber im bremischen Finanzausgleichssystem wieder

(C)

(D)

(A) gegengerechnet. Das ist ein Nullsummenspiel. Es ist ähnlich im Verhältnis wie beim Bund mit den Ländern, auch beim Bundesfinanzausgleichsgesetz ist es so, wenn wir im Land Bremen mehr Steuern erwirtschaften, werden uns auf der anderen Seite weniger Zuweisungen vom Bund und den Ländern gegeben.

Ich will noch einmal sagen, ich bin froh, dass die Stadtbürgerschaft im November 1997 und auch die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung im Dezember 1997 dieser Vereinbarung zugestimmt haben. Das war schon in der letzten Legislaturperiode. In der Zwischenzeit mussten noch Bebauungsplan- und Flächennutzungsplanänderungen durchgeführt werden. Das hat alles ziemlich lange gedauert. Ich will nicht mehr extra daran erinnern, dass mein Kollege Ulrich Freitag und ich oft genug gefordert haben, dies nun zügig voranzutreiben. Es liegt uns nun auf dem Tisch, der Abschluss ist geschafft. Es ist ein wichtiger Meilenstein in der Beziehung zwischen den beiden Stadtgemeinden im Land Bremen. Wir erfüllen damit auch einen Punkt der Koalitionsvereinbarung, in der das ja auch festgelegt worden ist.

Ich will noch einmal daran erinnern, dass dieses Gebiet für die Arbeitsmarktsituation und für die Entwicklung der Situation in Bremerhaven von enormer Bedeutung ist. Als die Amerikaner dort noch stationiert waren, waren dort 1200 Zivilarbeitskräfte beschäftigt. Nach dem Abzug der Amerikaner haben sie alle ihre Arbeitsplätze verloren. Dies hat die Stadt bis heute noch nicht kompensiert. Nun ist es aber eine große Chance, wenn nun Bremerhaven und die BIS sich gemeinsam auf dieses Gelände konzentrieren können, nachdem die Hoheitsfragen endlich geklärt sind, um dort zu verstärkten Ansiedlungen zu kommen.

(B)

Gestatten Sie mir eine abschließende Bemerkung! Im nächsten Jahr feiert die Seestadt Bremerhaven ihren einhundertfünfundsiebzigsten Geburtstag. Ich könnte mir vorstellen, dass im Rahmen eines besonderen Aktes Senat und Magistrat diese Hoheitsübertragung noch einmal der Öffentlichkeit vorstellen und damit auch deutlich machen, dass das im Grunde genommen gut für Bremerhaven ist. Diese Vorlage, die Ihnen zur Entscheidung vorliegt, ist allerdings ebenso gut für das gesamte Land Bremen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Schramm.

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden über die Umgemeindung eines Stücks vom Flickenteppich in Bremerhaven und umzu, denn dieses Ge-

*) Vom Redner nicht überprüft.

lande liegt ja sozusagen auf Bremerhavener Gebiet zwischen Weddewarden und Speckenbüttel, aber es gehört nicht der Gemeinde Bremerhaven. Von daher ist es natürlich schon ein Kuriosum, das hier angegangen wird, dass eine Gemeindeübertragung jetzt letztendlich stattfindet. Der Prozess hat ja lange genug gedauert, und dieser erste Schritt, der jetzt gegangen wird, ist natürlich positiv im Sinne einer einheitlichen Verantwortung für das gesamte Gebiet.

(C)

Es ist wohl auch notwendig, das muss man hier auch noch einmal sagen, dass man gewisse kritische Stimmen, die immer wieder aus Bremen kommen, durchaus beruhigen muss. Es ist kein Nachteil für die Stadtgemeinde Bremen, dass das nun passiert, meine Damen und Herren, sondern es ist, und das hat Herr Töpfer auch gesagt, das Ergebnis eines historischen Deals, ein Austausch von Grundstücken und von daher ein Geben und Nehmen. Das ist noch einmal deutlich geworden. Es ist ja so, dass zu erwartende Einnahmen, wenn sie dann hoffentlich kommen, im kommunalen Finanzausgleich wieder abgezogen werden. Von daher handelt es sich hier auch, was die finanzielle Seite angeht, eher um ein Nullsummenspiel und nicht um einen Nachteil für die Stadtgemeinde Bremen, meine Damen und Herren. Ich glaube, das muss man hier den Kritikern und Kritikerinnen, die sich in diesen Debatten ja immer zu Wort melden, noch einmal sagen.

Es ist kein Nachteil für die Stadtgemeinde Bremen, aber es ist meines Erachtens ein Vorteil für die Stadtgemeinde Bremerhaven, weil nun endlich Raumordnungsfragen, integrative Stadtentwicklungsfragen oder Flächenpolitik und Verkehrspolitik auch von der Gemeinde geplant werden können, die sich mit diesen Fragen beschäftigen muss und davon ja direkt betroffen ist. Das war bisher nicht der Fall. Es ist sinnvoll, dass durch den Übergang der Planungshoheit nun endlich auch die Stadtgemeinde Bremerhaven in die Lage versetzt wird, hier entsprechend zu planen. Das war bisher ein Manko.

(D)

Weiterhin ist es ein Vorteil für die Stadtgemeinde Bremerhaven, dass endlich auch die originäre Steuerkraft der Gemeinde zugerechnet wird, in der sie dann letztendlich auch hoffentlich entsteht. Von daher kann vielleicht das negative Image, dass die Finanzkraft der Stadtgemeinde Bremerhaven so schlecht sei, behoben werden, indem man die originäre Steuerkraft erhöht und die Gemeindesteuern auch der Gemeinde zugerechnet werden, in der sie entstehen. Das ist ein Vorteil, der nicht zu unterschätzen ist, meine Damen und Herren.

Es ist ebenfalls ein Vorteil, dass auch die Statistiken jetzt entsprechend sauber und sachgerecht aufgestellt werden können, was Arbeitsplatzentwicklungen, Wertschöpfungsfragen, Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und so weiter angeht. Das wird dann auch, wenn das ein Erfolg wird, der Stadtgemeinde Bremerhaven zugerechnet, nämlich der

- (A) Gemeinde, in der diese Wertschöpfung dann auch entsteht. Der erste Schritt zur Auflösung des hoheitlichen Flickenteppichs ist okay und durchaus positiv zu bewerten.

Ich möchte aber noch sagen, dass man natürlich das Land aus der Verantwortung für die Entwicklung dieses Gebietes nicht entlassen darf. Das Carl-Schurz-Gelände ist Bestandteil des Investitionssonderprogramms, früher einmal mit 250 Millionen DM, das hat man jetzt reduziert auf 150 Millionen DM. Es darf nicht dazu dienen, dass das als Sparkasse für die Finanzierung stadtbremischer Projekte dient, sondern dieses Gebiet ist als Gewerbegebiet für die Entwicklung des Landes und zur Behebung des Sanierungsstaus des Bundeslandes Bremen sehr wichtig. Von daher ist es nach wie vor ein Schwerpunktprojekt des Investitionssonderprogramms und soll es auch bleiben.

Wir erwarten natürlich auch vom gesamten Senat, dass er ein Auge darauf wirft, dass sich dieses Gebiet auch so entwickelt, wie es geplant ist. Ich erinnere daran, dass wir immer prognostiziert haben, 1000 Arbeitsplätze auf diesem Gelände zu schaffen. Wenn man sich die Bilanz der bisherigen Entwicklung auf diesem Gewerbegebiet anschaut, sieht sie mit 200 neuen Arbeitsplätzen und kleinteiliger Entwicklung von kleineren und mittleren Firmen eher noch ein bisschen düster aus. Der große Sprung ist hier in diesem Bereich also noch nicht zu vollziehen. Aber das muss Ziel und Aufgabe der Wirtschaftspolitik des Landes bleiben, dies auch wirklich zu erreichen, meine Damen und Herren.

- (B) Zum Schluss noch einmal angesprochen, das hat Herr Töpfer wohlweislich etwas zurückgestellt, eine Frage, die das Befinden der Bremerhavener Bevölkerung doch immer wieder stark berührt, das ist die Frage der Hafenhoheit!

(Abg. Frau J a n s e n [SPD]: Die berührt die Bremer auch!)

Herr Töpfer hat gesagt, die Planungshoheit geht über, das Eigentum nicht. Das ist okay, das kann man so sehen. Es ist auch richtig so, aber wir würden es als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Bremens auch gern sehen, wenn die Frage insgesamt auch endlich einmal geklärt werden würde, dass nämlich das gesamte Überseehafengebiet und nicht nur der Teil Carl-Schurz-Gelände in die Landeshoheit übergeht, eben auch die Hafenhoheit auf das Land übergeht und hier dann endlich der Flickenteppich im Ganzen ein für allemal bereinigt wird. Ich denke, das wäre dann letztendlich der richtige Schritt für eine einheitliche Hafenplanung und für eine einheitliche Gewerbepolitik im Bundesland Bremen, was den Hafen angeht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (C) Herr Töpfer, es ist schade, dass Sie gerade diesen Punkt, der doch emotional und politisch hochwichtig ist, etwas aus Ihrem Debattenbeitrag herausgehalten haben,

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Alles zu seiner Zeit!)

aber ich hoffe, dass Sie an anderer Stelle auf Seiten des Magistrats den Druck nicht verringern werden, bei dieser Frage auch zu einer richtigen politischen Lösung zu kommen.

Noch ein letzter Punkt: Zolltor Roter Sand ist leider aus Sicht der Grünen verkehrspolitisch noch ein offenes Problem. Es ist angedacht, eventuell ein neues Zolltor Roter Sand zu installieren. Das bleibt dann allerdings in der Hoheit der Stadtgemeinde Bremen und geht nicht auf die Stadtgemeinde Bremerhaven über. Wir meinen, es wäre sinnvoll, wenn man ein neues Zolltor schafft, das alte für den Lkw-Verkehr zu sperren, um endlich auch der lang erhobenen Forderung Rechnung zu tragen, dass diese unsäglichen Lkw-Verkehre von Tausenden pro Tag nicht immer mitten durch die Innenstadt, sondern am Rand der Stadt vorbei in den Hafen geführt werden, wo sie auch hingehören, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Das wäre auch sinnvoll für die Entwicklung der touristischen Gebiete, die durch die Schwerlastverkehre negativ betroffen wären. Ich denke, diese Frage muss noch politisch entschieden werden.

(Zuruf des Abg. B e c k m e y e r [SPD])

Man muss nicht jeden Fehler dann im Zuge dieser Debatte begehen, aber ich glaube, es ist sinnvoll, das Zolltor Roter Sand für den Schwerlastverkehr zu schließen, ein neues Zolltor zu schaffen, wenn man schon eine neue Straße, die Cherbourger Straße, installiert. Dann hätten die Bürger in der Stadt auch endlich Ruhe vor diesem Schwerlastverkehr, und ich denke, das ist in unser aller Sinne. Ich hoffe, dass auch diese Frage endlich einmal gelöst wird. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich über die einvernehmliche Debattenlage zu der Vorlage, über die wir heute entscheiden. Es ist für mich

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) nicht nur ein Stück Auflösung eines so genannten Flickenteppichs in Bremerhaven, sondern dient vielmehr der Umsetzung der Vereinbarung zwischen dem Magistrat der Stadt Bremerhaven und dem Senat der Freien Hansestadt Bremen,

(Zuruf von der SPD)

ich denke, der Senat der Freien Hansestadt Bremen macht das in Personalunion, Frau Kollegin, die der wirtschaftlichen Entwicklung in Bremerhaven dienen soll.

Ich möchte nur noch das Augenmerk darauf legen, dass wir allein mit der Hoheitsübertragung in Bremerhaven natürlich noch nicht das geschafft haben, was wir uns mit dem Carl-Schurz-Kasernengelände vorgenommen haben. Ich bin diesem Thema sehr verbunden, weil es mein erster Debattenbeitrag in der Bremischen Bürgerschaft vor zehn Jahren war, als ich hier eingerückt bin, und wir uns schon seitdem mit der künftigen Verwendung der Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven befassen.

- (B) Gemessen an den eigenen Ansprüchen, die wir auch immer wieder in unseren Vorlagen und Debatten hier in der Bürgerschaft dokumentiert haben, nimmt sich das Ergebnis der Besiedlung des Gewerbegebietes eher bescheiden aus, das muss man ganz klar sehen. Ich denke, wir müssen weiter daran arbeiten, und das ist nicht mehr so sehr eine rechtliche Frage der Hoheitsübertragung, sondern es ist vielmehr eine Frage der wirtschaftlichen Entwicklung des Gebiets insgesamt, mit welchen Schwerpunkten wir dieses Gebiet eigentlich für ansiedlungswillige Betriebe interessant machen können. Ich glaube, da ist noch viel zu tun.

Wir haben es als Schwerpunktprojekt sogar im Investitionssonderprogramm, und gemessen an den eigenen Ansprüchen, meine ich, haben wir uns und haben sich aber auch die Verantwortlichen mit dem Thema vielleicht noch ein bisschen zu zurückhaltend beschäftigt. Wir haben hier ein erstklassig gelegenes, infrastrukturell auch nach der neuen Zuwegung, die wir vor 14 Tagen einweihen konnten, hervorragend erschlossenes Gewerbegebiet. Wir müssen jetzt daran arbeiten, dass es offensiv vermarktet wird, damit sich nicht nur die Hoheitsübertragung, sondern auch die Sache für die Menschen in unserer Stadt lohnt.

Herr Kollege Schramm, ich bin froh, dass auf die Grünen noch Verlass ist. Ich dachte schon, wir würden heute überhaupt nicht mehr über Hoheitsfragen von Häfen reden, nachdem Herr Töpfer das Thema nicht angesprochen hat. Aus meiner Sicht besteht da auch kein Bedarf, weil es ja eine gemeinsame Verwaltungsgruppe zwischen der Stadt Bremerhaven und dem Land Bremen gibt, die sich mit der Neuordnung des innerbremischen Finanzausgleichs befassen soll. Da spielt das Thema eine Rolle. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Welt

nicht so einfach ist, wie Sie sie sich reden, weil natürlich im Zusammenhang mit der Hoheitsübertragung eines gesamten stadtbremischen Überseehafengebietes sich auch die Frage stellt, welchen Nutzen wir als Stadt Bremerhaven davon haben und welche Lasten wir daraus zu tragen haben.

Wenn man das einmal näher analysiert, Herr Kollege Schramm, denke ich, sind Zahlen auch immer ein guter Berater der Politik und nicht so sehr die Gefühle im Bauch, dann muss man feststellen, wir sind vielleicht in der Lage, unsere originären Steuereinnahmen um rund fünf Millionen DM bei einer Hoheitsübertragung zu erhöhen, aber wir haben die gesamte Planungshoheit, die der Magistrat dann in Zukunft sicherstellen muss, wir haben sämtliche Ausgleichsmaßnahmen für Investitionen, die wir darzustellen haben. Das ist nicht einmal eben so in einer Debatte bewältigt, ich will es einmal ganz vorsichtig sagen.

Wir haben eine Vielzahl von rechtlichen und insbesondere steuerlichen Fragen zu klären, und das sollten wir lieber ganz in Ruhe und mit einem vernünftigen Ergebnis für Bremerhaven abschließen, anstatt jetzt aus dem Bauch heraus zu sagen, es ist vernünftig, dies so zu machen. Ich bin mir noch nicht sicher, ob sich das für uns als Bremerhavener rechnet, Manfred Schramm, und da appelliere ich jetzt auch ein bisschen an deine Verantwortung für die Börse der Stadt Bremerhaven und das Geld, das wir da verdienen wollen. Es hat auch etwas mit Geld zu tun, und es muss sich für Bremerhaven rechnen.

(Abg. Frau W a n g e n h e i m [SPD]: Es muss sich auch für Bremen rechnen!)

Es muss sich auch für Bremen rechnen, Frau Kollegin! Ich bin froh, dass die Sozialdemokraten aufpassen. Ich denke, es muss sich für beide rechnen, und es muss für beide einen Sinn machen. Nur aus dem Gefühl heraus eine Hoheitsübertragung stattfinden zu lassen, macht keinen Sinn.

Ich glaube auch, dass wir, lieber Kollege Schramm, in Bremerhaven ganz andere Probleme haben. Ein Ergebnis der gemeinsamen Arbeitsgruppe ist zum Beispiel, dass unsere Pro-Kopf-Steuereinnahmen in Bremerhaven nur 67 Prozent der Pro-Kopf-Steuereinnahmen der Stadtgemeinde Bremen betragen. Da kann man jetzt natürlich sagen, das liegt an der Hoheitsfrage, aber wenn man das dazu rechnet, haben wir es immer noch nicht geschafft. Ich halte das für ein Ablenkungsmanöver. Wir müssen uns darum kümmern, dass wir in Bremerhaven mit unseren Gewerbegebieten unsere Steuereinnahmen erhöhen, damit wir den Anschluss an das Land Bremen nicht verpassen.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns auch anschauen, wie der Kostenaufwand pro Kopf bei uns ist. Auch da stellen wir fest, dass der Kostenaufwand pro Kopf der Bevölkerung, den wir als Stadtgemein-

(C)

(D)

(A) de Bremerhaven betreiben, 900 DM höher liegt als in der Stadtgemeinde Bremen. Da kann man immer noch sagen, das liegt daran, weil das Land Bremen viel für die Stadt Bremen tut, ich kenne diese Diskussion ja auch, aber wir liegen 1090 DM höher als der Durchschnitt vergleichbarer Städte. Die Stadt Bremerhaven hat also auch noch eine ganze Menge an Hausaufgaben zu machen. Herr Töpfer hat ja die Verantwortung, vielleicht in Zukunft selbst daran mitzuwirken. Ich glaube, wir dürfen nicht immer nur mit dem Finger auf Bremen zeigen, sondern müssen auch dazu beitragen, unsere eigenen Probleme zu lösen. Das betrifft auch die Investitionsausgaben, die pro Kopf in Bremen um 220 DM höher sind als in Bremerhaven.

Also, lassen Sie uns nicht abstrakt darüber reden, ob wir durch eine Hoheitslage hier die Stimmung in Bremerhaven verbessern! Wir müssen dafür sorgen, dass wir die wirtschaftliche Ausgangsbasis in Bremerhaven verbessern, und da haben wir alle noch viel zu tun. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort Frau Staatsrätin Winther.

(B) **Staatsrätin Winther:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich mit Ihnen, dass es heute so einvernehmlich gelingt, hier über ein Thema zu reden, das Bremerhaven schon lange am Herzen liegt, die Übertragung der gemeindlichen Rechte und Pflichten am Gelände der Carl-Schurz-Kaserne auf Bremerhaven. Nun liegt es in den Händen Bremerhavens, dieses Gelände zu einem blühenden Gewerbegebiet zu entwickeln, und natürlich ist es unsere und damit auch die Aufgabe Bremerhavens, hier neue Unternehmen anzusiedeln und insbesondere Arbeitsplätze zu schaffen und trotz des kommunalen Finanzausgleichs mit den Folgen, Herr Schramm, die Sie geschildert haben, die Einnahmeseite der Kommune zu stärken.

Wir werden mit Sicherheit auch die Bemühungen Bremerhavens an dieser Stelle weiter unterstützen. Ich darf nur insoweit sagen, Herr Röwekamp hat ja darauf hingewiesen, wichtiger als die theoretischen Diskussionen ist, dass es uns gelingt, Visionen zu entwickeln, Gedanken zu entwickeln, Pläne zu entwickeln, um dieses Gewerbegebiet prosperieren zu lassen. Ich denke, eines der Schwerpunktthemen, die dieses Gewerbegebiet in Zukunft bestimmen werden, sind maritime Logistik und maritime Dienstleistungen, denn der Hafen mit seinen bekannten Rekordumsätzen bei Automobilen und Containern bietet beste Chancen, um Arbeitsplätze und höhere Wertschöpfung in die Region zu bringen. Das heißt, es muss also gelingen, die Lokoquote in Bremerhaven zu erhöhen, und zwar durch See- und Handels-güter, die auf diesem Gelände veredelt, verteilt wer-

den, also nach allen Regeln intelligenter Logistik betreut und bearbeitet werden. (C)

Auf diesem Weg, das darf ich hier anmerken, haben die Häfen in Bremerhaven bereits wichtige Erfolge erzielt. Ich erinnere an die geglückten Anstrengungen der Wirtschaft im Bereich der Auto- und Autoteilelogistik. Mehr als 3000 Arbeitnehmer und ihre Familien in Bremerhaven leben inzwischen vom Autoumschlag und von der Veredelung, von den indirekten Beschäftigungswirkungen einmal ganz abgesehen.

Ich bin überzeugt, und ich denke, Sie stimmen mir da zu, auf diesem Weg muss konkret weiter geplant werden. BIS und Eurogate verfolgen derzeit die Frage, welche Waren in den Containern verschifft werden, wer die Lieferanten und wer die Empfänger sind, um auch auf diesem Wege noch einmal Ansätze zur Akquisition von Unternehmen auszuloten, gerade auch für das Carl-Schurz-Gelände.

Das Land Bremen hat 45 Millionen DM in den Ankauf des Geländes investiert und über 170 Millionen DM im ISP allein für die Erschließung des Geländes bereitgestellt. 68 Millionen DM sind bereits an Infrastrukturmaßnahmen ausgegeben worden. Über 70 Millionen DM werden derzeit verbaut, und weitere über 30 Millionen DM stehen für zukünftige Maßnahmen noch zur Verfügung. Sie sehen also, wir werden uns auch aus der Finanzierung nicht verabschieden, sondern wir bleiben bei den verabredeten Maßnahmen und den beschlossenen Projekten. (D)

Ich glaube, diese Zahlen belegen eindrucksvoll, dass das Land Bremen sich engagiert hat, sich nach wie vor engagiert, und jetzt ist es an Bremerhaven, diesen erfolgreichen Weg weiterzugehen. Ich wünsche der Kommune bei dieser Gelegenheit Geschick und Erfolg, hier weitere maritime Felder Bremerhavens positiv zu entwickeln.

Mit Sicherheit ist das weitere zentrale Thema, das Herr Röwekamp angesprochen hat, das Thema der Verluste von Einwohnern und Arbeitsplätzen, das uns ja ständig drastisch wieder einholt. Der Senat hat, auch um hier noch einmal aktiv zu werden, eine Lenkungsgruppe eingerichtet, die bis Ostern des kommenden Jahres ein Strukturentwicklungskonzept Bremerhaven 2020 entwickeln soll. Wir sind nach wie vor beide, Kommune und Land, gefordert, uns große Gedanken zu machen, Anstrengungen zu unternehmen, um die Wirtschaftskraft Bremerhavens zu stabilisieren.

Am Rande, Herr Schramm, sprachen Sie die 175-Jahr-Feier an.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Nein, das war ich!)

Herr Töpfer, Entschuldigung, ich will das auch richtig zuordnen. In jedem Fall wird der Senator für Wirtschaft und Häfen sich an den Feierlichkeiten beteiligen und auch auf diese Weise noch einmal zum

- (A) Ausdruck bringen, wie wichtig uns das Jubiläum und damit natürlich auch die Beziehungen zu Amerika, die damit eng verbunden sind, sind.

Zur Frage der Hoheitsübertragung oder der Hoheitsfragen des Hafens: Diese Frage kann keine Frage der Landeshoheit sein, sondern sie kann nur die Hoheit der Kommune oder der Stadt Bremen betreffen. Dazu hat Herr Rówekamp ja ausführlich die aktuelle Situation dargelegt. Natürlich wird es so sein, dass diese Verwaltungsgruppe, die beim Finanzsenator angesiedelt ist, sich mit diesem Thema weiter beschäftigt, und wir werden Ihnen zu gegebener Zeit an dieser Stelle wieder darüber berichten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Vierte Gesetz zur Änderung der Gemeindegrenze zwischen Bremen und Bremerhaven, Drucksache 15/897, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

- (B) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Gesetz über den Abschiebungsgewahrsam

Mitteilung des Senats vom 9. Oktober 2001
(Drucksache 15/853)
2. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. vom Bruch.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Gesetzentwurf des Senats in ihrer 45. Sitzung am 24. Oktober 2001 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Also keiner?

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Gemeldet haben wir uns alle!)

Sie können alle übereinander reden!

(Heiterkeit)

Einer kommt als Erster.

Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn die große Koalition ihr eigenes Gesetz hier nicht an prominenter Stelle verteidigen möchte,

(Zuruf des Abg. K l e e n [SPD])

dann machen wir das natürlich gern, dass wir zu diesem Thema reden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, grundsätzlich ist festzuhalten, dass nach vielen Jahren – die Grünen haben sehr lange für diesen Punkt gekämpft – mit diesem heutigen Tag nun zum ersten Mal der Abschiebungsgewahrsam, die Abschiebehaf, eine Form des Freiheitsentzuges, endlich im Land Bremen auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wird. Darauf haben wir sehr lange gewartet, und wir freuen uns, dass dies auf Initiative der Grünen nun endlich so kommt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir hatten in der ersten Lesung, die ich hier nicht wiederholen möchte, festgestellt, dass sich die große Koalition bereits entschieden hatte, in dieser Legislaturperiode kein Gesetz zur Regelung der Abschiebehaf zu machen und dass man, nachdem die Grünen nicht nur einen Gesetzentwurf, sondern ein ganzes Antragspaket vorgelegt hatten, dort bei der großen Koalition umgedacht hat, um selbst einen eigenen Entwurf vorzulegen.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal einer Gruppe, die sich seit Jahren sehr aktiv um die Einzelschicksale der Menschen kümmert, nämlich die Gruppe Grenzenlos, in diesem Haus herzlich danken. Sie hat nicht nur den Begriff Grenzenlos im Namen, sondern es ist auch grenzenloses Engagement, das die Menschen dort betreiben, um sich um die einzelnen Menschen in der Abschiebehaf zu kümmern. Dafür noch einmal von dieser Stelle aus vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Zu den Unterschieden zwischen unserem Gesetzesantrag und dem der großen Koalition ist in der ersten Lesung Stellung genommen worden. Wir hatten den absoluten Vorrang für die Haftvermeidung, und zwar aus humanitären Gründen, aber auch aus Kostengründen. Wir hatten die Angleichung der Unterbringungsbedingungen an halbwegs normale Lebensverhältnisse vorangestellt, weil es sich hier nicht,

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) wie wir festgestellt haben, um Straftäter handelt, und wir haben in unserem Gesetzentwurf die Maßnahmen konkretisiert, um sie nicht nur als Schlagworte, sondern tatsächlich auch als umsetzungsreife Schritte hier einzubringen.

Wie Sie wissen, sind dies alles sehr strukturelle, sehr nüchtern klingende Dinge, aber hinter diesen Fragen, die wir hier ansprechen, stecken ganz viele Einzelschicksale. Wenn Sie nur den einen Fall des einen Abschiebungshäftlings nehmen, der neulich bei sehr kalter Witterung unter null Grad mit T-Shirt bekleidet, ohne Wintermantel, ohne Geld einfach auf die Straße gesetzt worden ist, dann sehen Sie, dass es sich hier beileibe nicht um graue Theorie, sondern um ganz konkrete Einzelschicksale handelt, um die wir uns an dieser Stelle kümmern.

Zwischen der ersten und zweiten Lesung ist eine Reihe von Stellungnahmen von Verbänden eingegangen. Ich hoffe, dass die große Koalition darauf eingeht, wie sie mit denen umgeht, wie sie zu denen Stellung nimmt. Ich möchte mit Genehmigung des Präsidenten nur aus der Stellungnahme des Kinderschutzbundes in Bremen zitieren. Er sagt: „Die Inhaftierung von Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren in der Abschiebehaft verstößt unserer Meinung nach gegen die UN-Kinderrechtskonvention und steht im Gegensatz zum Kindeswohl. Kinderrechte dürfen keine leeren Versprechungen bleiben und nicht an den Aufenthaltsstatus gebunden werden. Wir müssen daher das In-Gewahrsam-Nehmen von Kindern und Jugendlichen in Abschiebehaft ablehnen.“ Soweit die Stellungnahme des Kinderschutzbundes!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind sehr froh, dass diese Stellungnahmen noch eingetroffen sind. Deswegen hoffen wir, dass sie in der zweiten Lesung noch Berücksichtigung finden. Wie Sie wissen, war dieser Punkt als ein zentraler Punkt der Haftvermeidung und der Regelung für Gruppen, die auf gar keinen Fall in Abschiebungshaft genommen werden dürfen, natürlich auch die Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, in unserem Gesetzentwurf enthalten. Bei der großen Koalition fehlt dies!

Ich möchte die anderen Stellungnahmen nicht alle ausdrücklich zitieren, weil wir nur eine sehr kurze Redezeit haben. Auch der Bremer Anwaltsverein in einer ausführlichen Stellungnahme und die Internationale Liga für Menschenrechte sind aber im Grunde genommen in absoluter Übereinstimmung mit dem Gesetzentwurf der Grünen. Sie sehen, es gibt nicht nur uns an dieser Stelle, sondern viele andere, die glauben, dass der Gesetzentwurf der Grünen der wesentlich bessere Gesetzentwurf gewesen wäre. Sie wollen hier allerdings leider, wie ich das gehört habe, auf Ihrem sehr abgespeckten Gesetzentwurf bestehen.

Lassen Sie mich am Ende noch einen Ausblick wagen, weil ich einmal davon ausgehe, dass Sie das heute in zweiter Lesung verabschieden wollen! Was muss jetzt schnell, wenn Sie das heute so verabschieden, passieren, damit aus den Ankündigungen, die in Ihrem Gesetzentwurf enthalten sind, auch tatsächliche Realität wird? Zunächst müssen wir eine Anstaltsordnung bekommen, um die verschiedenen Punkte des Gesetzes auch tatsächlich umzusetzen. Sie müssen die in Ihrem Gesetzentwurf nur lapidar erwähnte Sozialarbeit tatsächlich hauptamtlich einrichten und auch finanzieren. Das haben Sie bisher nie geschafft. Nun sind Sie mit dem Gesetz selbst unter Zugzwang, dies auch tatsächlich zu tun. Ich hoffe, dass Sie nicht vorhaben, Ihr eigenes Gesetzesvorhaben an dieser Stelle nicht ernst zu nehmen. Wir werden an jeder einzelnen Stelle darauf achten, dass dies auch umgesetzt wird.

Letztens muss der unabhängige Beirat, der auch bei Ihnen im Gesetz vorgesehen ist, erstens wirklich unabhängig sein und nicht sozusagen an dem langen Gängelband des Innensensors gehalten werden, und zweitens ist auch festzuhalten, dass es kein Beirat ist, der quasi die Sozialarbeit und Sozialbetreuung so ein bisschen nebenbei betreibt, sondern dass dieser Beirat in einem solchen Gesetzeswerk selbstverständlich zur externen Kontrolle und Begleitung der Durchführung der verschiedenen Bestimmungen in der Abschiebungshaft vorgesehen ist.

Ich komme zum Schluss! Wir sind nicht mit der Ausführung dieses Gesetzes zufrieden. Deswegen hatten wir selbst einen eigenen Gesetzentwurf und zwei ausführliche Anträge hier in die Bürgerschaft eingebracht. Unsere Alternativen lagen in diesem Fall klar auf dem Tisch. Wir sind allerdings mit dem grundsätzlichen Erfolg sehr zufrieden, dass es endlich überhaupt zu einer gesetzlichen Regelung der Abschiebungshaft in Bremen kommt und der ungesetzliche Zustand, der bisher herrschte, damit endlich außer Kraft gesetzt wird. Es ist ein Erfolg von sehr vielen Menschen in Bremen, aber auch verschiedener Fraktionen der Grünen in den letzten Legislaturperioden, die für diesen Punkt gekämpft haben. – Ich danke Ihnen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Kleen.

Abg. **Kleen** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Güldner, zwei Vorbemerkungen! Das, was Sie zu den Kindern gesagt haben, ergibt sich aus dem Bundesgesetz, dem Ausländergesetz, dass wir keine Kinder in Abschiebebewahrsam nehmen wollen. Ihr Hinweis auf das Kindeswohl und auf die UN-Kinderrechtskonvention veranlasst mich

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) zu der Hoffnung, dass wir als SPD und Grüne ganz nah beieinander stehen, dass die Bundesregierung endlich die Kinderrechtskonvention in Gänze ratifiziert.

Die zweite Vorbemerkung, ich teile Ihren Dank an Grenzenlos. Ich möchte ihn aber auch an die Polizeibeamten im Gewahrsam erweitern, weil wir auch gerade von den Betreuerinnen von Grenzenlos wissen, dass auch sie ihre Aufgabe sehr zum Wohl der Abschiebegewahrsamshäftlinge wahrnehmen. Auch ihnen muss man an dieser Stelle danken!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wenn wir das Abschiebungsgewahrsamsgesetz heute in zweiter Lesung verabschieden, darauf ist hingewiesen worden, dann ist das Thema damit nicht vom Tisch, auch wenn es immer wieder Stimmen gibt, die sagen, dass wir der Abschiebungshaft zu viel Aufmerksamkeit widmen. Ich glaube aber, dass es nicht falsch ist, wenn wir als Innenpolitiker besonders auf die Umstände sehen, in denen wir im Geschäftsbereich des Innensensors Menschen ganz besonderen Zwangsmaßnahmen unterziehen. Die Erinnerung daran, das hat Herr Dr. Güldner schon deutlich gemacht, dass es sich bei Insassen des Abschiebungsgewahrsams nicht um Strafgefangene handelt, weil sie keine Straftaten begangen haben, ist ja nicht von der Hand zu weisen. Verwaltungsanordnungen, nämlich die Durchsetzung der Ausreisepflicht, sollen mit Zwang durch die Abschiebungshaft durchgesetzt werden, nicht mehr und nicht weniger!

(B) Die Verabschiedung des Abschiebungshaftgesetzes ist deshalb nur der erste Schritt. Als zweiten Schritt müssen wir die Gewahrsamsordnung verfasst bekommen. Der Innensensor ist aufgefordert, auch schon in der letzten Innendeputationssitzung, einen Vorschlag für eine solche Gewahrsamsordnung vorzulegen. Hierbei muss das Verhältnismäßigkeitsprinzip beachtet werden. Ich sage ganz deutlich, dass dieses Verhältnismäßigkeitsprinzip auch oft deutlich zugunsten von humanen Haftsituationen ausgelegt werden darf, denn genau dafür haben wir das Instrument Gewahrsamsordnung vorgehalten, damit wir schnell und flexibel reagieren können, wenn es die Umstände erfordern oder die Verhältnisse aus dem Ruder laufen.

Wir haben schon gehört, ein Beirat muss gebildet werden. Wir wollen möglichst schnell wissen: Wer gehört diesem Beirat an? Ich möchte sehr gern auch in der Innendeputation, ich hoffe, dass Herr Herderhorst und Herr Dr. Güldner dieses Interesse teilen, einen Beschluss fassen lassen, dass der Beirat einmal im Jahr in der Innendeputation über seine Arbeit berichtet, damit wir auch wissen, wie es vor Ort läuft.

Die ärztliche Versorgung ist auch in den Stellungnahmen angesprochen worden. Der Polizeipräsident

hat in einem Gespräch mit unserer Fraktion darauf hingewiesen, dass er den ärztlichen Dienst der Polizei in die Vahr holen will und damit wesentlich näher an den Gewahrsam. Wir begrüßen das sehr, damit der ärztliche Dienst, der dann auch personell komplett sein soll, zuverlässiger zur Verfügung steht. Es darf nicht vorkommen, dass Beschwerden über inkompetente Behandlungen, es sind immer wieder diese Pfefferminzbeutel im Gespräch, dass solche falschen Behandlungen sich als zutreffend erweisen, weil Polizeiarzte nicht da waren.

(C)

Das Beschwerderecht der Insassen des Gewahrsams ist im Gesetz vorgesehen. Wir müssen jetzt darauf achten, wie dieses Instrument umgesetzt werden kann. Im Übrigen ist selbstverständlich nach Artikel 19 Absatz 4 des Grundgesetzes immer der Rechtsweg eröffnet.

Die soziale Betreuung, Herr Dr. Güldner hat sie angesprochen, ist ab Verkündung gesetzlich in Paragraph 9 Absatz 4 geregelt. Der Senat muss uns ein Konzept vorlegen, wie das organisiert werden soll. Wer betreut, wer bezahlt? Darauf werden wir selbstverständlich sehr achten.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte es mit wenigen Bemerkungen bewenden lassen! Wenn wir das Gesetz beschließen, kann nach unserer Einschätzung ein menschlicher Vollzug erreicht werden. Beschlossen ist nur das Papier. Die Umsetzung in der Wirklichkeit wird weiterhin unser Augenmerk verlangen. Ich kann für die SPD zusagen, dass wir in der Innendeputation auch immer wieder nachfragen werden. – Vielen Dank!

(D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung gewesen, wir hätten uns diese Debatte heute schenken können. Sie wäre aus meiner Sicht nicht nötig gewesen. Alle, aber auch alle Punkte, die Sie hier vorgetragen haben, Herr Dr. Güldner, sind bei der letzten Debatte bereits ausführlich diskutiert worden.

(Beifall bei der CDU)

Auch Ihr Erfolg ist unbestritten. Sie haben vorangetrieben, dass wir heute in zweiter Lesung dieses Gesetz verabschieden können. Das ist auch unstrittig. Insofern hätten wir es dabei belassen können. Gleichwohl sage ich nur einige wenige Punkte, die mir hier noch einmal aufgefallen sind.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Zunächst erst einmal: Diejenigen, die in Abschiebehaft sitzen, sind nicht unbedingt diejenigen, die in irgendeiner Weise gezielt zu fördern sind, weil es diejenigen sind, die eben kein Dauerbleiberecht bekommen und von daher zwangsläufig in ihre Heimat zurückgeführt werden müssen. Es ist auch nicht so, dass es sich hier um rechtstreue Gäste handelt, sondern in jedem Fall liegt ein Rechtsbruch vor, denn sonst würden sie nicht in der Asylabschiebehaft sitzen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kleen, ich hätte es sonst auch noch einmal deutlich gesagt, auch das ist in der letzten Debatte angesprochen und darauf ist hingewiesen worden, dass diese Regelungen, wer in Abschiebehaft eingewiesen werden darf, altersmäßig oder auch sonst, anderenorts festgeschrieben sind. Ich erinnere, dass wir unter anderem vorschlagen wollten, Schwangere vor der Haft zu bewahren. Dies war aber gar nicht mehr nötig, das haben wir dann festgestellt, weil es bereits im Ausländergesetz geregelt ist. Von daher brauchen wir es hier in unserem Gesetz nicht erneut zu regeln.

Was den Anwaltsverein angeht, ich habe das sehr aufmerksam gelesen! Ich habe allerdings auch gelesen, dass in diesem Fall – wobei ich anmerken möchte, dass dieses Gesetz rechtsförmlich von Juristen geprüft worden und kein Einwand gekommen ist – dieser Anwaltsverein in einigen wenigen Punkten offenbar auch nicht ganz richtig liegt. Zum Beispiel spricht er davon, dass die Einweisung ein Verwaltungsakt ist, und er würdigt das auch rechtlich. Allerdings vergisst er dabei, dass der Richtervorbehalt mit einzufügen ist und dass von daher dieser Verwaltungsakt, wenn es denn einer ist, darüber kann man sicherlich streiten, zumindest eine besondere Bedeutung durch diesen Richtervorbehalt bekommt. Es ist also eine Maßnahme, die in jedem Falle rechtsstaatlichen Grundsätzen voll entspricht und von daher auch in keiner Weise, denke ich, zu kritisieren ist.

Was die Mitglieder im Beirat betrifft, ist zu sagen, dass ich überhaupt kein Problem damit habe, wenn der Beirat in aller Regelmäßigkeit berichtet. Ich gehe auch davon aus, dass sich in diesem Beirat Personen versammeln, die ganz neutral an die Dinge herangehen und ihre Berichte auch unter objektiven Gesichtspunkten erstatten.

Einen letzten Satz: Herr Kleen, Sie haben den Polizeibeamten gedankt. Ich möchte das nur noch ergänzen, denn wir haben in der Abschiebehaft auch, ich glaube, elf Angestellte, die das Gleiche tun, auch denen danken wir natürlich.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Insofern haben wir, glaube ich, allen Beteiligten gedankt. Ich schließe mit der Bemerkung: Auch in

zweiter Lesung wollen wir das Gesetz so, wie vom Senator für Inneres vorgeschlagen, beschließen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Herr Staatsrat Dr. vom Bruch.

Staatsrat Dr. vom Bruch: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Hause herrscht, so glaube ich, weitgehende Übereinstimmung darüber, dass eine gesetzliche Regelung des Abschiebebegewahrsams notwendig ist. Abschiebehaft bedeutet, und das ist der Grund dafür, dass wir diese heute auf eine gesetzliche Grundlage stellen wollen, einen schwerwiegenden Eingriff in die Freiheitsrechte der Betroffenen.

Es geht bei der Schaffung eines Gesetzes über den Abschiebebegewahrsam letztlich darum, rechtsstaatliche Klarheit zu schaffen, Klarheit für die Abschiebehaftlinge über ihre Rechte und Pflichten, aber auch für die Polizeibeamten, die die Abschiebehaft vollziehen müssen. Lassen Sie mich deshalb auch an dieser Stelle noch einmal zusammenfassend kurz benennen, worum es im Wesentlichen geht!

Es muss eine gesetzliche Grundlage für die Unterbringung und Versorgung der Abschiebehaftlinge geben. Es muss geregelt sein, ob und unter welchen Voraussetzungen Außenkontakte, zum Beispiel durch Besuch, aber auch durch Nutzung von Post, Telefon oder Medien, möglich sind. Es geht schließlich darum, Rechte und Pflichten aller Betroffenen und Beteiligten in der Gewahrsamseinrichtung auf eine transparente und damit berechenbare und durch den Gesetzgeber, nicht den Ordnungsgeber, geschaffene Grundlage zu stellen. Darum wird für die Einzelheiten noch eine Gewahrsamsordnung zu schaffen sein, die auf den rechtlichen Grundlagen des Gesetzes über den Gewahrsam basiert.

Bei allen Bemühungen, dieser besonderen Gruppe von Häftlingen durch erleichterte Bedingungen der Haft gerecht werden zu wollen, müssen gewisse objektive Grenzen zur Kenntnis genommen werden, Herr Dr. Güldner. Dies betrifft zum Beispiel die Fragen des Ausgangs, der nicht gewährt werden kann, weil er den Zweck der Haft letztlich gefährdet. Dies gilt auch für die gelegentlich zu hörende, aber nicht erfüllbare Forderung nach bezahlter Arbeit in der Haft, die schon deshalb kaum realisierbar ist, weil der Anspruch von Abschiebebegewahrsam eine möglichst kurze Haftdauer ist. Es geht letztlich darum, gleichzeitig das rechtliche Instrumentarium zur Durchsetzung von Ausreiseverpflichtungen zu schaffen und den Interessen der Abschiebehaftlinge in einem rechtlichen Rahmen angemessen Genüge zu tun und ihnen Geltung zu verschaffen.

Meine Damen und Herren, für Inhaftierte im Strafvollzug gilt seit langem, dass ihre Rechte und Pflichten durch Gesetz und nicht auf der Basis eines Er-

(C)

(D)

(A) lasses niedergelegt sind. Menschen in Abschiebe-gewahrsam befinden sich dort aber nicht, weil sie eine Straftat begangen haben, das ist bereits angeklungen. Schon deshalb müssen die Regeln zur Durchsetzung behördlicher und gegebenenfalls gerichtlich überprüfter Ausreiseaufforderungen auf eine mindestens gleichwertige rechtliche Grundlage gestellt werden.

Lassen Sie uns deshalb, und ich glaube, das ist in diesem Haus Konsens, hier und heute die notwendige rechtliche Klarheit schaffen! Wir bitten Sie seitens des Senats, das vorgelegte Gesetz über den Abschiebe-gewahrsam in der angesprochenen Form und in der vorgelegten Form zu beschließen. Selbstverständlich werden wir bei der Bildung des Beirates und der Schaffung der Gewahrsamsordnung die hier eingeforderten Grundlagen und Bedingungen erfüllen und ihnen Rechnung tragen. Insofern werden wir in der Tat die Praxis des Abschiebe-gewahrsams auf diesen Grundlagen auch in der gemeinsamen Arbeit mit Ihnen weiterzuentwickeln haben. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

(B) Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über den Abschiebungsgewahrsam, Drucksache 15/853, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Keine versteckten Subventionen für das Musical Hair!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 9. November 2001
(Drucksache 15/876)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier einen berechtigten Misstrauensantrag gegen Herrn Senator Hattig eingebracht hat, ist dieser Misstrauensantrag, wie es zu erwarten war, im Zuge eines sehr faulen Kompromisses von der großen SPD-CDU-Koalition mit fadenscheinigen Begründungen abgeschmettert worden.

Meine Damen und Herren, durch die alte Parteistrategie der CDU – und damit meine ich nicht Herrn Senator Hattig, denn der ist ja in der Politik bekanntlich ein Neuling, und das merkt man ja auch ganz deutlich an seinem Handeln –, gemeinsam und Hand in Hand mit ihrem SPD-Koalitionspartner zu gehen, ist eine wahre meisterliche, aber für die Bremer Finanzlage katastrophale Vereinbarung getroffen worden. Nun steht die SPD-Fraktion, und hier insbesondere der SPD-Fraktionsvorsitzende Herr Böhrnsen, wie ein begossener Pudel da.

Statt die Forderungen des Unternehmers und Musicalbetreibers Klaus-Peter Schulenberg zu erfüllen, hier hat ja die SPD kategorisch nein gesagt, wird nun dem Unternehmer Schulenberg über Umwege eine zusätzliche Subvention zugeschanzt. Lieber Herr Böhrnsen, als Sie deutlich nein zu jeglichen Subventionen gesagt haben, hatte ich es so verstanden, dass die SPD absolut kein Geld mehr in ein wahrscheinlich gescheitertes Musical „Hair“ stecken wollte. Dass Sie dort nun aber noch mehr Steuergelder hineinstecken wollen oder müssen, ist in Ihren öffentlichen Aussagen nicht deutlich geworden. Ich meine damit die SPD-Fraktion.

Meine Damen und Herren, wenn das Bremer Stadtmarketing jetzt mit zehn Millionen DM aufgestockt wird – und der Geier weiß, woher der Finanzsenator diese zehn Millionen DM nehmen soll, wahrscheinlich aus Verkäufen städtischen Eigentums –, dann sind Sie doch in einer so großen Verantwortung und Verpflichtung, für das Musical „Hair“ so viel Werbung zu betreiben, dass die Besucherzahlen so drastisch ansteigen müssen, damit Sie mit dem Musical kein finanzielles Desaster erleben, von dem Sie schon von vornherein wissen, dass Sie diese zu erbringenden Besucherzahlen niemals erreichen können und werden.

Das ist das Unehrlliche an Ihrer Politik, meine Damen und Herren, und das alles auf Kosten und zu Lasten der Bürger! Das ist ein Schande. Sie betreiben hier einen Schrecken ohne Ende, denn ein solches abgetakeltes Musical kann und wird niemals den erforderlichen Erfolg haben, den Sie sich erhoffen, und schon gar nicht mit einer Mannschaft, die damals schon nicht das Musical „Jekyll and Hyde“ vermarkten konnte.

Ich frage Sie allen Ernstes: In welcher Scheinwelt oder Traumwelt leben Sie eigentlich? Ich sage Ihnen heute schon voraus, damit das Musical nicht zum finanziellen Desaster wird, werden Sie schon sehr

(C)

(D)

(A) bald die Marketingmittel auch weiterhin auf Kosten der Steuerzahler mit großem finanziellen Aufwand aufstocken müssen. Das aber macht die Deutsche Volkunion zum Wohle der Bürger nicht mit, das sage ich Ihnen gleich. Ich habe in meinem ganzen Leben noch nie eine so dreiste und schamlose Zuwendung an private Unternehmen zur Kenntnis nehmen müssen wie bei dieser Maßnahme. Entweder subventioniert man eine Veranstaltung oder nicht. Dieser Senat und die ihn tragenden Fraktionen der SPD und CDU sind die Weltmeister in Finanztricksereien bei versteckten Subventionen und Weltmeister der Schattenhaushalte.

Meine Damen und Herren, als absolut verwerflich ist dabei die Rolle der SPD-Fraktion zu bezeichnen. Eine solche Wendehals-Mentalität sucht wirklich ihresgleichen. Ich fordere Sie hiermit auf, hier und heute zu Ihren gemachten Aussagen zu stehen und meinem Antrag uneingeschränkt zuzustimmen!

Ich gehe beim Bündnis 90/Die Grünen einmal davon aus, dass Sie heute die Ernsthaftigkeit Ihres Misstrauensantrags gegen Senator Hattig unter Beweis stellen wollen und meinem Antrag uneingeschränkt zustimmen werden. Ansonsten machen Sie sich wieder einmal unglaublich unwürdig.

(B) Meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, nach zahlreichen Austritten und Rücktritten beim Bündnis 90/Die Grünen, wie zum Beispiel Herr Zachau oder in Bremerhaven der überparteilich hoch geschätzte grüne Fraktionsvorsitzende in der Stadtverordnetenversammlung, Herr Peter Pletz, oder auch die grüne Kreisvorsitzende in Bremerhaven, Frau Krein und so weiter, ein Ende ist ja noch gar nicht abzusehen, läutet nun unüberhörbar laut und deutlich das politische Totenglöckchen den unaufhaltsamen wohlverdienten politischen Niedergang Ihrer Partei ein. Nicht, dass ich Bündnis 90/Die Grünen hier parlamentarisch vermissen würde, ganz im Gegenteil, aber als politische Wolpertinger fand ich euch immer schon ganz putzig, niedlich und witzig.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wer aber für eine Hand voll Dollar, eine Hand voll Ministerposten seine parteipolitische, pazifistische, ideologische Seele gewissenlos und schamlos verkauft, hat auch nichts anderes verdient als den politischen Niedergang. Meine Damen und Herren, darum hoffe ich nur,

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Etwas lauter, wir verstehen Sie so schlecht!)

dass Sie, solange Sie hier noch sitzen und politische Verantwortung tragen, noch schnell diesem Antrag zustimmen werden, damit Sie wenigstens noch ein kleines bisschen an Glaubwürdigkeit behalten.

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Focke. (C)

Abg. **Focke** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Rede war wie immer und wie die anderen Reden auch.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Gut, nicht?)

Ich kann nur sagen, ich verwahre mich auch für die anderen Mitglieder dieses Hauses gegen diese unqualifizierten Einwände.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben mit dem Thema überhaupt nichts zu tun, Sie haben von dem Thema auch keine Ahnung und haben es nicht verstanden. Deswegen lohnt es sich auch gar nicht, darüber zu diskutieren. Nur einen Satz: Das Marketing ist nicht für das Musical erhöht worden. Das Marketing ist aufgestockt worden, um den Standort Bremen zu bewerben,

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

dazu gehören die kulturellen Einrichtungen dieses Landes, der wirtschaftliche Standort, der Wohnstandort und natürlich bei diesen ganzen Dingen auch, dass wir einen Musicalstandort haben. Das ist klar! Hier wird aber keine einzige Subvention an dieses Musical gegeben. (D)

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Überhaupt nicht!)

Wir wollen den Standort Bremen tourismusmäßig weiter nach vorn bringen, und das Geld dafür ist finanziert. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Focke, kein Mensch glaubt Ihnen, was Sie gerade gesagt haben. Sie können hier so lange gebetsmühlenartig predigen, wie Sie wollen, es nützt Ihnen nichts. Tatsache ist doch, dass Bremen keine Musicalstadt ist und wird. Wenn Sie noch so viele Millionen DM für das Stadtmarketing hinauswerfen, so ist das finanzielle Desaster doch schon vorprogrammiert, weil die politisch Verantwortlichen weiterhin schlafen werden und das Stadtmarketing auch weiterhin völlig versagen wird.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Es reicht eben nicht aus, Herr Focke, auf Messen einfach nur ein paar Prospekte zu verteilen. Es weiß doch kaum jemand, dass in Bremen überhaupt das Musical „Hair“ gespielt wird. Wenn Sie auf einer Grundlage der aufgestockten Mittel vielleicht ein bisschen mehr überregionale Werbung betreiben sollten, was ich noch stark bezweifle, werden Sie es trotzdem niemals schaffen, dieses Musical überregional bekannt zu machen.

Das wird Ihnen niemals gelingen, weil das Musical „Hair“ eindeutig das falsche Stück ist. Ich frage Sie, wer will denn ein solch altes, abgetakeltes Stück überhaupt noch sehen? Kein Mensch! Wenn Sie noch so viele Millionen auf Kosten der Steuerzahler verpulvern, die Leute wollen Musicals mit tollen, rauschenden Kostümen und üppigen Bühnenbildern sehen, und sonst gar nichts!

(Lachen bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

In den anderen Großstädten, ich weiß ja nicht, wo Sie sonst sind, warum Sie jetzt so lachen, aber wahrscheinlich wollen Sie gar keine rauschenden Kostüme sehen, aber das ist Ihr Problem!

Meine Damen und Herren, in anderen Großstädten, wie zum Beispiel in Wien und so weiter, laufen solche Musicals wie „Hair“, „Jekyll and Hyde“ doch nur so gut, weil sich die Menschen in der Hauptsache diese schöne Stadt anschauen wollen. Das Musical ist doch nur ein schmuckes Beiwerk.

(B)

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Ist unsere Stadt nicht schön? Er redet den Standort schlecht!)

Hamburg, München, Berlin haben den Bonus einer Weltstadt, und Bremen hat das leider nicht. Diesen Bonus können Sie eben leider niemals erreichen, und wenn Sie die finanziellen Mittel für Stadtmarketing nochmals um 100 Millionen DM oder um 1000 Millionen DM erhöhen würden, Sie schaffen es niemals. Diesbezüglich möchte ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten die „Bild“-Zeitung zitieren dürfen.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Das ist sein Niveau!)

Sie haben absolut kein Niveau! „Die bewilligten Millionen für zusätzliches Stadtmarketing kommen um drei Jahre zu spät. Das Musical ‚Hair‘ ist nicht mehr zu retten. Andere gute Musicals sind zurzeit nicht auf dem Markt. Pech gehabt, Bremen!“ Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Also, Herr Focke, halten Sie hier keine großspürigen Büttensreden, sondern schauen Sie lieber den realistischen Tatsachen ins Auge, stimmen Sie deshalb meinem Antrag zum Wohle der Bürger zu und

sagen Sie später ja nicht, die Deutsche Volksunion hätte Sie nicht rechtzeitig davor gewarnt! (C)

(Lachen bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 15/876 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(D)

Zivilschutz im Land Bremen ausbauen

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 12. November 2001
(Drucksache 15/877)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. vom Bruch.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Während unsere etablierten Politiker als Hilfswillige der Kriegspolitik der USA zu Lasten Deutschlands größte Erfüllungsanstrengungen unternehmen, unsere Bundeswehrsoldaten auf die Schlachtfelder fremder Länder zu schicken – denn Afghanistan war ja erst der Anfang – und Milliarden Euro für weitere Kriegseinsätze auf Kosten der Steuerzahler verschwenden, werden die dadurch möglicherweise importierten Gefahren, wie zum Beispiel verstärkte Terroranschläge ausländischer Terroristen in Deutschland, auf Kosten der Bevölkerung in einer unverantwortlichen Weise von ihnen hingenommen. Tatsache ist doch, dass auch im Land Bremen der Schutz der Zivilbevölkerung sträflich vernachlässigt wird, obwohl der Ernstfall, also der Kriegsfall, durch die Schröder-Regierung für Deutschland schon längst gegeben ist.

(A) Meine Damen und Herren, Zivilschutz bedeutet im Ernstfall Überlebensschutz, gerade jetzt, da der Hass von Volksgruppen geradezu gezüchtet wird, die bisher unserem Volk mit Sympathie gegenüberstanden, und die Gefahr von Terroranschlägen auch in Deutschland immer größer wird. Darum sollte der Schutz unserer Bürger bei den politisch Verantwortlichen an erster Stelle stehen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Nach dem Zerfall des kommunistischen Ostblocks unter der Herrschaft der Sowjetunion tön-ten die Regierenden in Deutschland großspurig, Deutschland habe keine Feinde mehr. Das Bedrohungspotential sei nun verschwunden, die Verteidigungsfähigkeit und der Zivilschutz seien nun in der ursprünglichen Form nicht mehr erforderlich.

Infolge dieser unverantwortlichen fatalen Fehleinschätzung wurden auch im Land Bremen viele der zum Schutz der Zivilbevölkerung vorhandenen Einrichtungen, insbesondere Bunkeranlagen, aufgegeben.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Die hätten Sie gern wieder, nicht?)

(B) Die von den politisch Verantwortlichen selbst geschaffene beängstigende und traurige Realität zeigt klar und deutlich, wie unverantwortlich es ist, wenn die Augen vor möglichen Gefahren verschlossen, das Wissen um mögliche Krisen und Bedrohungslagen verdrängt und wichtige Vorsorgemaßnahmen für unsere Bevölkerung unterlassen werden. Doch nur, und das sage ich in aller Deutlichkeit, die Kenntnis möglicher Gefahren, etwa durch terroristische Anschläge und so weiter, und das rechtzeitige politisch verantwortungsbewusste Handeln geben dem Bürger die Möglichkeit, sich in einer Krisensituation zu behaupten und auch zu überleben.

Jeder Bürger weiß doch um die dringende Notwendigkeit, sich in seinem Privatleben gegen die Gefahren des täglichen Lebens abzusichern und Vorsorge zu treffen, um sich und seine Familie vor solchen Gefahren zu schützen. Vor bestimmten Gefahren kann sich aber der Einzelne nicht oder nur unzureichend schützen. Diese Gefahren reichen von einem großen Brand, einer Explosion, einer Überschwemmung bis hin zu terroristischen oder bewaffneten Angriffen zum Beispiel auf Industrieanlagen, Atomkraftwerke, Verkehrseinrichtungen oder überhaupt auf unser Land. Hier ist der Staat dringend aufgerufen, schnellstens umfassende Vorsorge sowohl zum Schutz als auch zur raschen ausreichenden Hilfeleistung für unsere Bevölkerung zu treffen. Der Schutz der Bürger muss in unserem demokratischen Staat ein vorrangiges Ziel jeglicher staatlicher Politik sein und sonst gar nichts!

Meine Damen und Herren, nicht umsonst enthält das Grundgesetz den Auftrag, das menschliche Leben als Höchstwert unserer Verfassung zu schützen. Darum ist es dringend erforderlich, dass zum Bei-

spiel das Deutsche Rote Kreuz, die Feuerwehren, das Technische Hilfswerk, der Katastrophenschutz und so weiter eine noch größere staatliche Förderung erhalten als bisher.

Ich möchte hier noch einmal darauf hinweisen, dass noch in den achtziger Jahren der Bundesverband für den Selbstschutz eine ganz hervorragende und vorbildliche, großartige Arbeit geleistet hat. Es ist doch unbestreitbar, dass es im Fall terroristischer oder militärischer Angriffe angesichts der modernen Waffentechnik keinen absoluten Schutz der Bevölkerung geben kann. Aber nun kommt das Aber! Es ist aber ein Teilschutz, ein Grundschutz möglich, der vielen Menschen die Chance des Überlebens gibt, wenn außerhalb des zentralen Wirkungsbereichs einer konventionellen oder atomaren Waffe entsprechende Vorsorge und Rettungsmaßnahmen des Zivilschutzes getroffen worden sind. Das kann keiner bestreiten.

Meine Damen und Herren, Zivilschutz ist eine politische Aufgabe. Sie ist auch dringender denn je angesichts neuer erschreckender Möglichkeiten des Bioterrors erforderlich. Das Parlament steht deshalb in der Pflicht. Das heißt, die Bremische Bürgerschaft, Landtag, sollte nicht nur, sondern muss sogar vom Senat umfassende Maßnahmen für den Schutz der Zivilbevölkerung im Land Bremen fordern. Jetzt, hier und heute müssen Zivilschutzorganisationen besonders gestärkt werden. Deshalb fordert die Deutsche Volksunion in aller Deutlichkeit, dass deren Personal deutlich aufgestockt wird. Gebäude und ausreichendes Material müssen bereitgestellt werden, zudem müssen Schutzräume wieder hergestellt und ausgebaut werden.

Meine Damen und Herren, nach der Gesetzeslage ist für den Zivilschutz zwar in erster Linie der Bund verantwortlich, doch für die Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren und Schäden bei Katastrophen, die auch durch Terroranschläge ausgelöst werden können, sind ausschließlich die Länder zuständig. Das muss ich hier wohl nicht extra betonen. In dieser Hinsicht hat auch Bremen einen enormen Nachholbedarf. Es kann und darf nicht sein, dass die Bürger weiterhin den Folgen der US-Kriegspolitik schutzlos ausgesetzt sind. Darum stimmen Sie dem Antrag der Deutschen Volksunion im Interesse der Bürger uneingeschränkt zu!

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erster Satz: Ich verwahre mich im Namen meiner Fraktion dagegen, und ich glaube, auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen des Hauses, dass Sie sich in Angelegenheiten der drei demokratischen Fraktio-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) nen hier in der Bremischen Bürgerschaft einmischen. Das geht Sie überhaupt nichts an!
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU – Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])
- Ich verwahre mich auch dagegen, dass Sie von Parteiaustritten zweier Leute in Bremerhaven bei den Grünen sprechen, die gar nicht aus der Partei ausgetreten sind, namentlich Herr Pletz und Frau Krein, die nach wie vor Mitglieder vom Bündnis 90/Die Grünen sind. Sie behaupten also wie immer hier auch falsche Dinge.
- Zweiter Satz, zum Zivilschutz: Sowohl der Bundesinnenminister als auch der Senator für Inneres in Bremen haben auf einstimmigen Beschluss der bremischen Innendeputation alle nach dem 11. September zusätzlich notwendigen Maßnahmen getroffen, die dort zu treffen sind. Es gab dort einen großen Konsens. Lücken, die in der Betrachtung aufgetreten sind, sind durch Anschaffung neuer Fahrzeuge, neuer Schutzanzüge und so weiter geschlossen worden. Wir werden das auch weiter beobachten, um eventuell noch bestehende Lücken zu schließen. Insofern können wir hier recht guten Gewissens Ihren sehr läppischen und unbegründeten Antrag mit diesen Feststellungen ablehnen und die Debatte schließen. – Vielen Dank!
- (B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)
- Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.
- Abg. **Tittmann** (DVU): Also, Herr Dr. Güldner, das muss ich mir von einem Mitglied einer Kriegstreiberpartei nicht sagen lassen.
- (Unruhe und Zurufe – Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Jetzt ist aber Schluss hier! – Glocke)
- Vizepräsident Ravens:** Herr Abgeordneter Tittmann, mäßigen Sie sich Ihres Ausdrucks!
- Abg. **Tittmann** (DVU): Was machen unsere Jungs denn in Afghanistan, wenn ich einmal bitten darf? Herr Dr. Güldner, stehen Sie mir jetzt Rede und Antwort! Ist der Fraktionsvorsitzende Pletz zurückgetreten, ja oder nein?
- (Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Er ist nicht ausgetreten! – Abg. T ö p f e r [SPD]: Was hat das jetzt mit Zivilschutz zu tun?)
- Das habe ich auch nicht behauptet, ich habe gesagt Austritte und Rücktritte!
- (Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)
- Ist Herr Zachau ausgetreten, ja oder nein? Also, Herr Präsident, meine Damen und Herren, anstatt einen – –.
- (Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Ist die DVU rechtsradikal, ja oder nein?)
- Davon haben Sie sowieso keine Ahnung!
- (Lachen)
- Anstatt einen größtmöglichen Katastrophen- und Zivilschutz gerade in dieser schlimmen Zeit voranzutreiben, werden unverantwortliche Missstände in diesem Bereich auch vom Bündnis 90/Die Grünen so hingegenommen! Selbstverständlich wird für die regierenden etablierten Politiker Vorsorge getroffen. Das ist mir schon klar! Der Normalbürger aber muss um seine Gesundheit, sogar um sein Leben bangen. Allein die Gefahr durch möglichen Bioterror ist hier in Bremen in ihrer Reich- und Tragweite gar nicht abzusehen. Auch zum Beispiel Pockenviren: Es sind seit Mitte der siebziger Jahre alle Impfungen eingestellt worden, unverantwortlich eingestellt worden. Darum ist in Deutschland ja auch nur noch die Hälfte der Bevölkerung gegen Pockenviren geimpft. Inzwischen aber weiß man doch, dass Pockenviren aus den Labors, wie zum Beispiel in Atlanta und Nowosibirsk, entwendet oder verkauft sein könnten.
- Wirksame Strategien zur Gefahrenabwehr sind aber auch leider in dieser Hinsicht bei politisch Verantwortlichen in Bremen kein Thema. Das hat man hier deutlich an Ihrem Redebeitrag gehört, wie Sie alles herunterspielen. Meine Damen und Herren, nicht nur bezogen auf biologische, chemische oder atomare Gefahren, die unseren Bürgern durch die US-Kriegspolitik drohen, verschließt man einfach wieder einmal die Augen, bis es zu spät ist, statt ausreichende Zivilschutzmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung konsequent einzuleiten und durchzuführen. Anstatt endlich konsequent zu handeln, lässt man die Dinge einfach treiben und gaukelt der Bevölkerung so, wie Sie es eben gemacht haben, eine nicht vorhandene Sicherheit vor. Doch das böse Erwachen wird schneller als erwartet kommen. Dann wird sich leidvoll rächen, dass die so genannten Volksvertreter ihre Pflicht zum Schutz der Bürger in skandalöser Weise hier vernachlässigt haben. Meine Damen und Herren, Schaden von unserem Volk – –.
- (Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Was meinen Sie mit so genannte? Was meinen Sie mit so genannte Volksvertreter, Herr Tittmann?)

(A) Wenn man einige Ihrer Anträge sieht und liest!

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Meinen Sie damit, dass die Menschen die hier sind, nicht vom Volk gewählt wurden? Meinen Sie das? Das sind hier Volksvertreter, so wie Sie es leider auch sind! Nicht so genannte! – Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]: Auch die DVU muss Regeln einhalten!)

Das wird sich nach Ihrer Politik auch bald ändern. Sie brauchen sich keine Sorgen mehr zu machen, hier länger sitzen bleiben zu dürfen.

(Unruhe und Zurufe)

Das wird sich schon ändern. Warten Sie nur einmal ab, das wird sich von allein ändern!

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Was heißt so genannte?)

Meine Damen und Herren, das böse Erwachen wird schneller kommen, als Ihnen lieb ist.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Die so genannte Demokratie!)

(B) Ich sage es Ihnen gleich!

(Unruhe)

Herr Präsident, können Sie bitte einmal für Ruhe und Ordnung sorgen?

(Heiterkeit)

Das ist Ihre Demokratie!

Meine Damen und Herren, Schaden von unserem Volk abzuwenden, das muss ich Ihnen hier ein paar Mal erzählen, damit Sie es endlich kapieren, ist eine Aufgabe, der sich jede Regierung, jedes Parlament und jede Partei, die hierzulande bei der politischen Willensbildung mitwirkt, verantwortungsbewusst zu stellen hat. Das haben Sie leider vergessen, deswegen rufe ich es Ihnen noch einmal in Erinnerung.

(Unruhe – Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]: Hinsetzen!)

Darum erwarte ich von Ihnen, dass Sie auch im Bereich des Zivilschutzes den Forderungen der Deutschen Volkunion sowie diesem Antrag hier uneingeschränkt zustimmen, deren oberstes Gebot die Verwirklichung der vom Grundgesetz vorgeschriebenen Verfassungsziele ist!

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (C)

Die Beratung ist geschlossen.

Herr Abgeordneter Tittmann, dass des Öfteren Unruhe entsteht hier im Hause – –.

Nein, die Beratung ist geschlossen. Es gibt keine Beratung mehr!

Ich möchte Ihnen mit auf den Weg geben, dass Ihre Ausdrucksweise hier manchmal unerträglich ist. Aus dem Grunde sage ich: Mäßigen Sie sich in Ihrer Ausdrucksweise! Es ist kaum auszuhalten. Normalerweise müsste man Sie zur Ordnung rufen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 15/877 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen) (D)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, in Anbetracht der Zeit, und wir haben noch zwei Tagesordnungspunkte vor uns, würde ich sagen, wir gehen jetzt in die Mittagspause und treffen uns um 14.30 Uhr wieder. Wir waren recht fleißig.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.47 Uhr)

*

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.31 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Auf der Besuchertribüne darf ich ganz herzlich ein Gruppe interessierter Bürgerinnen und Bürger auf Einladung der CDU-Fraktion begrüßen.

(A) Meine Damen und Herren, herzlich willkommen hier im Haus!

(Beifall)

Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien und Technik des Landes Bremen (BremSVITG)

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001
(Drucksache 15/898)

1. Lesung

Wir verbinden hiermit:

Gesetz zur Überleitung von Personal auf die Gebäude- und TechnikManagement Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001
(Drucksache 15/899)

1. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Dannemann.

Wir kommen zur ersten Lesung der Gesetzesvorlagen.

Die Beratung ist eröffnet.

(B) Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Saal ist nach der Mittagspause noch nicht so gefüllt. Ich verstehe das ja bei diesem Thema, bei dem der Senat uns Abgeordneten – –.

(Zuruf der Abg. Frau **H ö v e l m a n n** [SPD])

Ja, die Sozialdemokraten, wenn ich aber einmal nach rechts zur CDU schaue! Ich verstehe das ja sehr gut, weil der Senat uns und vor allen Dingen den Mitgliedern der Verwaltung per Broschüre, die „Umbau“ heißt, schon mitgeteilt hat, was das Parlament alles beschließen wird. Da die Sache ja offensichtlich sowieso schon erledigt ist, muss man das ja hier vielleicht auch nicht mehr ernsthaft behandeln, so scheint wenigstens die Meinung einiger Kollegen zu sein.

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Vorstellen muss man es offensichtlich auch nicht!)

Meine Damen und Herren, der Senat hat uns Gesetze vorgelegt, die eigentlich nur einige Ausführ-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) rungsbestimmungen zu einem größeren Vorhaben sind, das Umbau des Liegenschaftswesens heißt. Es handelt sich hier nach Angaben des Senats um eine schöne neue Welt, die die Bremer Immobilien demnächst in frischem Glanz erstrahlen lassen soll.

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Dritter Versuch!)

Wir vom Bündnis 90/Die Grünen haben uns diese schöne neue Welt angeschaut und bei näherer Betrachtung leider feststellen müssen, dass sie so neu nicht ist. Worum geht es? Ich versuche, es einmal ganz knapp zu skizzieren: Der Senat rafft alle Immobilien in Bremen, die der Schulen, der Verwaltung, von Sportanlagen und Kindertagesstätten, zusammen und packt sie in ein so genanntes Sondervermögen. Dieses Sondervermögen wird durch eine Gesellschaft verwaltet, die den Eigentümer, nämlich die Stadtgemeinde Bremen beziehungsweise das Land Bremen, vertritt. Alle Nutzer dieser Liegenschaften, die darin arbeiten, Kinder unterrichten und betreiben oder Sport treiben, schließen Mietverträge mit dem Eigentümervertreter, dieser Gesellschaft.

Diese Mietverträge sollen praktisch zwei Wirkungen haben, erstens den Mieter so zu stellen, wie wir, sofern wir noch Mieter von Wohnungen oder Häusern sind, als Mieter auch gestellt werden, und sie mit den üblichen Mietrechten gegenüber den Vermietern auszustatten, was zum Beispiel kleinere Reparaturen und Instandhaltung auf Dauer betrifft. Zweitens soll sie aber durch eine Miete den Nutzern auch zeigen: Das Gebäude, in dem ihr sitzt, kostet euch Geld, und da das Geld knapp ist, spart Geld ein, räumt Flächen, rückt zusammen, gibt Räume und Gebäude frei, damit ihr Miete sparen könnt, und was ihr spart, könnt ihr im Prinzip behalten! Das sind die beiden Gedanken. Der letzte Gedanke nennt sich Flächenoptimierung.

Mit dem Geld, das aus den jetzt eingesparten Flächen durch Verkauf oder Neuvermietung erzielt werden kann, sollen dann die gesamten Gebäude der Stadt künftig in Schönheit erstrahlen, nämlich alles, was marode ist – man nennt das Sanierungsstau –, soll saniert werden. Das ist kurz und knapp der Grundgedanke dieser schönen neuen Welt.

Ich habe gesagt, so schön und neu sieht diese Welt gar nicht aus, sondern sie erinnert einen an viel Altes. Ich fange einmal mit dem Letzten an, der so genannten Flächenoptimierung. Im Jahr 1997 hat McKinsey ein Gutachten erstellt. Der Senat hat am 6. Dezember 1997 Beschlüsse gefasst, das schnellstens umzusetzen. Ein Kern dieses Gutachtens war die Neuordnung des Liegenschaftswesens. So heißt das heute auch noch. Damals wurde infolge dieser Neuordnung die Gesellschaft für Bremer Immobilien gegründet. Diese Gesellschaft – übrigens eine der ganz wenigen Gesellschaften, denen damals die Grünen zugestimmt haben, weil wir gedacht haben,

(C)

(D)

(A) dass sie eigentlich nützlich ist – hatte die Aufgabe, die Flächen der Stadtgemeinde zu optimieren. Damals waren die Schulen und Kindergärten noch nicht dabei, aber die gesamte Verwaltung.

McKinsey hat im Jahr 1997 ausgerechnet, kurzfristig, binnen drei Jahren, seien knapp 60 Millionen DM für die Stadtgemeinde zu erzielen, und mittelfristig beliefe sich das Volumen etwa auf 250 Millionen DM. Diese Gesellschaft ist 1998 gegründet worden, sie arbeitet seit über drei Jahren. Wie gesagt, sie heißt GBI.

Sie hat in diesen drei Jahren rund 25 Millionen DM einschließlich Gründungs- und Gutachtenkosten verschlungen, aber Flächen optimiert, um diese 60 Millionen DM zu erzielen, die heute eigentlich in der Kasse sein müssten, hat sie nicht. Sie hat bis heute noch nicht einmal die Kosten-Leistungs-Rechnung einführen können, die man eigentlich doch von einem Wirtschaftsbetrieb erwartet. Sie hat es bis heute noch nicht einmal geschafft, die Flächen des Landes vermessen zu lassen, damit man überhaupt weiß, wie viel man hat und was der Wert dieser Dinge ist. Das ist diese GBI, die künftig der Eigentümervertreter ist und die schöne neue Welt des Senats repräsentieren soll.

Herr Senator Perschau, die GBI liegt in Ihrem Geschäftsbereich, Sie sind dafür zuständig!

(Zuruf: Er ist noch nicht da!)

(B)

Er ist nicht da? Leider! Herr Dannemann ist auch nicht da!

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Dem Senat ist das Gesetz nicht wichtig!)

Ich habe gesagt, der Senat meint, es sei schon beschlossen, weil er ja schon alle Details veröffentlicht hat. Dann sage ich es hier jetzt nur für das Protokoll, es wird dem Senat ja alles berichtet: Der Senator für Finanzen ist zuständig für diesen Geschäftsbereich, und wir haben bis heute nicht erlebt, dass der Senator für Finanzen seine Aufgaben so erledigt hat, wie er sie hätte erledigen müssen. Die GBI, die wir jetzt mit neuen Aufgaben betrauen, hat bis heute nicht einmal die alten hinreichend erledigt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, das Mieter-Vermieter-Modell ist die neue Erfindung. Eine neue Erfindung ist es natürlich nicht, weil schon im Jahr 1996 das Parlament festgelegt hat, dass in allen Verwaltungsbereichen kalkulatorische Mieten bezahlt werden. Alle Ressorts haben Budgets dafür, und es werden in der gesamten Verwaltung, nicht für Schulen, Kindergärten und Sportplätze, heute Mieten bezahlt.

Das ist damals eingeführt worden, damit die Ressorts sehen: So viel kostet das! Spart ein! Eingespart haben sie bis heute nicht, die kalkulatorischen Mieten gibt es.

(C)

Jetzt ändert sich eines im Mieter-Vermieter-Verhältnis: Es werden jetzt alle Mieter, auch Schulen, Kindergärten und so weiter, und sie bekommen jetzt Mietverträge. Das ist die Neuerung dabei. Die Mieten werden übrigens auch noch niedriger. Das steht nicht in den Vorlagen, bis jetzt sind es rund 14 DM, demnächst sollen es in der Regel nur zehn DM werden, weil die Gebäude ja nicht bewertet sind und man auch nicht so genau weiß, wie groß die Flächen sind, ich habe es gerade bei der GBI gesagt.

Meine Damen und Herren, die Mieter haben künftig, wie gesagt, das Recht, auch die Sanierung ihrer Gebäude zu verlangen. Dieses Recht tritt allerdings erst nach sieben Jahren oder vielleicht auch noch später so ein, dass sie auch sagen können, ich zahle die Miete nicht mehr, wenn morgen nicht etwas gemacht wird. Vorher müssen erst einmal die Gebäude in der Substanz erneuert werden. Das Mieter-Vermieter-Verhältnis steht erstens nur auf dem Papier, zweitens aber hat der Mieter jetzt ein Gegenüber. Dieses Gegenüber ist die schon eben erwähnte Gesellschaft für Bremer Immobilien, die diese Aufgabe hat.

Jede Reparatur, die eine Schule, ein Kindergarten oder auch ein Polizeirevier hat, muss über diese GBI gehen. Herr Kollege Schrörs, ich muss Sie jetzt einmal direkt ansprechen, wir haben hier schon zur Ampelzeit und erst recht in der letzten Legislaturperiode gemeinsam im Haushaltsausschuss dafür gekämpft, dass die zentralistischen Regelungen, früher das Hochbauamt und dann dieses berüchtigte BreHoch, beseitigt werden und zumindest kleinere Reparaturen – wir haben erst 100 000 DM festgesetzt und dann höhere Werte – von den Betroffenen selbst in Auftrag gegeben werden können und dass man nicht über zentrale Instanzen gehen muss, weil es lange dauert und teuer wird. Das haben wir festgestellt.

(D)

Jetzt ist das Gleiche wieder der Fall: Hier wird eine neue zentrale Instanz, eine Art Über-BreHoch eingerichtet. Wir haben in unserer Fraktion am Montag darüber geredet und dort den leitenden Mitarbeiter des Finanzressorts – es ist immer noch keiner da! –

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

dazu befragt, wie das denn vonstatten gehen soll. Er sagte, dass das wirklich ein noch nicht gelöstes Problem ist, das wir aber durch Kontrakte regeln können. Ich habe ihn dann gefragt, was denn in den Kontrakten steht. Er sagte, dass zum Beispiel die GBI binnen 24 Stunden zurückrufen muss, wenn es durchregnet.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Mein Gott, wenn das die schöne neue Welt ist, sage ich: Zurück zum alten Beamtentum durch eine Gesellschaft GBI! Das ist das, was auf uns zukommt. Das, was wir hier einführen, ist in der Beziehung eine Rezentralisierung, wo wir gerade auf dem Trip der Dezentralisierung waren.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie wissen nicht, was sie tun!)

Meine Damen und Herren, hinein in die Kartoffeln, heraus aus den Kartoffeln, das ist die schöne neue Welt, die hier aufgebaut wird!

Jetzt komme ich zum Kernpunkt! Der Kernpunkt, mit dem dieses ganze Modell öffentlich verkauft wird, ist die Sanierung öffentlicher Gebäude. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass es einen riesigen Sanierungsstau gibt. 750 Millionen DM, so hat uns Roland Berger ausgerechnet, soll der Sanierungsstau betragen. Er muss aufgearbeitet werden, weil er in der Vergangenheit offensichtlich nicht aufgearbeitet worden ist, zumindest nicht hinreichend, trotz Stadtreparaturfonds von 100 Millionen DM Jahr für Jahr. Das hat nicht gereicht. Dieser neue Fonds, das Sondervermögen, soll jetzt die Sanierung bezahlen. Die Sanierung selbst soll zügig geschehen. Das ist verständlich und auch gut, damit die Gebäude nicht verfallen. Herr Teiser, das war nicht ironisch gemeint, sondern es ist sehr nützlich, das zu machen.

(B) Um das zu machen – wir wissen ja, dass die Verkäufe von Eigentum nicht so schnell vorangehen, es sind schon einmal Sportflächen zu dem Zweck verkauft worden, das hat vier, fünf Jahre gedauert und nicht das Geld gebracht, das wir erwartet haben, Schulen und so weiter –, muss das Geld ja irgendwo herkommen. Das zukünftig aus Verkäufen zu erzielende Geld wird also heute per Kredit bereitgestellt, und dieser Kredit läuft über das Sondervermögen. Hier wird über dieses Sondervermögen, das wir heute beschließen sollen, ich sage das einmal ganz nüchtern, ein neuer Schattenhaushalt installiert.

Uns interessiert dabei jetzt, ob das, was wir tun, wirklich wirtschaftlich ist. Es handelt sich um Investitionen. Investitionen könnten wir sowieso über Kredite finanzieren und später refinanzieren, das ist unabhängig von Sondervermögen. Darüber hat uns Herr Senator Perschau ja gestern detailliert belehrt, dass das für die Zukunft auch ein korrekter Weg ist. Wir beschließen hier neue Einrichtungen per Gesetz, heute nicht, aber das soll ja in zwei Wochen passieren. Normalerweise wird für so etwas eine Wirtschaftlichkeitsrechnung nach Paragraph 6 der Landeshaushaltsordnung erwartet. Wo ist die?

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das braucht man nicht bei der großen Mehrheit!)

Es ist ja noch nicht einmal eine Berechnung vorgelegt worden, dass eine Kreditaufnahme über dieses Sondervermögen billiger ist als Kredite, die wir so aufnehmen würden, die Herr Schanz im Finanzressort aufnehmen würde. Ich finde es leichtfertig von uns als Parlament, die Frage auf diese Weise zu erledigen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Präsident, bevor Sie klingeln: Ich erlaube mir jetzt ausnahmsweise, und ich bitte Sie, das auch zuzulassen, dass ich noch zwei Minuten rede, dann habe ich das in einem Beitrag erledigt.

Vizepräsident Ravens: Dann reden Sie vier Minuten länger, auch das genehmigen wir!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Herzlichen Dank! So lange brauche ich aber nicht!

Meine Damen und Herren, das wird hier über ein Sondervermögen geregelt. Das Parlament kennt leider nicht alle Unterlagen, obwohl wir den Senator für Finanzen gebeten haben, uns über den Senat auch die Senatsvorlage zu dem ganzen Papier vorzulegen. Sie können dort nämlich lesen – ich bitte doch die Gewerkschafter und insbesondere Frau Ziegert und Herrn Jägers zuzuhören! –, dass dieses Sondervermögen über die GBI die Gesamtanierung künftig möglichst mit Generalunternehmen durchführen soll.

Haben wir gestern nicht über Tariftreueerklärungen geredet? Sie sind, wenn es über die GBI liefe, so eine Gesellschaft, nicht mehr davon abhängig, meine Damen und Herren. Das bestätigt noch einmal das, was wir gestern gesagt haben, dass wir dringend eine Vergaberegulierung für diesen Bereich brauchen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt haben wir dieses Sondervermögen, und jetzt fragen wir: Wer entscheidet denn nun eigentlich darüber, wo künftig wie saniert wird? Das können wir diesen ganzen Unterlagen nicht entnehmen. Dieses Sondervermögen bekommt einen Sondervermögensausschuss. Ein schöner Name! Dieser Sondervermögensausschuss ist einer Deputation gleich, weil er nach dem Deputationsgesetz gebildet wird. Er untersteht also dem Senat, wird geleitet von dem Finanzsenator, der ist ja zuständig in der Sache, und darf über den Wirtschaftsplan und den Jahresprüfer entscheiden. Er darf darüber entscheiden, wer da prüft. Er muss auch aufpassen, dass nicht das Betriebsergebnis gefährdende Ausgaben gemacht werden. Das war es dann auch praktisch schon. Im Gesetz ist das nämlich abschließend geregelt, und nichts Weiteres. Dieser Sondervermögensausschuss entscheidet also nicht, wo wie saniert wird. Wer sonst?

(C)

(D)

- (A) In der Senatsvorlage stand: Liegenschaftsausschuss. Gibt es hier einen Antrag? Hat die Koalition irgend etwas vorgelegt? Nein!

Das ganze Unternehmen läuft derzeit ohne parlamentarische Kontrolle, meine Damen und Herren. Es genügt auch nicht, dass der Haushalts- und Finanzausschuss das Recht hat, über Ver- und Ankäufe zu entscheiden. Dann ist nämlich schon alles passiert. Dann sind schon Schulen leer geräumt worden. Dann sind schon Gebäude abgemietet worden. Dann ist schon entschieden worden, wo etwas passiert und wo nicht.

Das entscheidet nach den jetzigen Regelungen nur die GBI. Das ist ein betriebswirtschaftliches Unternehmen, das betriebswirtschaftlich arbeiten soll und nach betrieblichen Kategorien entscheidet. Die Schließung von Schulen, der Verkauf von Sportplätzen aber sind Entscheidungen, die Stadtteile interessieren. Da geht es um Stadtentwicklungsfragen, da geht es um soziale Systeme in Stadtteilen. Da ist Politik gefragt und nicht Bürokratie und erst recht nicht nur die Betriebswirtschaft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Darüber gibt es bis heute keine Regelungen.

Meine Damen und Herren, noch einmal an die SPD-Fraktion: Sie fordern verstärkte Beteiligung des Parlaments an der Kontrolle von Gesellschaften und bei Ausgliederungen. Hier, bei einer zentralen politischen Frage, gibt es bis heute, bis zur ersten Lesung, keinen Vorschlag, wie das geschehen soll, sondern nur der Senat macht rechtliche Vorschläge. Das geht so nicht! Ich appelliere an Sie, das dringend zu ändern!

- (B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, meine Redezeit ist abgelaufen. Es ließen sich, vielleicht können wir das später noch machen, noch viele Details zu dieser schönen neuen Welt sagen. Wir sagen hier an dieser Stelle, es ist ein wundersames Geschäft, das hier passiert. Alte sozialdemokratische Verwaltungszentralisierung verbindet sich mit christdemokratischer Privatisierungsideologie, und heraus kommen mehr Bürokratie, mehr Aufwand und bisher auch nicht weniger Kosten.

Meine Damen und Herren, wir haben noch Zeit bis zur zweiten Lesung. Ich würde mir wünschen, wir lassen uns ein bisschen mehr Zeit als zwei Wochen, um die vielen offenen Fragen zu klären und insbesondere dafür zu sorgen, dass das neue Liegenschaftswesen schlanker und effektiver wird, damit wir das Ziel, die Sanierung der Gebäude – Herr Teiser, da sind wir uns völlig einig –, so erreichen, dass es für Bremen nicht teurer wird, sondern günstiger.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Schrörs. Wir waren recht großzügig. Sie haben auch 17 Minuten zur Verfügung.

(C)

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Mützelburg, ich habe irgendwie den Eindruck, dass Sie das Ziel etwas aus den Augen verloren haben. Ich frage mich nach Ihrem Beitrag, wie Sie denn wohl diesen Investitionsstau und die Sanierung der Gebäude, die wir als große Koalition jetzt endlich angehen wollen – nicht „endlich“ als große Koalition, sondern was den Zeitablauf angeht –, organisieren wollen.

Ich denke, dass der Vorwurf, dass der Senat und hier insbesondere der Finanzsenator das Modell nicht entsprechend vorgestellt hätten, läuft ins Leere, denn wenn ich mich recht erinnere, Sie haben es eben selbst gesagt, ist in Ihrer Fraktion dieses Modell ausführlich vorgestellt und offensichtlich auch ausführlich debattiert worden, so dass Sie nicht sagen können, Sie haben keine Informationen gehabt.

Einen zweiten Punkt möchte ich nur korrigieren. Sie haben gesagt, was den Teil der Vermessung der Grundstücke und Gebäude angeht, sei noch nichts erfolgt. Da kann ich Sie auf einen Controllingbericht verweisen, den Sie ja auch immer zu Recht einfordern, nämlich den Quartalsbericht zum Liegenschaftswesen. In diesem Quartalsbericht des Liegenschaftswesens, Herr Mützelburg, steht, „dass die Vermessung der im Liegenschaftscontrolling abgebildeten Gebäudegruppen zügig voranschreitet. Im dritten Quartal sind insgesamt 59 Prozent der Gebäude vermessen.“ Sie wissen, Herr Mützelburg, dass dies am Anfang ein schwieriges Verfahren war, und Sie tun jetzt so, als ob an dieser Stelle nichts gemacht worden ist.

(D)

Viel wichtiger ist, denke ich, hier noch einmal darzustellen, warum eigentlich dieses Sondervermögen und diese Art der Liegenschaftsverwaltung notwendig sind, und zwar so, wie sie hier von uns, von der großen Koalition vorgelegt werden. Das kamerale System, das ist einer der zentralen Punkte, bildet das Liegenschaftsvermögen eben nicht richtig ab, das heißt, Art, Umfang und Wert der Grundstücke und Gebäude sind nicht erkennbar. Das führt auch zu der nicht optimalen Nutzung. Damit wird eben der Umfang der Nutzung und der Flächen nicht erfasst.

Daraus folgt, Herr Mützelburg, dass es keinen Anreiz gibt, mit vorhandenen Flächen wirtschaftlich umzugehen. Dies wollen wir ändern! Eine Bewirtschaftung, die man bei Grundstücken vornehmen kann, wird nämlich eben genau dadurch erschwert, dass es keinen Anreiz gibt, mit diesen Flächen umzugehen. Eine Werterhaltung insbesondere der Gebäude und eine Erhaltung der Nutzungsmöglichkeit werden dadurch erheblich erschwert.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ein weiterer Punkt, der in der Vergangenheit liegt, ist, dass für diesen Bereich auch immer zu wenig Haushaltsmittel zur Verfügung standen. Diese beiden Punkte, nämlich dass es kein Geld für die Sanierung und dass es keine Bewirtschaftung gab, führen eben zu diesem vermuteten und uns ja auch von Gutachtern vorgetragenen Flächenüberhang von zwölf Prozent und einem Sanierungsstau von immerhin zirka 750 Millionen DM.

Wenn man die Gebäude der Stadt Bremen oder des Landes Bremen betrachtet, haben wir einen Wiederbeschaffungswert der Gebäude von etwa 4,6 Milliarden DM, bei einem heutigen Zeitwert von nur 2,3 Milliarden DM. Daran erkennt man, in welchem Zustand sich die Gebäude überwiegend befinden. Hinzuzurechnen sind etwa 2,7 Milliarden DM an Grundstückswert, so dass man insgesamt auf eine Summe von fünf Milliarden DM Verwaltungsvermögen kommt, über das wir uns hier jetzt im Augenblick unterhalten.

Ziel des neuen Liegenschaftsmanagements besteht darin, dass die zur Verfügung stehenden Flächen als wertvolle Ressource anerkannt werden, das heißt, wir müssen erst einmal bewusst machen, auch den Nutzern bewusst machen, dass sie mit einer wertvollen Ressource umgehen. Das Ergebnis dieses Liegenschaftsmanagements soll eine Optimierung, das hat Herr Mützelburg gesagt, der Flächenbedarfe sein. Um diese Optimierung der Flächenbedarfe hinzubekommen, braucht man ein Vermieter-Mieter-Modell, und zwar dergestalt, dass die Nutzer zunächst Pauschalsätze bezahlen und später dann nach Marktbedingungen entsprechende Zahlungen zu leisten haben.

(B)

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Das tun sie doch jetzt auch schon!)

Sie sollen es aber insgesamt tun, und zwar für alle Bereiche und nicht nur, wie es jetzt passiert, in einigen Bereichen.

Ich will vielleicht an drei Punkten noch einmal – Herr Mützelburg hat auch auf den Bericht des Senats hingewiesen – die Wirkung dieses neuen Liegenschaftsmanagements deutlich machen. Einmal die Wirkung für die Bevölkerung Bremens: Wir werden, nachdem dieses Management durchgeführt worden ist – und zwar nicht etwa in 25 Jahren, sondern die Idee ist, dies in sieben Jahren durchzuführen –, die öffentlichen Gebäude flächendeckend in Bremen auf dem neuesten Stand der Technik haben, und zwar nicht nur aufgrund des Zuschnitts, sondern auch aufgrund der Beleuchtung, der Klimatisierung und all dessen, was heute für Gebäude schon als Standard vorgegeben ist. Wir werden in Teilen die Möglichkeit haben, da diese zwölf Prozent veräußert werden sollen, weiter moderne Dienstleistungszentren entstehen zu lassen. Letztendlich wird es auch für die Mitarbeiter, die in die-

sen neuen oder auch in den alten und entsprechend sanierten Gebäuden arbeiten, zu besseren Arbeitsbedingungen führen.

(C)

In einem Punkt, Herr Mützelburg, verstehe ich Ihre Kritik an der Stelle überhaupt nicht, wenn Sie sagen, wir müssen hier jetzt noch einmal versuchen, etwas Neues zu machen, und wir verschieben das noch ein bisschen. Bremen hat ja nicht gerade Not, dass wir hier sozusagen zu viel Arbeit hätten, sondern hier ist eher, wie wir alle wissen, ein Sanierungsland, in dem wir darauf achten sollten, so viele neue Arbeitsplätze wie möglich zu schaffen und auch so viel wie möglich an Aufträgen in diese Stadt zu geben.

Wenn Sie sich die Dimension dieses Programms vorstellen, nämlich ein Sanierungsprogramm der öffentlichen Gebäude, ob es die Kindertagesheime, die Schulen, die Krankenhäuser sind oder was da auch alles sein mag, wird es einen positiven Effekt für die bremische Bauwirtschaft geben. Das heißt, wir werden hier durch Angebote die Möglichkeit haben, eine Reihe von Arbeitsplätze zu schaffen und damit die bremische Wirtschaft weiter nach vorn zu bringen. Ich denke, gerade solch ein Ausfluss eines Liegenschaftsmanagements ist wichtig für die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Welche Wirkungen sind für die Nutzer gegeben? Die Nutzer haben eine Transparenz, etwas, was sie heute überhaupt nicht haben. Wer heute in einem öffentlichen Gebäude Räume angemietet hat, hat keine Transparenz. Er weiß in Teilen nicht, wie hoch insgesamt die Betriebskosten für Liegenschaften sind. Wir wissen nicht, wie viele Flächen der Mieter tatsächlich braucht. Wenn wir diese Transparenz hergestellt haben, die wir durch das Liegenschaftswesen erreichen können, werden wir durch Einsparungen, weil es nämlich Nutzeranreizsysteme geben wird, dazu kommen, dass der Nutzer, nämlich der Mieter, nur noch die Flächen in Anspruch nimmt, die er auch tatsächlich benötigt.

(D)

Das gilt im Übrigen auch für andere Leistungen. Das gilt nicht nur für die Flächen an sich, sprich Quadratmeterzahlen, sondern es gilt natürlich auch für die Reinigungsbereiche, Dienstleistungen, und es gilt auch für die Hausmeisterdienstleistungen, so dass an dieser Stelle nicht etwa dirigistisch vorgegeben wird, wie viel er abzunehmen hat, sondern der Nutzer, also der Mieter, kann selbst entscheiden, wie viel er benötigt, wie viel er an Räumlichkeiten, wie viel er an Dienstleistungen benötigt. Dadurch, davon gehen wir aus, wird jeder etwas sensibler mit den Flächen umgehen und sich fragen, ob er die Flächen, die er heute hat, tatsächlich noch benötigt. Wenn er zu dem Ergebnis kommen würde, dass er die Fläche nicht mehr benötigt, hat er natürlich entsprechende Einsparungen, nämlich sowohl in den Mietzahlungen als auch in den Nebenkosten.

Davon, dass die Gebäudebewirtschaftung zukünftig in einer Hand liegen soll, versprechen wir uns

- (A) Synergieeffekte, nämlich dadurch, dass sich insgesamt niedrige Betriebskosten ergeben. Ich glaube, dass man dadurch die Möglichkeit hat, in diesem Teil des Gebäudemanagements durch die Konzentration mehr Kompetenz an einer Stelle zusammenzufassen, so dass sie auch hier für den Mieter, für den Nutzer einen besseren Partner haben.

Ein dritter Teil ist die Wirkung auf die Beschäftigten. Hier, denke ich, werden wir mit den Mitarbeitern zukünftig genauso wie in allen anderen Fällen umgehen. Es wird an dieser Stelle keine betriebsbedingten Kündigungen geben, und es wird genauso verfahren wie in allen anderen Bereichen, in denen entweder Eigenbetriebe oder Privatisierungen organisiert worden sind. Es wird kein Mitarbeiter schlechter bezahlt als vorher. Jeder wird seine Rechte in dem gleichen Maße behalten wie vorher auch.

Ich denke, dass es an dieser Stelle auch endlich einmal ein Ende mit der Mär haben sollte, dass Mitarbeiter unter den Veränderungen, die diese große Koalition in den letzten Jahren vollzogen hat, gelitten haben. Im Gegenteil: Ich gehe davon aus, dass durch viele Arten der Eigenbetriebe und auch die Privatisierung die Mitarbeiter profitiert und nicht Nachteile erlitten haben.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Ein Letztes, Herr Mützelburg, noch einmal zu der Frage der parlamentarischen Kontrolle! Unser gemeinsames wird ja zu einem Lieblingsthema. Wir denken, dass wir durch eine Konstruktion selbstverständlich dafür sorgen werden, dass das Parlament in dieser Frage nicht ausgegrenzt wird. Wir wären auch als Parlamentarier schlecht beraten, wenn wir uns fünf Milliarden DM sozusagen ohne jegliche Kontrolle aus der Verantwortung nehmen lassen würden. Ich denke, damit werden weder die Grünen noch die Sozialdemokraten, noch die Christdemokraten einverstanden sein.

Wir werden eine Organisationsform finden, die es erlaubt, selbst auf der fachlichen Ebene selbstverständlich die entsprechenden Entscheidungen zu treffen, und nicht an den Parlamentariern vorbei. Wie dieser Ausschuss heißen wird, wie man diesen Ausschuss konstruiert, dazu werden wir einen Vorschlag machen. Selbstverständlich wird dieses gesamte Konstrukt nicht in Kraft treten, ohne dass es einen solchen Vorschlag geben wird.

Ich denke, man muss auch an diesem Teil, was die Kontrolle angeht, auf verschiedenen Ebenen arbeiten. Man muss sagen, es muss eine Kontrolle unmittelbar in den jeweiligen Fachdeputationen stattfinden, es muss aber auch eine Kontrolle stattfinden, die sozusagen am Schluss den ganzen Rahmen zusammenhält. Wie wir das organisieren werden, denke ich, werden wir Ihnen frühzeitig vorlegen, so dass wir darüber noch einmal debattieren können.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass dieser Vorschlag, ein neues Liegenschaftsmanagement für die Freie Hansestadt Bremen einzuführen, ein wegweisender Vorschlag ist und uns mit Sicherheit dazu kommen lassen wird, dass wir endlich einmal einen Überblick darüber bekommen, welches Vermögen wir eigentlich in dieser Stadt haben, und dass wir bei den Nutzern ein Bewusstsein schaffen, dass sie nicht heute das Vermögen in dieser Größenordnung weiter behalten müssen, sondern dass sie darüber nachdenken können, auch an dieser Stelle zu sparen, nämlich, wie die Gutachter gesagt haben, etwa zwölf Prozent des gesamten Bereichs.

Ich denke, es ist notwendig, dies jedem klarzumachen, und vor allem ist dabei klarzumachen, dass die Erfolge, die damit erzielt sind, ihnen selbst sozusagen auch wieder zugute kommen, so dass sie Freiräume dafür haben – wo heute vielleicht noch die Mitarbeiter auf 25 Quadratmetern sitzen und sie später dann auf 16 oder 17 Quadratmetern sitzen –, dass diese Differenz dem Ressort und denjenigen wieder zugute kommt und sie damit auch entsprechend arbeiten können.

Ich denke, dass wir Ihnen zu den noch offenen Fragen, Herr Mützelburg, die noch da sind – und das ist für mich lediglich die Frage der Organisation des Parlaments, sprich, ob es jetzt ein Eigenbetriebsausschuss wird oder ein Liegenschaftsausschuss oder ob es im Haushalts- und Finanzausschuss bleibt oder im Vermögensausschuss oder wie auch immer –, bis zum Ende der zweiten Lesung hier einen entsprechenden Vorschlag vorstellen werden. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine beiden Vorredner haben hier ja zur Problemlage und zu den auch wirklich drängenden Notwendigkeiten, Lösungen zu finden, glaube ich, Hinreichendes gesagt, und beide gemeinsam haben deutlich gemacht, dass es so im Bereich der Liegenschaftsbewirtschaftung nicht weitergehen kann, wie es bisher gelaufen ist.

Zum Zweiten ist, glaube ich, schon in beiden Reden dargestellt worden, nach welchen Mechanismen das neue Modell laufen soll. Ich kann mir also ersparen, darauf auch noch einmal einzugehen, und will zu zwei, drei praktischen Problemen kommen, die wir lösen müssen. Ich bin überzeugt, es war zwar natürlich eine wichtige Arbeit, sich so ein neues System zu überlegen und auszuarbeiten und auch die Gesellschaften zu gründen, aber die wahre Arbeit, die wirklichen Probleme in der Realisierung, die werden natürlich folgen, wenn das Ganze in Gang gekommen ist.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Aber zwei grundsätzliche Punkte doch noch! Der erste bezieht sich auf den Aspekt von Herrn Mützelburg, der sagte, wir hätten uns hier plötzlich etwas Zentralistisches überlegt, wir bildeten eine Einheit, und die soll es nun richten. Das war das Einzige, was ich herausziehen kann. Herr Schrörs hat ansonsten völlig Recht, der richtige Vorschlag fehlt mir auch, vielleicht hilft uns da gleich noch einmal eine zweite Rede weiter, aber es war so ein bisschen ein Akzent, dass es etwas Dezentrales sein muss. Nur bin ich ziemlich überzeugt, dass wir in diesem Bereich mit einem solchen Vorgehen nicht sehr weit kämen, sondern damit eher bei dem sind, wie es teilweise jetzt läuft.

Zurück zu so einer Situation, dass wir die ganze Frage der Baubetreuung in den Ressorts lassen, kann es ja wohl kaum sein. Es kann kaum sein, dass wir nachher die Bauabteilung im Bildungsressort, aber auch in anderen Ressorts anreichern und sie wieder mit den alten Aufgaben belegen. Das, finde ich, ist nicht die richtige Antwort. Es führt vor allem dazu, dass man doch insgesamt, im gesamten System, erhebliche Effizienzverluste hätte, die im Übrigen auch da sind, wenn man den Schulen größere Autonomie überlässt und den Schulleitern, die eigentlich wahrlich andere Kernaufgaben hätten, als sich dann darum zu kümmern, wie ihre Immobilie herzustellen ist. Ihre Ausführungen erinnern mich ein bisschen an die Debatte um den Schulbus, meine Kollegin Wiedemeyer lächelt schon freundlich, das ist, glaube ich, eine alte Debatte. Die sollte man hier nicht wieder aufwärmen.

(B) Ich habe also nicht verstanden, worauf das hinausläuft, sondern ich denke, Herr Mützelburg, dass der Ansatz, der hier gewählt ist, der richtige ist, der richtige Versuch, der dann noch ein paar Schwierigkeiten im Detail haben wird. Dazu aber gleich!

Einen zweiten Punkt hat Herr Schörs doch richtig angesprochen. Das System ist ein Problem, das wir bisher haben. Ein anderes ist aber schlicht, dass wir in den vergangenen Jahren auch zu wenig Haushaltsmittel zur Verfügung hatten, um die notwendigen Sanierungsaufgaben anzugehen. So wahr ist das ganze Thema ja, und natürlich wird über die Bildung des Sondervermögens auch ein Weg gefunden, um zusätzlich Mittel zu mobilisieren. Ich finde das richtig. Herr Mützelburg wählt gleich das Wort vom Schattenhaushalt, und das, glaube ich, führt nicht weiter, sondern wir müssen doch am Ende schauen, dass sich da wirklich etwas bewegt.

Ich will auch an der Stelle darauf verweisen, weil es noch nicht gemacht worden ist, dass der erste Schritt doch getan worden ist. Neun Schulen sind sozusagen in einem Vorlauf in die Sanierung gebracht worden. Ich finde es richtig und gut, dass wir das gemacht haben. 64 Millionen DM sind nicht wenig, das war die Summe dafür. Das zeigt aber, wie hoch der Bedarf ist, und erforderlich ist das mit Sicherheit für diese einzelnen Schulen, die sich alle in

der Stadtgemeinde Bremen bewegen. Das ist doch schon ein richtig konkretes Ergebnis dieser Neuaufstellung, und das ist auch gut so.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Zu den Punkten will ich als Erstes sagen, dass wir natürlich mit dieser Frage der Zentralisierung und des Aufbaus auf der einen Seite den Eigentümer und den Eigentümerversorger und auf der anderen Seite die verschiedenen Nutzer haben werden, die mit ihren Ansprüchen kommen und ihre Ansprüche auch realisiert haben wollen. Dass es im Alltag zu einer ganzen Reihe von Auseinandersetzungen gerade um Prioritäten kommen wird, zu Auseinandersetzungen darum, was denn nun wirklich getan werden muss und was nicht, ist klar. Ich denke, an der Stelle will es darauf ankommen, dass man das auch vernünftig in Abwägung bringt.

Ich finde, das ist immer noch in allen Vordebatten ein am Ende ein bisschen ungelöstes Problem, dass die GBI dem Finanzsenator zugeordnet ist und die GBI natürlich ein Interesse daran haben muss, wenn sie mit den Nutzern verhandelt, auch ihr eigenes Geld zu schonen. Das ist völlig klar. Wenn die GBI zu Entscheidungen kommt, zum Beispiel Immobilien zu veräußern, und es zu Einsparungen bei den Nutzern selbst kommt, ist am Ende doch die Frage, wer das Geld bekommt.

Da der Finanzsenator natürlich am Ende auch den Gesamthaushalt aufstellt und sozusagen bei der Eckwertfestlegung eine große Rolle spielt, sehe ich da einiges an Reibungsverlusten oder auch einiges an Spannungsverhältnissen, die immer wieder kommen, weil, wenn die Anstrengungen der Leute, ich greife jetzt einmal in den Bereich Inneres, effektiver zu bewirtschaften, dazu führen, dass sie am Ende, weil sie an die GBI weniger abführen müssen und abführen können, mehr in der Kasse haben. Dann darf es nicht dazu kommen, dass bei den nächsten Haushaltsberatungen oder bei der Eckwertaufstellung da eine Strafe erfolgt, sondern darauf werden wir achten müssen, dass dies alles seine Ordnung behält.

(D)

Ein Punkt, der viele mit Sorge erfüllt, das finde ich richtig, das hat Herr Mützelburg angesprochen, ist die Kostenentwicklung, die sich natürlich auch bei jedem Umbauprozess ergibt, aber natürlich auch mit dem Aufbau neuer Gesellschaften. Wir haben da ja schon so manchen kritischen Blick auf den ganzen Bereich der Bremer Investitionsgesellschaften und ihrer Töchter geworfen. Was wir da teilweise, ich glaube, gemeinsam in diesem Parlament, aber wir als Sozialdemokraten auch sehr bemängeln, darf uns natürlich hier nicht passieren, das will ich deutlich sagen.

Wir müssen darauf achten, dass die GBI und die ganzen anderen Gesellschaften sich nicht übermäßig entwickeln, denn es muss auch ein schlanker, ein effektiver Apparat werden. Was wir nicht wol-

(A) len, sind neue Wasserköpfe oder neue großartige Apparate, aber das wird ja eine Aufgabe sein, auf die wir als Parlamentarier auch gerade werden achten müssen. Deshalb komme ich nachher noch einmal auf das Thema der parlamentarischen Kontrolle beziehungsweise der Steuerung.

Vorher aber ein Aspekt, der das Thema der Vergabe anspricht! Herr Schrörs hat, finde ich, sehr richtig gesagt, dass das Ganze, wenn es richtig in Gang kommt, positive Effekte für die bremische Bauwirtschaft haben kann. Ob das dann positive Effekte nur für die bremische Bauwirtschaft hat, will ich nicht sagen, denn wenn man das richtig ausschreibt, sollen ja auch alle, und das wollen wir ja auch, die sich ordentlich am Markt bewegen, eine Chance haben, aber auf alle Fälle wird es da natürlich Effekte haben können und müssen.

(Abg. Dr. Schrörs [CDU]: Möglichst viele Bremer!)

Möglichst viele Bremer, da sind wir politisch völlig einer Meinung!

Weil ich aber auf einen Punkt zusteueere, wo wir das manchmal ein bisschen angestrengt diskutieren, habe ich das extra vorweg erwähnt. Es kommt natürlich darauf an, diesen Bereich des Vergabewesens so zu organisieren, dass es nicht am Ende, Herr Mützelburg erwähnte so etwas, nur Generalunternehmeraufträge gibt, aber das wäre für mich gar nicht der zentrale Punkt. Es darf nicht dazu kommen, und ich erinnere da an die gestrige Debatte, die wir hier hatten, zur Frage von Vergabegesetzen, Tariftreue und Ähnlichem, dass hier Regularien, die wir allgemein wollen, unterlaufen werden.

(B) Aber, und das ist für mich eigentlich der weitergehende Punkt, es ist auch vernünftig, dass wir im Bereich der Vergabe mit all ihren rechtlichen, aber auch ökonomischen Fußangeln und Schwierigkeiten eine richtige Kompetenz herausbilden. Wir haben dies gerade in der vergangenen Woche im Bereich des alten Bremer Baubetriebs diskutiert, der ja auch im Rahmen dieser Neuorientierung umgebaut werden soll. Dort gibt es den Vorschlag, und das habe ich so verstanden, dass da aus meiner Sicht zumindest auch alles auf dem richtigen Weg ist, dass die Vergaben über eine eigene Einheit, über eine wirklich kompetente Stelle abgewickelt werden sollen und die GBI da auch so schlau ist, nicht noch zusätzlich zum zweiten oder dritten Mal eine eigene Kompetenz aufzubauen, was wieder neues Personal bedeutet, sondern dass man da vernünftige Kontrakte macht und dieses Thema so erledigt und organisiert. Das würde in der Konsequenz dann übrigens auch heißen, dass die parlamentarische Beteiligung an diesen Vergaben über den Vergabeausschuss, wie wir es jetzt im Bereich des Baus und der Baudeputation haben, weiter Bestand haben könnte.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsident Ravens: Herr Abgeordneter Dr. Sieling, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen? (C)

Abg. Dr. Sieling (SPD): Ja, bitte!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Mützelburg!

Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Kollege Dr. Sieling, ich stimme ja voll mit Ihnen überein! Ich verstehe nur nicht, warum Sie gestern, als ich diesen Vorschlag gemacht habe und der Senatorin Wischer ausdrücklich empfohlen habe, so zu verfahren, und wir einen Antrag gestellt haben, das abgelehnt haben!

Abg. Dr. Sieling (SPD): Herr Mützelburg, das ist in der gestrigen Debatte vom Kollegen Jägers und auch vom Kollegen Focke, glaube ich, Ihnen hier ganz deutlich und klar dargelegt worden. Gestern ging es, um es allgemein verständlich zu machen, um das Vergabegesetz.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, es ging um einen Ausschuss!)

Aber es ging in der Debatte, darauf beziehen Sie sich doch, um das Vergabegesetz! Da haben wir die feste Verabredung, dass wir schauen, wie die bundesgesetzliche Regelung sein wird, und dann werden wir darüber reden müssen, wie wir es in Bremen umsetzen. So, wie ich den Referentenentwurf des Bundes gelesen habe, sieht er vor, dass auch Gesellschaften, die unter Paragraph 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung fallen, dass sie überwiegend von der öffentlichen Hand beherrscht werden, also Aufgaben der öffentlichen Hand wahrnehmen, auch darunter fallen sollen. (D)

Herr Kollege Mützelburg scheint mit der Antwort zufrieden zu sein. Mich interessiert jetzt auch nicht, ob Sie zufrieden sind oder nicht. Der Punkt ist: Wir sind uns einig in der Koalition, wollen so vorgehen und werden das Ganze zu einem vernünftigen Ergebnis bringen, da bin ich ganz optimistisch. Für Sozialdemokraten ist diese Vergabefrage jedenfalls wichtig. Wir wollen, das wissen Sie auch, dass Ordnung auf dem Arbeitsmarkt herrscht, und wir wollen nicht, dass die öffentliche Hand zur Unordnung beiträgt. So kann es natürlich nicht laufen.

Mein letzter Punkt ist, und ich will damit auch zum Schluss kommen, dass wir das Thema der parlamentarischen Steuerung und Kontrolle noch angehen müssen. Herr Schrörs hat ja darauf hingewiesen. Wir sind in der ersten Lesung, und der Paragraph 6 in dem einen Gesetz und der Paragraph 7 in dem anderen Entwurf, mit dem wir uns jetzt befassen werden, sprechen diesen Sondervermögensausschuss an, der erst einmal als Vorschlag enthalten ist. Dr.

(A) Schrörs hat auch schon deutlich gemacht, dass das noch nicht unbedingt das letzte Wort ist.

Das kann ich nur unterstreichen. So, wie es im Hinblick auf die Kompetenzen dargestellt ist, kann das noch nicht das letzte Wort sein, denn wenn man das mit den Zuständigkeiten des Eigenbetriebsausschusses vergleicht, der hier auch vorgesehen ist, wird man erkennen, dass der Eigenbetriebsausschuss danach sogar noch zwei Aufgaben mehr hätte. Ansonsten besteht dort nach dem Gesetzentwurf eine Aufgabenidentität. Das kann es natürlich nicht sein, was wir uns unter einem vernünftigen Liegenschaftsausschuss, so würde ich das Thema eher überschreiben, vorstellen.

Ein solcher Liegenschaftsausschuss hat in der Tat die Aufgabe, dort auch den Punkt der politischen Prioritäten einzubringen und ihnen Ausdruck zu verleihen, denn das zentrale Ziel ist doch in der Tat, dass wir den Sanierungsstau abbauen. Es stellt sich aber zum Beispiel nur die Frage, wo man anfängt, was man zuerst macht, was man in welchem Umfang macht und wie man eigentlich mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen umgeht. Das ist etwas, das nicht allein zwischen dem Nutzerressort und der GBI ausgehandelt werden kann, sondern da müssen wir auch als Parlament eine Rolle spielen. Von daher fände ich es klug, dass wir einen solchen Liegenschaftsausschuss mit erweiterten Aufgaben machen. Dafür wollen wir uns in jedem Fall einsetzen.

(B)

Ich persönlich hätte auch große Neigung, daraus einen richtigen parlamentarischen Ausschuss und nichts nach Deputationsgesetz zu machen, etwas richtig Handlungsfähiges, keinen riesigen Ausschuss, sondern etwas, mit dem wir das vernünftig steuern können. Natürlich sollte dies dann auch die Aufgaben dieses Sondervermögensausschusses mit umfassen. Also ein wirksames Instrument der parlamentarischen Steuerung dieses neu aufgestellten Liegenschaftswesens! In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung bei der ersten Lesung. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort Herr Staatsrat Dr. Dannemann.

Staatsrat Dr. Dannemann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich Herrn Bürgermeister Perschau entschuldigen. Er ist heute in Brüssel und versucht mit einigen Beamten, EU-Mittel für den Bereich E-Government einzuwerben, und deswegen müssen Sie jetzt mit mir vorlieb nehmen.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]:
Gern!)

Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung! Wir haben heute ein Liegenschaftswesen in Bremen, das bis-

her wenig strukturiert ist, man könnte fast sagen, atomisiert ist ohne Kenntnis der Kosten, nicht einmal der Ausgaben, und ohne Kenntnis des Vermögens.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie gut, dass Sie seit gestern regieren!)

Frau Linnert, dies haben wir auch schon in der Ampel gehabt.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie treiben ja sechs Jahre lang als große Koalition Ihr Unwesen!)

Frau Linnert, ich habe die Ampel und die große Koalition mitgemacht. Da kann ich nur sagen, Ampelgehampel!

(Beifall bei der CDU)

Für die Zukunft streben wir ein transparentes Liegenschaftssystem an, in dem Kosten und Erträge transparent sind. Dieses Liegenschaftssystem soll anreizorientiert sein.

Ich möchte einige Kernpunkte nennen. Die Liegenschaftsorganisation soll in der Zukunft so sein, wie wir es eigentlich alle aus der privaten Wirtschaft und dem privaten Bereich kennen. Der Mieter zahlt eine Miete, dafür bekommt er ein funktionsgerechtes Gebäude, sonst würde er die Miete zurückhalten. Wir wollen zunächst eine Pauschalmiete nehmen und später dann auf die Marktmiete umsteigen. Dies wird Zeit brauchen. Der Mieter zahlt die Nebenkostenpauschale für Reinigung, Unterhaltung und sonstige Dinge, auch dies ist in einem normalen Mietverhältnis gang und gäbe.

Der zweite Punkt ist, dass wir den Sanierungsstau abbauen wollen. Wir haben nur sehr grob ermittelt, dass für unsere verwaltungsgenutzten und bürgergenutzten Liegenschaften ein Sanierungsstau in der Größenordnung von 750 Millionen DM besteht. Das ist trotz des Stadtreparaturfonds von jährlich 100 Millionen DM, den wir schon sehr lange betreiben, immer noch der Fall, und wir brauchen einen Abbau dieses Sanierungsstaus. Würde man das nämlich nicht machen, würde aus betriebswirtschaftlicher Sicht eine spätere Sanierung der Gebäude, eine Verschleppung, bis zu 30 Prozent insgesamt mehr kosten. Deswegen ist es angesagt, dass man es rechtzeitig macht. Wir werden bei dem Abbau des Sanierungsstaus zunächst die bürgergenutzten Gebäude, das heißt die Schulen, Kindergärten und sonstigen bürgergenutzten Gebäude, berücksichtigen. Die Verwaltung muss zunächst etwas zurücktreten.

Der dritte Punkt ist die Flächenreduzierung. Wir wollen mittelfristig um zwölf Prozent reduzieren. Dies ist eine gegriffene Zahl, eine Vorgabe, die aber

(C)

(D)

(A) realistisch erscheint. Wir haben heute ein System, in dem bei einer schrumpfenden Verwaltung, wenn Gebäude weniger intensiv genutzt werden, aus Doppelzimmern Einzelzimmer werden, weil Gebäude nichts kosten und man mit dem, was nichts kostet, auch nicht sorgsam umgeht. Deswegen muss dieses Liegenschaftssystem mit Kosten belegt werden, eben mit der Miete.

Wir bieten den Ressorts an, dass sie die Mieten, die sie einsparen, dauerhaft selbst nutzen können. Das ist eine hundertprozentige Rückgabe an die Ressorts. Wer Räumlichkeiten einspart, hat in seinem Etat etwas davon. Wie man längerfristig damit umgeht, ob das dann bei den Ressorts bei der Haushaltsaufstellung berücksichtigt wird, ist dann im Übrigen letztlich Sache des Senats und der Bürgerschaft.

Ich kann nur raten, dass man solche Anstrengungen auch honoriert. Wir werden dann auch eine bessere Nutzung des nicht mehr betriebsnotwendigen Grundvermögens in der Stadt bekommen. Dies dient auch der Vermarktung solcher Flächen für Wohnbau-, Gewerbe- oder andere Gemeinbedarfszwecke. Dies dient auch dem Ziel, die Voraussetzungen für zusätzliche Einwohner beziehungsweise Arbeitsplätze in Bremen stärker zu forcieren.

(B) Der vierte Punkt: Mittelfristig streben wir ein vernünftiges so genanntes Portfolio-Managementsystem an, in der Privatwirtschaft ist das nämlich gang und gäbe. Im Aufsichtsrat der Gewoba haben wir ein solches System vorgestellt bekommen. Dies ist einhellig auf Anerkennung gestoßen und könnte sich mittelfristig auch ganz prima für unseren staatlichen Bereich eignen, natürlich in entsprechender Anpassung. Das ist das mittelfristige Ziel.

Zur Frage, wer entscheidet, möchte ich nur vorweg sagen: Für das Jahr 2002 haben wir bereits für die Sanierung von neun Schulen einen Beschluss über 64 Millionen DM gefasst, und zwar der Senat, die Deputation und der Haushalts- und Finanzausschuss. Das Verfahren, wie es in Zukunft läuft, könnte sich an dem Verfahren, wie über den Stadtrepaturfonds entschieden worden ist, orientieren. Natürlich geht es nur mit Beteiligung der Deputationen, des Senats und dann eben eines Betriebsausschusses oder des Haushalts- und Finanzausschusses. Diese Lösung werden wir noch gemeinsam finden müssen.

Wir werden natürlich auch jemanden haben müssen, der über den Wirtschaftsplan des Sondervermögens entscheidet. Das ist der Betriebsausschuss, und er organisiert sich nach dem Deputationsgesetz und nach dem Eigenbetriebsgesetz. Hier sind die Regelungen vorhanden. Man muss sie nur auf diesen konkreten Fall, wie Sie es wünschen, zuschneiden.

Lassen Sie mich noch eine Anmerkung zu den Kosten machen! Hier wird gesagt, dass die Kosten

für dieses neue System höher sind als die bisherigen Kosten. Wer kann dies belegen? Wer weiß denn, wie die Kosten des Liegenschaftssystems heute sind? Wir haben einmal versucht herauszufinden, wie viele Mitarbeiter sich bei der Bildungsbehörde zum Beispiel mit der Steuerung der Liegenschaften befassen, also im Bereich Vergabe von Reinigungsaufträgen, Bauunterhaltung, Beschaffung und so weiter. Das sind Mitarbeiter, die das zum Teil zeitanteilig, zehn Prozent oder 20 Prozent, machen. Wenn man das erhebt, dann ist das natürlich relativ wenig, weil es droht, dass die Ressourcen irgendwie abgeschöpft werden.

Wir haben hier keine klaren Strukturen und keine klare Abgrenzung. Das heißt, wir wissen in Zukunft, wie viel das Liegenschaftssystem kosten wird. Wir können es aber an den Kosten, die wir bisher haben, nur ganz schlecht messen, weil wir die leider nicht kennen. Unser Problem ist, das zu belegen.

Eines kann man sagen, in der neuen Liegenschaftsorganisation werden wir durch Umsetzung der Mitarbeiter zunächst nicht mehr Personal haben. Wir werden aber neue Qualifikationen dabei haben, zum Beispiel bei der Flächenoptimierung. Längerfristig ist in den Businessplänen der Gesellschaften vorgesehen, dass das Personal reduziert wird. Das heißt, wir werden gegenüber dem heutigen Stand massive Einsparungen auch beim Overhead haben, davon abgesehen auch in den übrigen Bereichen des gesamten Liegenschaftswesens.

Das Problem dabei ist, dass wir unsere Mitarbeiter mitnehmen, sie in diese neue Welt einführen müssen und sie mitmachen müssen. Das heißt, es werden hier Fehler passieren. Diese Fehler müssen wir gemeinsam tolerieren, wir müssen Reibungsverluste hinnehmen. Ich kann Sie nur bitten, geben Sie dieser neuen Struktur eine Chance! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur kurz noch einige Punkte ergänzen, ansonsten ist Herr Sieling für unsere Fraktion schon auf den Bereich eingegangen.

Herr Mützelburg, ich glaube, dies ist auch ein Feld, in dem Sie versuchen, von hier vorn eine Stimmung zu erzeugen, die einfach ungerechtfertigt ist. Es geht nicht darum, dass wir hier aus Lust und Tollerei zusätzliche Gesellschaften gründen. Wir werden hier konsequent das umsetzen, was wir im Liegenschaftsbereich bereits vor einigen Jahren begonnen haben.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Mit dem Sondervermögen werden wir auch keine Gesellschaft gründen, die irgendeinen Wasserkopf bekommt. Sondervermögen ist ein rechtliches Konstrukt, und es gibt schon mehrere Sondervermögen.

Herr Dannemann, es ist natürlich nicht so, dass wir formal einen Eigenbetriebsausschuss für ein Sondervermögen benötigen, um einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Ich erinnere nur an das Sondervermögen Bremer Kapitaldienstfonds, da gibt es keinen eigenen Ausschuss, das wird im Haushalts- und Finanzausschuss beziehungsweise im Rahmen der Haushaltsaufstellung gemacht, und wir haben auch das Sondervermögen Überseestadt. Da gibt es auch keinen Eigenbetriebsausschuss, sondern da haben wir als Parlamentarier im Rahmen der Beschlüsse den Wirtschaftsplan aufgestellt, und eine Begleitung dieses Sondervermögens erfolgt dort zum Beispiel in Form eines Beirats, in dem auch gesellschaftlich beteiligte Gruppen vertreten sind. Wir als Parlamentarier sind also in der Diskussion darüber, wie wir mit diesen Sondervermögen umgehen und die parlamentarische Kontrolle sicherstellen wollen, ganz offen.

Es ist aber sicher, dass wir natürlich den berechtigten Interessen der Fachdeputationen nachkommen müssen, weil Fragen um Gebäude auch in sensiblen Bereichen immer natürlich auch politische Entscheidungen sind. Wir als Parlament sind natürlich auch verpflichtet, finde ich, zu sehen, dass wir möglichst schlanke Verfahren für die Abwicklung bekommen.

(B) Mit diesem Liegenschaftswesen ist alles noch nicht ganz so, wie wir uns das vorstellen. Ein Grundproblem gibt es leider immer noch: Wenn wir die Flächen optimal verwalten und managen wollen, dann müssen wir auch wissen, um welche Flächen es sich eigentlich handelt. Die Verwaltungen oder unsere Gesellschaften sind immer noch dabei, die Flächen aufzumessen, um die es geht. Ein Ende ist leider immer noch nicht in Sicht.

Wir werden auch im Haushalts- und Finanzausschuss weiter darauf drängen, dass dieses Verfahren forciert wird. Ich glaube, es ist unerträglich, bis zum Ende des Jahres 2003 zu warten. Wir müssen notfalls auch bereit sein, Mittel zur Verfügung zu stellen, um das zu forcieren. Das ist doch die Grundvoraussetzung dafür, dass wir auch Verträge mit den einzelnen Nutzern abschließen können.

Eines ist bei diesem Konstrukt, das jetzt gegründet wird, auch noch ganz wichtig. Es gibt in dieser Stadt ganz viele Ängste, und ich glaube, diese Ängste muss man wahrnehmen. Ich kann aber nur alle Politiker davor warnen, diese Ängste auch noch zu schüren. Das, was Ihnen hier als Gesetzentwurf vorliegt, ist nichts, das in irgendeiner Weise rechtfertigen würde, dass die zukünftigen Mieter veranlassen würde, gegenüber Dritten mit einem Mal höhere Entgelte für was auch immer zu verlangen.

Zum Beispiel bekommen Schulen, und es gibt die Diskussion um Schulsporthallen, natürlich das Geld, das sie als ausgerechnete Miete zahlen, zur Verfügung gestellt. Diese Miete geht dann für das Gebäude wieder an die GBI. Dann setzt dieser Prozess ein, dass man dieses Gebäude bewirtschaftet und alle Einrichtungen natürlich darüber nachdenken, welche Flächen sie benötigen und welche nicht.

Herr Dannemann hat eben darauf hingewiesen, als Anreizsystem sollen dann frei werdende Ressourcen auch weiterhin den Ressorts zur Verfügung gestellt werden. Ich finde es auch richtig, und es muss, glaube ich, auch langfristig so sein, dass die Ressourcen da bleiben. Diese Ressourcen können dann einen Baustein auf dem Weg hin zu einem verfassungskonformen Haushalt 2005 bilden.

Wir wissen alle um die Einsparnotwendigkeiten konsumtiver Ausgaben. Ich glaube, dass die Bewirtschaftung von Gebäuden einen ganz erheblichen Anteil daran haben kann. Wenn es uns hier gelingt, wirtschaftlicher und effizienter mit unseren Ressourcen umzugehen, kann das schon ein Beitrag zur Überwindung unseres konsumtiven Defizits sein. Das würde auf alle Fälle dann dafür sprechen, das auch entsprechend einzubringen. Diese Möglichkeiten müssen die Ressorts einfach haben.

Ich glaube, es ist falsch, an dieser Stelle Ängste zu schüren. Wir gehen den Schritt weiter in die richtige Richtung, was das Liegenschaftswesen angeht. Wir können allerdings die Augen auch nicht davor verschließen, dass es Probleme gibt. Das Hochbauamt ist angesprochen worden. Wir haben heute noch den BBB, zu dem wir neulich die Betriebsausschusssitzung gehabt haben. Es kann natürlich nicht den Beschäftigten angelastet werden, wenn wir Eigenbetriebe haben und als Haushaltsgesetzgeber nicht dafür sorgen, dass unsere Eigenbetriebe entsprechend ausgestattet werden. Da sind wir auch selbst in der besonderen Pflicht. Ich glaube, wir müssen da auch genau schauen, was wir machen.

Ich kann bei der Frage des Aufblähens von Gesellschaften, der Wasserköpfe und was noch so herumgeistert, nur auf Folgendes verweisen: Wir haben gestern die Berichte des Rechnungshofs diskutiert. In diesem Ergänzungsbericht gibt es auch eine ausführliche Darstellung darüber, wie sich in den letzten Jahren das Personal entwickelt hat, und zwar nicht nur das Personal in den Kernbereichen, sondern auch in den ausgegliederten Bereichen. Beide Zahlen sind rückläufig.

Die Zahl in den ausgegliederten Bereichen ist weniger rückläufig, auch das muss nicht besonders verwundern, weil wir die Gesellschaften ja schon unter dem Gesichtspunkt gegründet haben, dass wir bestimmte Vorgänge wirtschaftlicher erbringen wollen und somit auch bewusster über den Personaleinsatz bei der Gründung dieser Gesellschaften nachgedacht haben. Es gibt natürlich Ausnahmen. Wenn

(C)

(D)

(A) Leute erst einmal vorhanden sind wie in diesem ehemaligen Hochbaubetrieb, hat man natürlich einen relativ hohen Personalbestand. Der Vorwurf aber, dass die Gesellschaften insgesamt dazu führen, dass wir hier etwas aufblähen, ist schlichtweg falsch.

Ganz wichtig ist, dass wir fragen, was es dem Nutzer bringt. Ich glaube, es bringt ihm eine ganze Menge. Wenn wir nachfragen, wie denn die Zufriedenheit im Bereich der Schulen gewesen ist, als wir das klassische Hochbauamt hatten, kann ich sagen, die Zufriedenheit war da bestimmt nicht größer als heute. Wir setzen große Hoffnungen darauf, dass das Konstrukt, das wir jetzt wählen, uns nicht nur eine Transparenz ermöglicht zu schauen, wo welche Kosten verursacht werden, sondern wir über dieses Sondervermögen in die Lage versetzt werden, den Sanierungsstau endgültig und nachhaltig zu beseitigen. Das kommt dann uns allen und allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung zugute.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

(B) Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Wiedemeyer, als Erstes muss man der Redlichkeit halber natürlich sagen, dass die Zinsen auf die Kredite, die Sie jetzt auf das neue Sondervermögen aufnehmen wollen, ein Kredit in der Größenordnung von 750 Millionen DM, natürlich das konsumtive Defizit erhöhen. Sie haben ja keine Wirtschaftlichkeitsüberprüfung vorgelegt, wie sich das jetzt eigentlich rechnet. Das hätten Sie eigentlich nach dem Haushaltsgesetz machen müssen. Sie können dann nun nicht auch noch behaupten, das konsumtive Defizit zu erhöhen. Die Wirtschaftlichkeit des Sondervermögens hat der Senat an keiner Stelle bisher nachgewiesen.

Ich möchte eingangs gern aus der Senatsdrucksache zitieren. Mein Kollege Mützelburg hat schon darauf hingewiesen, dass wir gefordert haben, das neue Liegenschaftsmanagement der Freien Hansestadt Bremen zu bekommen und dass es dem Parlament vorgelegt wird, weil man daraus ein bisschen genauer ersehen kann und nicht so viel spekulieren muss, was da eigentlich inhaltlich geplant ist.

Wenn man das liest, ist man an bestimmten Punkten schlauer, an vielen aber auch nicht. Deshalb glaube ich, dass Sie hier zum Teil auch sehr leichtfertig argumentieren, weil die ganze Sache einfach gar nicht zu Ende gedacht ist und Sie sich Effekte davon versprechen, die man sich sehr wohl wünschen kann, das ist mit den Grünen auch gar nicht strittig, bei der aber kein Begründungszusammenhang besteht zwischen dem, was Sie hier planen und vorhaben, und dem, was in der Praxis dann letztendlich ankommen wird. Wir bleiben auch dabei,

(C) es handelt sich bei der ganzen Sache um eine Kopfgeburt, so wie es das vorherige Liegenschaftswesen auch schon gewesen ist.

Ich zitiere jetzt aus der Senatsdrucksache, Seite zwei: „Die Gründung der Gesellschaften“, also im Liegenschaftsbereich, „war bereits ein großer Fortschritt, weil dadurch die organisatorischen Voraussetzungen für ein Managen der Liegenschaften statt dem bisherigen bloßen Verwalten getroffen wurden. Gleichwohl waren immer noch viele Schnittstellen unzureichend geregelt, keine klaren Spielregeln, und es lag noch keine ausreichende Transparenz hinsichtlich der Kosten- und Liegenschaftsdaten vor. Seit Anfang des Jahres 2000 entwickelt die Freie Hansestadt Bremen diese Organisationsstrukturen konsequent weiter.“ Diesen Eindruck kann man hier in der Tat gewinnen.

Ich will einmal gern etwas über die Ammenmärchen erzählen, die im Zusammenhang mit der Neuordnung des Liegenschaftswesens gern und auch mit wachsender Begeisterung um uns herum, in der Stadt und auch im Parlament verbreitet werden. Das erste Ammenmärchen hat hier Herr Dr. Schrörs erzählt, es gäbe heute für die Ressorts keinen Anreiz, mit den Flächen sparsam umzugehen. Vielleicht werfen Sie einmal einen Blick in den Haushalt. Man kann da feststellen, dass den Ressorts kalkulatorische Mieten zur Verfügung gestellt werden und dass sie selbstverständlich die Nebenkosten für die Gebäude und Büroetagen, die sie angemietet haben, aus den Ressorthaushalten bezahlen müssen. Es gibt also auch heute einen Anreiz, sparsamer mit der Fläche umzugehen. (D)

Das zweite Ammenmärchen ist: Der Sanierungsstau kann nur über Kredite über das Sondervermögen beseitigt werden. Herr Senator Perschau hat hier gestern, und das ist ja auch für Leute, die sich mit Haushaltsrecht beschäftigen, eine Binsenweisheit, noch einmal erzählt, das Problem sei nicht der Investitionshaushalt, sondern Investitionen könnten über Kredite finanziert werden, und man könne das dann gern machen und sich überlegen, in welchem Stufenprogramm man Kredite aufnimmt, um dafür zu sorgen, dass sich der Sanierungsstau, den wir einräumen, das wissen wir auch, in den Liegenschaften abbaut. Dafür braucht man kein Sondervermögen.

(Glocke)

Vizepräsident Ravens: Frau Linnert, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Gern!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Wiedemeyer!

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Frau Linnert, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass der Sanie-

(A) rungsstau in Höhe von 700 Millionen DM natürlich nicht über Kredite finanziert werden muss, sondern das Sondervermögen hat auch die Aufgabe, und deshalb sind auch die zwölf Prozent angesetzt, die Erlöse zu verwenden, um den Sanierungsstau zu beseitigen? Es ist dann lediglich eine Frage einer temporären Zinsbelastung, wann Erlöse haushaltswirksam werden und wann wir mit der Sanierung beginnen.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke! Das nehme ich gern zur Kenntnis. Das Ammenmärchen war mir noch gar nicht eingefallen. Ich kann mich auch gleich damit auseinandersetzen. Wir kennen aus den letzten Jahren die Verkäufe von Sportplätzen und Kinderspielplätzen und die Verkäufe im Hafenessort, da werden ständig Annahmen über Einnahmen gemacht, das geht über Schulgebäude und immer so weiter. Ich kann mich an kein einziges Beispiel erinnern, bei dem die Einnahmen so erzielt worden sind, wie Sie das dem Parlament, dem Haushaltsgesetzgeber erzählt haben. Die Leute, die das noch glauben, haben sich wirklich die letzten Haushalte nicht angeschaut. Dass Sie sich das vornehmen, habe ich verstanden. Es ist auch richtig, dort etwas zu verkaufen, aber auf welche Größenordnung Sie in welchen zeitlichen Abläufen kommen, damit können Sie nicht kalkulieren.

(B) Das nächste Ammenmärchen ist: Es ist unschädlich für den Haushalt, wenn man betriebswirtschaftliches Denken einführt. Ich weise Sie noch einmal darauf hin, dass das bremische Vermögen, das wir nicht kennen, was allerdings ein Problem ist – da ist sich das gesamte Haus auch einig, es braucht einen Vermögenshaushalt –, schon mit über 20 Milliarden DM Schulden belastet ist. Sie nehmen jetzt willkürlich einen Teil des Vermögens heraus und tun so, als sei dieses Vermögen unbelastet, und nehmen dann darauf neue Kredite auf, vielleicht versuchen Sie, sie dann auch über Verkäufe abzufinanzieren. Jetzt aber zu sagen, da haben wir einen Bereich, in dem die Stunde null des betriebswirtschaftlichen Denkens einkehrt, ist ein Ammenmärchen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch der Vergleich von Herrn Senator Perschau gestern, der darüber geredet hat, was denn ein Hausbesitzer macht, wenn es am Dach durchregnet, dass es dann nicht sinnvoll ist, wegzulaufen und nichts zu machen, hinkt. Bremen hat nicht den gleichen Stand wie dieser Hausbesitzer, der sich frei entscheiden kann, ob er einen Kredit aufnimmt, um das Dach zu sanieren, oder wegläuft. Dieser Hausbesitzer Bremen, wenn man das nun unbedingt mit Bremen vergleichen will, obwohl ich der Meinung bin, dass diese Vergleiche hinken, weil es sich beim Staat eben nicht um einen privaten Investor handelt, ist schon bis über die Traufe verschuldet, und es regnet an

seinem Dach durch. Das ist das Problem, das wir hier haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. **Teiser** [CDU]: Also schlagen Sie vor, dass wir alle abhauen!)

Ich habe Ihnen gesagt, dass wir für Kredite im normalen Haushalt sind, dass man einen Sanierungsplan machen muss und das auch anders lösen kann, als dafür dieses Gesellschaftsunwesen und diesen Schattenhaushalt einzurichten. Das ist der Vorschlag der Grünen, er ist auch nicht neu. Es gehört auch zu den Ammenmärchen, dass die Grünen keine Vorschläge machen, auch wenn Sie es fünfmal erzählen. Ich bin ja jetzt gerade gut dabei.

Das nächste Ammenmärchen ist: Die Situation der Nutzer wird sich verbessern. Wie wollen Sie das eigentlich hinkommen, wenn sich eine rein betriebswirtschaftliche Sichtweise durchsetzt? Was ist eigentlich, wenn sich zum Beispiel die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in einer Schule reduziert oder wenn Eltern Lust haben, in ihrem Stadtteil etwas an der Schule zu machen? Merken Sie eigentlich gar nicht, dass mit diesem zentralen Moloch, den Sie da schaffen, das Leben im Stadtteil, so wie es tickt, und die Frage, wie man sich eigentlich als Staat in den Stadtteilen aufstellen muss, einer rein betriebswirtschaftlichen Logik überhaupt nicht unterzuordnen ist und dass Sie damit gerade eine zentralistische Denkweise über das vielfältige Leben im Stadtteil stülpen, das den Institutionen dort überhaupt nicht gerecht wird?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie werden sich ziemlich viel neuen Ärger einhandeln, da sind wir sicher. Im Übrigen kann ich nur darauf verweisen, dass die Bremische Bürgerschaft keinen Vertrag mit der GBI abschließen wird. Diese Konstruktion muten wir nur den Sportvereinen, Schulen und Kindergärten zu. Die BIG bleibt im Übrigen auch verschont, sie verkauft das Gebäude des Hafensensors und darf das Geld behalten. Manche sind eben gleicher als gleich.

Das nächste Ammenmärchen lautet: Die parlamentarische Kontrolle wird sich verbessern. Das hören wir hier, seit Sie mit diesem ganzen Gesellschaftswahnsinn angefangen haben, und ich höre es langsam irgendwie immer genervter. Umgedreht wird ein Schuh daraus, man muss erst die Spielregeln und Kontrollmechanismen schaffen, und dann darf man weiter Leine geben. Hier ist es allerdings umgekehrt, das Parlament entmachtet sich schleichend selbst und glaubt und hofft immer weiter, dass es das auch noch 20 Jahre weiter so machen kann. Der Staat zerfällt, und Sie lassen es zu und hoffen immer noch, dass Sie es im Griff behalten. Die Erfahrung zeigt aber, dass es nicht so ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Willenserklärungen, Herr Dr. Sieling, genügen auf jeden Fall nicht. Wie gesagt, Sie wollen hier betriebswirtschaftliches Denken, das ausschließlich über die Frage der Nutzung einer Immobilie geht und das gesamte und vielfältige Leben und den Interessenausgleich in den Stadtteilen nicht berücksichtigen kann, weil das betriebswirtschaftliche Denken das nicht beinhaltet, über Fragen des Staates stützen. Das wird scheitern. Das Leben ist komplizierter, als es Ihre Klippschulen-Betriebswirtschaft erfassen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Linnert, ich glaube, mit diesen vielen Ammenmärchen sollten wir hier lieber einmal an dieser Stelle aufhören.

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja mein Vorschlag!)

Wer hat denn hier Ammenmärchen erzählt? Das waren doch Sie und nicht wir! Sie werfen hier grundsätzlich alles durcheinander. Sie unterscheiden nicht einmal, um welche Vermögen es hier geht. Das wird alles in einen Topf geworfen, denn das macht sich ja gut, hier populistische Reden zu halten und die Leute vor Ort zu verunsichern. Wer gibt Ihnen eigentlich das Recht, hier solche Behauptungen aufzustellen?

(B)

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Welche denn? Was ist denn falsch?)

Wir geben hier mit der Gründung eines Sondervermögens nichts aus der Hand. Wir als Parlament haben es in der Hand, was wir damit machen. Solange wir hier keine anderen Konstrukte wählen, sind wir es hier als Parlament, die über Sondervermögen und Aufstellung von Wirtschaftsplänen und so weiter entscheiden und kein anderer. Das ist doch keine Entmachtung! Was erzählen Sie denn hier für Ammenmärchen?

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Was das Vermögen anbelangt, ist es doch natürlich sinnvoll, eine Zentralität herzustellen und dafür zu sorgen, dass wir nach bestimmten Prioritäten sämtliche öffentlichen Verwaltungsgebäude auch in Stand setzen. Alles andere, dezentral, hat doch nicht funktioniert. Warum sind die Gebäude denn in dem Zustand, in dem sie sind? Weil es bisher nicht funktioniert hat!

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Jetzt wollen Sie auch noch anfangen, auf Stadtebene hier Ängste zu schüren, weil wir zentral und nach Wirtschaftlichkeitsberechnung handeln! Wo leben Sie eigentlich? Meinen Sie, dass es Stadtteile gibt, wo irgendwelche Gebäude grundsätzlich nur defizitär gefahren werden, weil eben etwa Gröpelingen vielleicht nicht so eine Sozialstruktur hat wie Schwachhausen? Das ist doch schwachsinnig! Wenn Sie wüssten, wie sich Märkte entwickeln, dann wüssten Sie auch, es gibt Immobilienmärkte, es gibt Mieten, die in unterschiedlichen Stadtteilen eben unterschiedlich sind, und die spiegeln genau das wider, dass es unterschiedliche Strukturen gibt. Wir sind uns sicher, dass wir die Nutzerinteressen wahren werden.

(C)

Wenn Sie hier Ängste schüren wollen, was zum Beispiel die Sportvereine anbelangt: Die Sportvereine haben derzeit, was die Hallen betrifft, Nutzungsverträge. Diese Nutzungsverträge sind mit dem, was jetzt passiert, in keiner Weise berührt! Es gibt keine Schule, die das Recht hätte, durch das Konstrukt, das wir heute beschließen, zu sagen, ihr Sportvereine, ihr müsst jetzt mehr zahlen für die Nutzung der Halle. Dieses Recht wird hier keinem eingeräumt, das will auch keine Schule. Über Gebühren entscheiden auch immer noch wir, das macht nicht irgendein Dritter irgendwo in dieser Stadt. Wir haben ja gerade gesagt, dass wir das zentralisieren. Sie haben das dann in der Hand, das zu machen.

Zu den Sportflächen! Eines ist für uns Sozialdemokraten ein ganz wichtiger Punkt an dieser Stelle: Wenn es darum geht, Sportflächen aufzugeben, und das wird ja auch Bestandteil sein, bei den zwölf Prozent werden sicher auch Sportflächen dabei sein, dann haben wir hier dieses Sportförderungsgesetz, dieses Ausgleichsgesetz, wonach die Flächen, die wir vernichten, anderen Zwecken zuführen, an anderer Stelle wieder entstehen müssen. Ich glaube, das ist nichts Negatives, sondern es kann doch auch etwas Positives darin liegen.

(D)

Wenn wir heute schauen, wie manche Bezirkssportanlagen aussehen und wie sie denn noch von der Bevölkerung genutzt werden, glaube ich, dass auch da eine Chance liegen kann, nämlich dann dieses Ausgleichsgesetz anzuwenden und an anderer Stelle die Flächen zu schaffen, die bedarfsorientiert sind, die dann auch von unseren Kindern und Jugendlichen in den Stadtteilen genutzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, dass wir das mit Ihnen gemeinsam machen werden. Ich glaube aber, so, wie Sie die Diskussion zur Zeit führen, verbauen Sie sich da auch einiges. Es wäre wünschenswert, wenn wir gemeinsam die Diskussion weiterführen.

Was Schattenhaushalte anbelangt, glaube ich, dass es momentan nichts Transparenteres geben kann als das Konstrukt eines Sondervermögens, denn da wird

(A) jede Zahl offen gelegt und von uns hier beschlossen, und es gibt da nichts, was irgendwo ominös verschwindet. Ich glaube, Sie sollten damit aufhören, an dieser Stelle Ammenmärchen zu erzählen und dafür zu sorgen, dass Tausende von Menschen in Vereinen und überall in den Stadtteilen verunsichert werden, weil Sie Ängste auslösen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über das Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien und Technik des Landes Bremen in erster Lesung abstimmen.

Wer das Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien und Technik des Landes Bremen, Drucksachen-Nummer 15/898, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

(B)

Stimmenthaltungen?

(Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Jetzt lasse ich über das Gesetz zur Überleitung von Personal auf die Gebäude- und TechnikManagement Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen, in erster Lesung abstimmen.

Wer dem Gesetz zur Überleitung von Personal auf die Gebäude- und TechnikManagement Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen, Drucksachen-Nummer 15/899, in erster Lesung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

(Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Es ist beantragt worden, beide Gesetze nach der ersten Lesung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen. (C)

Wer der Überweisung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien und Technik des Landes Bremen, Drucksachen-Nummer 15/898, und des Gesetzes zur Überleitung von Personal auf die Gebäude- und TechnikManagement Bremen, Drucksachen-Nummer 15/899, zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Mitteilung des Senats vom 27. November 2001

(Drucksache 15/917)

1. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Danemann. (D)

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat hat uns gestern Morgen die Änderung des Bremischen Beamtengesetzes vorgelegt mit dem Ziel, die Regelungen über die Altersteilzeit neu zu fassen. Die Tatsache, dass dieses Gesetz gestern Morgen in den Fächern der Abgeordneten lag, hat uns als Fraktion ziemlich überrascht, weil es im Vorfeld keinerlei derartige Ankündigungen gab, auch nicht in der interfraktionellen Sitzung am vergangenen Donnerstag.

Wir haben gestern daraufhin spontan, weil man ja beim Überfliegen des Vorblattes schon feststellen kann, dass es erhebliche Bedenken und Einwände seitens der Gewerkschaften und der Verbände im öffentlichen Dienst gegeben hat, gebeten, zur Klärung dieser Fragen nur die erste Lesung wahrzunehmen und die zweite Lesung zu vertagen, bis die Fragen geklärt werden. Das ist hier abgelehnt worden. Der Kollege Eckhoff hat das auch noch mit der irrsinnigen Begründung abgelehnt, dass ja in dem Gesetzentwurf stünde, es trete sofort nach der Ver-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) kündigung in Kraft. Gerade das wäre ja ein Grund zu warten, wenn eigentlich eine Frist angegeben ist, bis die Bedenken geklärt sind.

Kurz und gut, Sie haben den Antrag niedergestimmt. Ich habe dann aber ganz schnell gemerkt, Sie wussten nicht so genau, was Sie da beschlossen hatten, denn in den Fraktionssitzungen ist das Gesetz vorher nicht ausführlich behandelt worden, und wo es diskutiert wurde, hat es doch Widersprüche gegeben. Ich kann mich nicht erinnern, dass hier davon berichtet wurde, dass der Kollege Herr Herderhorst hier eine flammende Rede für das Gesetz hätte halten wollen. Kann ich gut verstehen, dass Sie das nicht wollten.

Meine Damen und Herren, immerhin ist es gestern Morgen gelungen, nachdem nun auch die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes schnell alarmiert Alarm geschlagen haben – das konnte man heute noch einmal in der Zeitung lesen –, es wenigstens hinzubekommen, dass nicht heute das Gesetz schon beschlossen worden wäre. Der Sprechzettel des Präsidenten hat uns gestern noch darauf hingewiesen, dass er eigentlich darauf vorbereitet war, das ohne Debatte zu erledigen. Der Schnellschuss ist nicht ganz gelungen, meine Damen und Herren von der Regierung, das müssen Sie jetzt aushalten, dass wir jetzt doch noch einmal über das Gesetz reden.

(B) Worum geht es bei dieser Änderung? Es ist eigentlich eine sehr einfache Angelegenheit. Seit 1998 hat das Bundesrecht erlaubt, Altersteilzeit unter bestimmten Bedingungen für die Beamten des öffentlichen Dienstes einzusetzen. Diese Altersteilzeitentscheidung ist im Prinzip eine Ermessensentscheidung gewesen, die aber in der Realität dazu geführt hat, dass sie in der Regel auch angetreten wurde, entweder dadurch, dass das Ermessen, so zum Beispiel bei den Lehrern – und da handelt es sich um rund 600 Beschäftigte – einfach in jedem einzelnen Fall ohne große Bedenken angewandt wurde, oder wie in anderen Fällen bei der Polizei, wo dem im Regelfall nicht stattgegeben wurde, auf dem Klageweg zumindest die Kolleginnen und Kollegen sich durchgesetzt und in den meisten Fällen auch Erfolg gehabt haben. Nicht, dass das eine befriedigende Regelung war, aber es war zumindest eine Chance für die Kollegen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes, Altersteilzeit zu erreichen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Warum? Weil diese Chance auch richtig und sinnvoll aus zwei Gründen ist, meine Damen und Herren! Das Instrument der Altersteilzeit, es ist ja nicht beim öffentlichen Dienst bei den Beamten etwas Neues, sondern in Industrieunternehmen schon in den neunziger Jahren in vielen Varianten eingeführt worden, ist natürlich in erster Linie ein Mittel gewesen zum Beschäftigungsabbau, da müssen wir uns

nichts vormachen, um schneller Beschäftigte in den Ruhestand zu bekommen und damit letzten Endes auch Rationalisierungseffekte zu beschleunigen. Es haben alle Seiten mitgemacht. Die Gewerkschaften haben das zum Teil auch unterstützt.

Es gibt aber auch einen zweiten positiven Effekt des Altersteilzeitgesetzes für Beschäftigte, insbesondere in den Bereichen, wo die Arbeitsbelastung in zunehmendem Alter extrem hoch ist oder die Belastung vorher so hoch war, dass ein hoher Krankenstand im höheren Alter war. Es schützt den öffentlichen Dienst und die Beschäftigten und damit vor allem auch die Beschäftigten, die nicht Krankheit unterlegen sind, davor, dass zu viele Kollegen und Kolleginnen im höheren Alter – bei den Lehrern ist das ja bekannt gewesen – dann einfach als Beamte krank sind, regelmäßig nicht zum Dienst erscheinen, aber auch nicht, weil das rechtlich schwierig ist, aus dem Dienst entfernt werden können, also bei vollen Bezügen ohne irgendeinen Ersatz und irgendeine Vertretung den Haushalt belasten. Das sind die beiden Haupteffekte dieser Regelung gewesen.

Nun hat es Steuerungsprobleme seitens des Senats gegeben, weil der Personalhaushalt eng ist und in bestimmten Bereichen nicht hinreichend neues Personal eingestellt werden sollte oder auch nicht konnte, weil es an Nachwuchs gefehlt hat. Deshalb ist der Senat auf die Idee gekommen, dieses Gesetz zu verschärfen. Zum Beispiel soll einem Polizisten, dem gesagt worden ist, du kannst das eigentlich nicht machen, weil in deiner Dienststelle kein Ersatz da ist und du benötigt wirst, und der sich dann eingeklagt und Recht bekommen hat, dies künftig verwehrt werden, indem bestimmte Bereiche des öffentlichen Dienstes generell von der Altersteilzeit ausgenommen werden können. Damit sollte die Angelegenheit klagefest gemacht werden.

Der Senat hat eine solche Gesetzänderung ausgearbeitet. Die Verbände des öffentlichen Dienstes sind Sturm dagegen gelaufen, weil sie zu Recht eigentlich das Gegenteil fordern, nämlich ein Gesetz mit einem Rechtsanspruch für alle Beamten.

Ich bin nun wirklich kein besonderer Befürworter des Beamtentums und der Privilegien der Beamten, aber wenn da schon etwas gemacht wird, dann für alle. Ich bin auch kein Beamter und auch nie gewesen, bevor hier wieder das Gerücht aufkommt, dass das hier Lobbypolitik sei. Auf jeden Fall ist die Forderung der Gewerkschaft und der Verbände des öffentlichen Dienstes gewesen, gleiches Recht für alle, nicht die Lehrer bekommen es und die Polizisten nicht, sondern ein Rechtsanspruch letztlich auf Altersteilzeit.

Ich will das jetzt nicht im Detail bewerten, aber ich finde die Gleichbehandlung für alle in diesem Sinne richtig, sowohl aus den gesundheitspolitischen Gründen wie auch aus Gründen der notwendigen Erneuerung des öffentlichen Dienstes, der ja auf-

(C)

(D)

- (A) grund jahrelangen Einstellungsstopps und der PEP-Quoten in weiten Bereichen eine ziemliche Altersverzerrung hat. Insofern haben wir Grünen, wir haben das auch in mehreren Debatten während der letzten Legislaturperioden hier gehabt, die Regelungen zur Altersteilzeit unterstützt und verlangt, dass sie allgemein auch auf alle ausgeweitet werden als Rechtsanspruch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was der Senat jetzt vorgeschlagen hat, wird als Kompromiss verkauft. Das ist aber kein Kompromiss gegenüber den geltenden Gesetzregelungen zwischen den Beschäftigten und dem geltenden Gesetz, sondern das ist eigentlich nur ein Kompromiss zu den ursprünglichen Vorstellungen des Senats und den Kritikern dieser neuen verschärften Vorstellung. Jetzt sagt der Senat nämlich, erstens wird durch Rechtsverordnung generell geregelt, ob es Altersteilzeit geben soll, zweitens kann der Senat für bestimmte Bereiche sagen, ihr bekommt sie nicht, und drittens kann er über haushaltsrechtliche Regelungen, zum Beispiel im Haushaltsgesetz oder auf andere Weise, Ersatz für die ausscheidenden Kollegen, in welchem Umfang auch immer, festlegen, also sozusagen eine Koppelung zwischen Altersteilzeit und Neubeschäftigung herstellen. Das ist äußerst wünschenswert, dass das generell passiert, wo es nicht um reinen Abbau von Personal geht, dass die gesparten Mittel der Altersteilzeit in Beschäftigung neuer, junger Kolleginnen und Kollegen, die eingesetzt werden, fließt. Ich glaube, das war ursprünglich auch einmal ein Ziel dabei.

(B)

Dieses Gesetz, wie es jetzt vorliegt, entschärft zwar den ersten Vorschlag des Senats ein wenig, aber es entspricht nicht dem Grundsatz der Gleichbehandlung aller Beschäftigten, und mit Rechtsanspruch auf Altersteilzeit hat es nun beim besten Willen gar nichts mehr zu tun. Wir halten das nicht für richtig, ich habe ja gesagt, was unsere Position ist, und wir würden uns wünschen, dass dieser Gesetzentwurf auf jeden Fall dahingehend geändert wird, dass alle Beamten im öffentlichen Dienst die gleiche Möglichkeit haben, künftig Altersteilzeit zu erreichen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben es jetzt wenigstens erreicht, dass heute nur die erste Lesung stattfindet. Wir werden dem Gesetzentwurf in dieser Form nicht zustimmen. Wir halten es aber auch nicht für richtig, jetzt einfach nur zwei Wochen zu warten, und es passiert nichts. Darum schlagen wir vor, dass es eine ordentliche parlamentarische Beratung gibt. Es gibt einen Parlamentsausschuss, der für diesen Bereich zuständig ist, das ist der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss. Ich beantrage deshalb Überweisung dieses Gesetzes an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Außerdem fordere ich die Koalition auf – insbesondere in diesem Fall die Sozialdemokratie, die ja nun viele personelle Verbindungen auch hier im Haus mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der dagegen Stellung genommen hat, und mit den Einzelgewerkschaften des öffentlichen Dienstes hat –, noch einmal in Gespräche einzutreten, wie dieses Gesetz so ausgestaltet werden kann, dass es tatsächlich den Beamten des öffentlichen Dienstes die gleiche Chance auf Altersteilzeit eröffnet.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Teiser.

Abg. **Teiser** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Mützelburg, für eines müssen Sie sich in Ihrer Argumentationsschiene schon entscheiden. Sie können nicht auf der einen Seite den Vorwurf erheben, dass scheinbar von den Regierungsfractionen nicht jeder gewusst hat, um was es geht, und drei Sätze weiter sagen, das ist eine ganz einfache Sache.

Ich unterstelle einmal, dass es auch eine ganz einfache Sache ist, wenn man sich die Vorlage einmal anschaut, die eigentlich auch jeder durchschauen kann. Es wäre auch möglich gewesen, das unterstelle ich einmal bei der Zusammensetzung dieses Parlaments, sich über diesen Sachverhalt von gestern bis heute klar zu werden. Nicht Ihr Drängen, sondern die Gespräche zwischen SPD und CDU haben dazu geführt, dass es sinnvoll sein kann, heute nur die erste Lesung durchzuführen. Wenn Sie das für sich als einen Erfolg reklamieren, bitte, den wollen wir Ihnen gern überlassen!

(D)

Es ist ja nicht immer so, dass Gesetzentwürfe beraten werden, wenn gleichzeitig uniformierte Beamte demonstrieren. Das beeinflusst uns weder in die eine noch in die andere Richtung, weil da ein legitimes Recht wahrgenommen wird. Es ist auch das Recht der Gewerkschaften, zu jedem Vorgang deutlich ihre Meinung zu sagen. Es gibt allerdings eine Diskrepanz zwischen der Freundlichkeit der demonstrierenden Beamten und dem Inhalt des Textes, den die Gewerkschaft verteilt hat. Ich möchte doch gern den einen oder anderen Satz daraus zur Diskussion stellen.

Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten, da heißt es: „Es ist deutlich geworden, dass diese Regelung eher als finanzpolitische Maßnahme missbraucht wurde und nicht dem Willen des Bundesgesetzgebers folgt, neue Arbeitsplätze zu schaffen.“ Wer solche Gesetze unter finanzpolitischen Gesichtspunkten sieht, missbraucht sie also, wer sie unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten sieht, missbraucht sie nicht, sondern glorifiziert sie, hält sie hoch

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) und macht das, was eigentlich immer erforderlich ist. Der Hintergedanke der Bundesregierung, über diesen Umweg Arbeitsplätze zu schaffen, muss ja nicht letztendlich der Weisheit letzter Schluss sein.

Das alles wäre aber nicht so tragisch, wenn nicht noch da stehen würde: „So kann man mit uns nicht umgehen.“ Das ist eine klare Aussage, die ist akzeptiert. Jetzt kommt es: „Gerade die Sicherheitsdienste wie Polizei, Feuerwehr und Justiz sind diejenigen, die ihren Kopf für die Verfehlungen der Politik hinzuhalten haben.“

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz offen, das ist, gelinde gesagt, eine Unverschämtheit! Ich kenne keinen Feuerwehrmann, der seinen Kopf dafür hinhalten muss, dass es Verfehlungen in der Politik gibt, außer ein Abgeordneter steckt ein Haus an, sonst gibt es das nicht. Das heißt, das ist infam, das weise ich auch zurück! Insofern ist dieses Argument unakzeptabel.

Kommen wir zur Sache selbst! Natürlich muss es in der heutigen Zeit, unter den heutigen wirtschaftlichen Gegebenheiten bei Beobachtung des Arbeitsmarktes und der Entwicklung der Finanzen jedem Dienstherrn möglich sein, seine Personalsteuerung möglichst engmaschig vorzunehmen. Der Bund ist noch in einer guten Situation, was die Finanzlage in diesem Bereich betrifft. Die Versorgungslasten, die in der Zukunft auf uns zukommen, tragen hauptsächlich die Gemeinden, dann die Länder und nur zu einem geringeren Teil der Bund.

(B) Deswegen haben auch andere Bundesländer die Altersteilzeit erst gar nicht übernommen oder sehen diese nicht als Rechtsanspruch vor. Als Rechtsanspruch gibt es das nur beim Bund, aus nachvollziehbaren Gründen, in Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Nun kann man ja nicht behaupten, dass alle anderen Bundesländer, die das gar nicht eingeführt haben oder nicht als Rechtsanspruch, nun völlig verkehrt liegen. Man muss sich ja überlegen, warum sie das gemacht haben. Sie haben es gemacht, weil es eine solche Steuerungsmöglichkeit geben muss.

Wenn dann das Argument kommt, bevor möglicherweise aus Gründen, die der Dienstherr so sieht, einzelne Bereiche herausgenommen werden, hätte man doch lieber nichts machen sollen, sage ich Ihnen, diesem Argument kann ich nicht folgen, weil Dienstrecht logischerweise eigentlich eine Gleichbehandlung beinhaltet, aber es gibt sie natürlich nicht bis zum allerletzten Punkt. Es gibt immer Unterschiede auch bei den Beamten. So gibt es zum Beispiel den Unterschied, dass die einen wegen der besonderen Belastung eine besondere Altergrenze haben. Sie dürfen mit 60 Jahren gehen, weil man sagt, der Dienst ist hart und anspruchsvoll.

Es gibt bestimmte Beamte, für die es nur noch zwei Laufbahngruppen gibt, gehobenen und höheren Dienst. Die absolute Gleichbehandlung wäre ja, wenn

wir das für die gesamte Verwaltung einführen würden, insbesondere die Kollegen der Feuerwehr würden sich darüber freuen, wenn wir es möglicherweise auch bei Zeitsoldaten einführen und sagen würden, unter A 9 gibt es da keine Laufbahn. Das hätte allerdings das Problem zur Folge, dass wir bei der Bundeswehr nur noch Offiziere hätten und bei der Feuerwehr nur noch leitende Feuerwehrbeamte.

(C)

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat aber nichts mit diesem Problem zu tun!)

Das heißt, dass die Behauptung, Herr Mützelburg, die Sie aufstellen, hier würde ein gravierender Verstoß gegen die Gleichbehandlungsgrundsätze vorliegen, insofern fehlt geht, weil es die absolute Gleichbehandlung im Dienstrecht gar nicht geben kann, weil zwischen Professoren und normalen Verwaltungsbeamten, Lehrern, Feuerwehrleuten und Polizisten in ihrer Dienstausbildung, ihren Anforderungen und ihrer Ausbildung immer Unterschiede vorhanden sind, die auch im Dienstrecht beachtet werden müssen.

Wir halten diesen Gesetzentwurf, den der Senat vorgelegt hat, heute nicht für abschließend beschlussfähig. Deshalb haben wir ja gesagt, wir machen heute nur die erste Lesung. Wir werden diese erste Lesung heute aber auch beschließen. Dann haben diejenigen, die meinen, dass es Argumente gibt, die bisher vielleicht noch nicht vorgebracht sind und dafür sprechen, hier noch etwas zu ändern, die Gelegenheit, sie innerhalb der nächsten 14 Tage an den entsprechenden und geeigneten Stellen vorzubringen. Wir als CDU stehen dazu, dies ist die erste Lesung. Wir werden die zweite Lesung in 14 Tagen durchführen und dieses Gesetz dann, wie vom Senat vorgelegt, verabschieden. – Vielen Dank!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Teiser, es fiel in Teilen wirklich schwer, Ihnen zuzuhören. Ich glaube, die CDU wäre besser beraten gewesen, wenn sich der Kollege Herderhorst, der zugleich auch Mitglied des Haushaltsausschusses ist, hier geäußert hätte. Gerade die letzten Aussagen spiegeln, glaube ich, eine Arroganz, die wir uns als Parlamentarier hier nicht erlauben sollten, wider.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. T e i s e r [CDU]: Die Wahrheit kann ich ja wohl noch sagen!)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Es gibt nicht ohne Grund bei Landesgesetzen die Regelung, eine erste und eine zweite Lesung durchzuführen. Die Art und Weise, wie Sie es vorgetragen haben, und dabei bleibe ich, war arrogant. Wir machen eine getrennte erste und zweite Lesung doch vor allen Dingen deshalb, weil wir wissen, dass es eben nicht eine ganz einfache Sache ist, die man einmal eben im Vorbeigehen hier beschließt, sondern dass es darum geht, hier auch abzuwägen, was wir zu tun haben.

(Abg. Teiser [CDU]: Herr Böhrnsen, entweder Sie bremsen sie, oder ich sage die Wahrheit!)

Herr Teiser, ich schließe nicht aus – –.

(Abg. Teiser [CDU]: Sie wollten doch gestern unbedingt die zweite Lesung!)

Wir wollten überhaupt nicht die zweite Lesung. Das ist absoluter Quatsch!

(Widerspruch bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich verwehre mich jetzt für die SPD gegen das, was Sie hier behaupten!

(B) (Abg. Teiser [CDU]: Ja, das machen Sie einmal!)

Alle Parlamentarier sind gestern dann überrascht worden, dass diese Vorlage hier auf der Tagesordnung stand. Auch für den Sprechzettel des Bürgerchaftspräsidenten sind nicht wir Parlamentarier zuständig. Wir haben das Problem erkannt und uns gemeinsam darauf verständigt, dass wir die zweite Lesung in unserer nächsten Sitzung durchführen werden.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich wird die Zeit dazwischen für Beratungen genutzt. Ich schließe allerdings nicht aus – der Zeitungsartikel heute nennt ja auch schon die Auffassung unseres Vorsitzenden –, dass wir das Gesetz in dieser Form, in der es heute vorliegt, auch in der nächsten Sitzung beraten werden. Wir werden aber natürlich die gesetzlichen Vorschriften einhalten, und dazwischen liegt eine Zeit, die wir nutzen können.

(Abg. Teiser [CDU]: Habe ich das bestritten? Jeder kann bestätigen –!)

Aber wie Sie es gesagt haben!

(Abg. Teiser [CDU]: Ich kann ja für meine Stimmlage nichts!)

Sie haben despektierlich gesagt, dann könnte doch jeder, der meint, etwas dazu zu sagen zu haben, die Zeit nutzen. Darum geht es hier doch nicht, sondern es geht um die ordentliche Abarbeitung und Verabschiedung wichtiger Gesetze!

(Beifall bei der SPD)

Hier geht es nämlich um Beschäftigte, die dahinter stehen. Wir stehen hinter den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hier in Bremen. Es ist nicht einfach, hier zu stehen und dieses Gesetz zu begründen.

Es ist, das ist schon angeklungen, mit dem, das jetzt vorliegt, Schlimmeres verhindert worden, das muss man an erster Stelle sagen. Ich glaube, dass es maßgeblich auch unsere Fachpolitiker waren, die mit dafür gesorgt haben, hier zu sagen, so geht das nicht. Wenn wir im gesamten öffentlichen Dienst Altersteilzeit wollen, dann können wir nicht hingehen und sagen, wir nehmen aber bestimmte Leute einfach heraus. Das funktioniert nicht. Mit diesem Gesetzesentwurf, so wie er jetzt vorliegt, wird der zarte Versuch unternommen, das zu korrigieren.

Es können sich jetzt durchaus Chancen ergeben, dass man zum Beispiel über Altersteilzeitkorridore nachdenkt. Wir wissen aber auch alle um die besondere Situation im Bereich Inneres. Der Arbeitsmarkt für Polizisten ist eben nicht so wie ein anderer. Es stellt sich nicht die Alternative, dass, wenn einige aus dem Dienst ausscheiden, wir die nächsten von der Straße holen. Es gibt lange Ausbildungszeiten. Wir haben sie ja verändert, das war von allen gewollt. Wir sind dem jetzt auch in der Zukunftsplanung gerecht geworden, indem wir jetzt mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, weil wir sehen, dass es zukünftig Defizite gibt.

Ich finde aber, man kann durchaus darüber nachdenken, ob es nicht möglich sein kann, hier auch planbare Größen für Altersteilzeit anzusetzen. Es muss für alle planbar und zuverlässig sein, für die Beschäftigten, aber auch für die Ressorts. Es macht es auch nicht einfacher, wenn man erlebt, dass es auch Deputationen und damit Abgeordnete gibt, die beschließen, wir wollen aber ganz pauschal eine Ausnahme. Die Wissenschaftsdeputation hat das so gemacht, Professoren haben wir hier heute nicht vor dem Haus der Bürgerschaft gefunden. Ich glaube, das ist ein komplexeres Thema.

Richtig ist, und das kann ich gut nachvollziehen, der Ärger darüber, dass es sie in bestimmten Bereichen nicht gibt und Gründe angeführt werden, das heißt, dienstliche Belange stehen dagegen. Für mich ist die Handhabung bei den Lehrern völlig unverständlich. Das sage ich hier, auch wenn es unser eigenes Ressort ist. In den letzten Jahren sind über 600 Lehrer in Altersteilzeit gegangen. Wir wissen alle um die finanziellen Nöte im Bildungsressort. Wir werden sicherlich bei den Haushaltsberatungen im

(C)

(D)

- (A) nächsten Monat auch einen Teil der Gelder, die wir zusätzlich für den Bereich brauchen, beraten. Er resultiert daraus, dass da ein großer Anteil an Altersteilzeit ist. Die Lehrer schienen heute auf dem Markt auch knapp zu sein.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Altersteilzeit ist aber auch Inhalt des Koalitionsvertrages!)

Auch die Lehrer sind knapp auf dem Markt. Wir erleben heute, dass wir teure Verbeamtungen und andere Zusagen machen müssen, um konkurrieren zu können mit unseren Nachbarländern. Wir haben einen großen Teil Lehrer aber in Altersteilzeit geschickt.

(Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Zur Verjüngung des Kollegiums!)

Ich würde nicht sagen, dass das pauschal richtig ist. Lieber Herr Schramm, auch das, finde ich, ist ziemlich diskriminierend. Wer gibt einem eigentlich das Recht zu behaupten, dass ein Lehrer mit 57 Jahren schlechter sei als einer mit vielleicht 30 oder 40 Jahren?

(Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch individuell verschieden!)

- (B) Genau, das ist individuell verschieden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Natürlich ist es ein Ziel, und das gilt dann für die Altersteilzeit insgesamt. Das war doch das, was auch arbeitsmarktpolitisch dahinter steckte. Man möchte einerseits natürlich den Prozess des Personalabbaus im öffentlichen Dienst unterstützen, ich glaube, da brauchen wir uns auch nichts vorzumachen, wir wollten andererseits damit aber auch einen Beitrag dazu leisten, dass in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und nicht nur im Bereich der Schulen auch junge Menschen die Chance haben, diese Arbeitsplätze zu bekommen. Das Verhältnis, das sich aus dem Finanzrahmen ergibt, ist ungefähr eins zu drei. Das gilt für alle Bereiche und muss natürlich auch für den Bereich Polizei und Feuerwehr gelten, und da kann erst einmal keiner ausgenommen werden.

Dieses Gesetz, das uns zur Beschlussfassung vorliegt und das wir in erster Lesung beschließen werden, ist, glaube ich, auch gerechtfertigt, wenn wir schauen, wie andere Bundesländer damit umgehen. Wir als Haushaltsnotlageland hätten es uns, glaube ich, ganz einfach machen können. Wir hätten sagen können, schaut doch einmal, was das Saarland macht, die sind auch Haushaltsnotlageland, oder was das reiche Baden-Württemberg macht, die haben das

- einfach aus finanziellen Gründen abgeschafft. Genau das wollen wir hier nicht tun. (C)

Wir wollen den Beschäftigten im öffentlichen Dienst und damit auch den Beamten die Möglichkeit einräumen, Altersteilzeit zu nehmen. Wir haben auf der anderen Seite aber eben auch unsere engen finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Wir sind ganz zuversichtlich, dass wir uns auch mit den Gewerkschaften gemeinsam verständigen können, Gespräche führen werden und ein System entwickeln können, in dem es eben möglich ist, planbar und in Form von Korridoren Altersteilzeit in den entsprechenden Bereichen zu ermöglichen.

Bei der Frage, die vorhin auch schon genannt wurde, der Pensionierung über 60 Jahren kommt es zu keiner Verschlechterung für diesen Teil des Gesetzes, zumindest nicht für die genannten und bei diesem Gesetz im Mittelpunkt stehenden Personengruppen, weil es da bereits eine Pensionierung mit 60 Jahren gibt. Allerdings, und ich glaube, auch das sollte jeder wissen, erreicht ein Großteil dieser Beamten das Pensionsalter nicht, sondern muss schon früher pensioniert werden. Das ist auch ein Ausfluss der Tätigkeit, die sie da ausüben. Wir sind auf der Seite der Gewerkschaften, müssen aber an dieser Stelle auch unsere engen Finanzspielräume sehen. Ich glaube, es ist ein Kompromiss gefunden worden. Wir versuchen, ihn auch bestmöglich im Interesse der Beschäftigten umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

- (D)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will vorwegschicken, dass ich nicht im Namen der Fraktion spreche, aber ich kann einige Dinge einfach nicht so im Raum stehen lassen, und deswegen habe ich mich gemeldet.

Erstens: Ich halte es für unerlässlich, wenn man diese fürsorglichen Rechte in einem Gesetz verankert, dass es dann auch alle erreicht, die vermeintlich von diesen Rechten betroffen sind. Ich würde das genauso sehen, und das will ich auch hier sagen, jeder weiß, woher ich komme, aber ich möchte das nicht auf die Polizei und nicht auf die Feuerwehr beziehen, sondern ich würde genauso argumentieren, wenn es hier beispielsweise um die Altersteilzeit bei Banken gehen würde. Auch da würde ich sagen, es kann nicht angehen, dass die Bremer Bank das macht und praktiziert und die Deutsche Bank aus irgendwelchen personellen oder sonstigen Gründen das ablehnt. Deswegen bin ich dafür, dass wir gemeinsam noch einmal darüber nachdenken, ob es nicht Möglichkeiten gibt, und ich sehe die, hier eine Gleichbehandlung herzustellen und dieses Gesetz dann so zu verabschieden.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Zweitens: Ich widerspreche ungern dem Kollegen Fraktionsvize, aber gerade die Tatsache, dass für die Bereiche der Polizei und der Feuerwehr besondere Ruhestandsaltersgrenzen festgelegt worden sind, signalisiert eigentlich, dass genau diese Gruppen besonders belastet sind und insofern auch genau diese Gruppen eigentlich auch einen Anspruch darauf hätten, Altersteilzeit in Anspruch nehmen zu können.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern bin ich schon der Auffassung, dass man mindestens darüber noch einmal nachdenkt und schaut, ob man nicht eine Möglichkeit findet, hier doch eine Lösung zu erreichen, die dann im Sinne aller Beschäftigten ausfällt, und dafür werde ich jedenfalls noch kämpfen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ziegert.

Abg. Frau **Ziegert** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass durch die Trennung in die erste und zweite Lesung uns noch die Gelegenheit gegeben worden ist, Korrekturen an diesem Gesetz vorzunehmen. Meine Kollegin Cornelia Wiedemeyer hat ja darauf hingewiesen, dass es Möglichkeiten geben muss, die jetzigen Regelungen, die eine krasse Ungleichbehandlung von beschäftigten Beamten des öffentlichen Dienstes vorsehen, noch zu korrigieren. Es ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, ich glaube auch, es ist unerträglich, wenn ein Teil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sehen muss, dass sie ausgenommen worden sind von Regelungen, die für andere gelten.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine krasse Ungleichbehandlung, eine krasse Ungerechtigkeit, und ich finde, dass wir als Gesetzgeber und als Verantwortliche hier das so nicht stehen lassen können und dass wir Mittel und Wege suchen müssen, um hier zu mehr Gerechtigkeit zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin sicher, dass in der Zwischenzeit Möglichkeiten gefunden werden, möglicherweise auch in Absprache mit den Gewerkschaften und Interessenvertretungen der entsprechenden Berufsgruppen, um zu einer solchen Lösung noch zu kommen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich zur Schule ging, gab es eine Theaterrichtung, die hieß absurdes Theater, und die lebt gerade in diesem Jahrtausend wieder neu auf in diesem Haus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Großer Gott, Herr Teiser! Herr Teiser stellt sich hier hin und sagt, das war gestern die SPD, die wollte das ganz schnell durchbekommen!

(Abg. **T e i s e r** [CDU]: Sie sind zu dumm zum Zuhören!)

Kollege Teiser, man muss ja richtig durchatmen, um sich Mühe zu geben, ruhig zu bleiben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es war jedenfalls gestern der Fraktionsvorsitzende Herr Eckhoff, der hier ganz schnell gegen meinen Geschäftsordnungsantrag geredet hat, für den heute aber plötzlich eigentlich alles nachträglich nichts gewesen ist. Absurd!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist auch ein Senat aus SPD-Mehrheit und CDU-Minderheit, der uns diesen Gesetzentwurf vorgelegt hat. Da haben die Gewerkschaften wohl noch keinen Erfolg gehabt. Es hat auch eine Innendeputation beraten, die mit den Stimmen der CDU – soweit ich informiert bin aber nicht mit der Stimme des Kollegen Herderhorst – und mit den Stimmen der SPD diesem Gesetzentwurf zugestimmt hatte. Auch da hatten die Gewerkschaften offensichtlich noch kein Gehör.

Es war gestern Morgen noch, ich muss das hier jetzt doch sagen, weil mich das eben so geärgert hat, Frau Ziegert! Sie haben mir gestern Morgen, als ich Sie gefragt habe, ob die SPD noch Bewegungsspielraum hat oder ob sie einstimmig abstimmen wird, gesagt, da wird keiner in der SPD dagegen stimmen. Da habe ich angenommen, Sie stimmen auch nicht dagegen. Heute reden Sie hier wieder anders! Es ist gut, dass Sie zurückgekehrt sind auf den Weg der Gewerkschaften.

Ich will das jetzt nicht inhaltlich weiter vertiefen, weil ich glaube, Frau Kollegin Wiedemeyer hat das ja ganz leise durchblicken lassen, dass es schon noch planbare Möglichkeiten gibt, dass auch in allen Bereichen trotz Personalengpässen Altersteilzeit für die

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Kollegen erlaubt wird. Um das aber durchzusetzen habe ich gebeten, dass wir eine Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss vornehmen, damit nicht das eintritt – und das ist der Rest des absurden Theaters –, dass, wie der Kollege Teiser sagt, wir in zwei Wochen das Gesetz beschließen, was heute vorliegt, und nach dem ganzen Eiertanz der Rede der Kollegin Wiedemeyer hat sie das Gleiche am Ende auch gesagt.

Entweder sind Sie sich jetzt einig, dieses Gesetz sowieso zu beschließen, oder Sie sagen, es gibt tatsächlich noch Bewegungsspielräume! Wenn es diese gibt, dann machen wir auch ein ordentliches parlamentarisches Beratungsverfahren, und dann schlage ich nach wie vor die Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss vor. Ich fände es auch eine gute Idee, wenn wir uns da die Gewerkschaftsvertreter noch einmal anhören würden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes, Drucksachen-Nummer 15/917, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(B) (Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen, Abg. T i t t m a n n [DVU] und Abg. Frau Z i e - g e r t [SPD])

Stimmhaltungen?

(C)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Meine Damen und Herren, es ist beantragt worden, das Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen.

Ich lasse darüber abstimmen.

Wer der Überweisung des Gesetzes zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen, Teile der SPD, Teile der CDU und Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(D)

Wir sind am Ende der Tagesordnung angekommen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. Ich schließe die Sitzung und wünsche allen einen guten Weg nach Hause.

(Schluss der Sitzung 16.23 Uhr)